

NEUE ZEIT

MAI 1985

22

auf-
genommen

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Pötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK



**BERAUBT DER
RECHTE UND
FREIHEITEN**

151394 347 151394 347
ZOLLVERW-BI 22 6151
6251 8006 0051 1500 9003 1529

40 JAHRE GROSSER SIEG

Der Schlachtenlärm war verstummt. Die heldenhaften sowjetischen Soldaten kehrten aus dem Großen Vaterländischen Krieg heim. Mit militärischen Orden und Medaillen waren sie ausgezeichnet worden. Doch nicht allen konnten rechtzeitig die Auszeichnungen überreicht werden. Bisweilen vergingen Jahre und Jahrzehnte, bevor sie schließlich den Weg zu ihren Besitzern fanden. Einen großen Beitrag dazu leisteten Mitglieder des Sucherklubs „Poisk“, der nun bereits 14 Jahre an einer Moskauer Handels- und Ökonomiefachschule besteht. In den vergangenen sieben Jahren haben die jungen Geschichtsforscher 800 Veteranen, die ihre militärischen Auszeichnungen nicht erhalten hatten, aufgespürt.

Am Vorabend des 40. Jahrestages des Sieges wurden an 13 Teilnehmer einstiger Schlachten Auszeichnungen überreicht. Die Mitglieder der jugendlichen Suchergruppe hatten überall in der Sowjetunion Nachforschungen angestellt. Gleich drei Orden — ein Orden des Roten Sterns und zwei Ruhmesorden dritter Klasse — wurden an Grigori Fetkalow überreicht. An-



Mitglieder des Sucherklubs
mit Veteranen



Nach 40 Jahren trafen
sich Frontkameraden

Fotos: I. Sotin

dreij Suchorukow erhielt den Orden des Vaterländischen Krieges erster Klasse. Der Orden des Vaterländischen Krieges zweiter Klasse ging an Boris Kassimow und Wladimir Maljarow. Den Orden des Roten Sterns bekamen Chamid Umarow, Viktor Filippow, Wassili Andrejew, Dmitri Lusgin. Mit dem Ruhmesorden dritter Klasse wurde Wla-

dimir Andrejew, Wassili Skripko und Leonid Neronow ausgezeichnet. Mit der Tapferkeitsmedaille wurden Wassili Timochin und Michail Litwinow geehrt.

Die feierliche Überreichung der Orden war ein bewegendes Erlebnis. Nach 40 Jahren wurden die Heldentaten dieser Kämpfer wieder lebendig.

Der sehnliche Wunsch,
sich wiederzusehen,
ging auch bei diesen ehemaligen
Artilleristen in Erfüllung

Kriegsveteranen
erinnern sich



DAS ECHO DER UNTAT VON PHILADELPHIA

Philadelphia, "Stadt der brüderlichen Liebe". Philadelphia war eines der Hauptzentren des Unabhängigkeitskrieges und die erste Hauptstadt der USA. Die Stadt, in der die Unabhängigkeitserklärung und die "Bill of Rights" angenommen wurden. Die Stadt, in der die "Freiheitsglocke" und andere Reliquien aus der Zeit der Gründerväter den Besuchern gezeigt werden.

Noch nie, auch nicht in den beiden Weltkriegen, gingen auf das US-amerikanische Festland Bomben und Geschosse nieder, nie zuvor hatten die Amerikaner Krieg im eigenen Land gesehen. Bis zum Mai 1985. Kriegshandlungen in Philadelphia... Nach anderthalbjähriger Vorbereitung — mit Luftaufnahmen und Sprengtests — erstürmte die Polizei ein Haus, in dem Dissidenten, Mitglieder der Sekte "Move", lebten. Eingesetzt wurden Wasserwerfer, Tränengas, Nebelkörper, automatische Gewehre. Schließlich wurde das Haus aus der Luft bombardiert. Eine Bombe von großer Zerstörungskraft, hergestellt vom Chemiekonzern Du Pont de Nemours, wurde abgeworfen. Bei der Explosion entstand eine Temperatur von einigen tausend Grad. Das war ganz im Sinne der Polizei, die die Dissidenten lebendig verbrennen wollte. 11 Personen, darunter Frauen und Kinder, kamen in den Flammen um. 60 anliegende Häuser wurden vom Brand vernichtet. Es gibt Verwundete, Hunderte wurden obdachlos. Hätten sich die Polizisten im Viertel geirrt, dann wären die Häuser aus dem 18. Jh. in der Independence Mall oder das Penn Center in Flammen aufgegangen. In der Hitze von vielen tausend Grad wäre die "Freiheitsglocke" geschmolzen. Die Gründerväter hätten sich im Grabe umgedreht, wenn sie erfahren hätten, daß amerikanische Behörden eine amerikanische Stadt bombardieren. Ja, die Rechte und Freiheiten in diesem Polizeistaat wurden schon längst vernichtet, nur ihre Symbole sind erhalten geblieben.

Der entsetzliche Akt des Völkermordes wurde als "Operation zur Exmittierung" von Mietern getarnt, doch in Wirklichkeit war deren physische Vernichtung das Ziel. Sie wurden zu Opfern des politischen Terrors. Die führenden Politiker der USA, die verbal für politischen Pluralismus eintreten, dulden diesen in Wirklichkeit nicht, da sie nur die in den USA bestehende Herrschaftsform als die einzig richtige ansehen, da sie das der

amerikanischen Staatsräson zugrunde gelegte Prinzip — die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen — als in jeder Beziehung vorzüglich betrachten. Intoleranz in allem — außerhalb wie innerhalb der Super-"Demokratie". Was vom Weißen Haus ausgeht, gilt als der Weisheit letzter Schluß. Das Blutbad in Philadelphia wird jetzt sowohl mit den Verbrechen der US-Soldateska in Vietnam als auch mit der Erschießung von Studenten der Kenter Universität wie mit zwei Terroroperationen vor gut zehn Jahren, dem brutalen Vorgehen gegen aufständische Indianer in Wounded Knee und gegen die Bevölkerung des Farbighghettos von Los Angeles, Watts, verglichen, wie auch mit den "Strafaktionen" der Polizei in New York und Detroit, Washington und Miami. Man erinnert sich an den ermordeten Martin Luther King und den unschuldig eingekerkerten Leonard Peltier, den Führer der US-amerikanischen Indianerbewegung.

Das Verbrechen in Philadelphia ist eine Folge des Kurses der Reagan-Administration, die eine räuberische Politik des Staatsterrorismus in der Weltarena betreibt und im eigenen Land eine Offensive gegen die Bürgerrechte der Amerikaner eröffnet, wobei sie jegliche Form von Dissidententum unterdrückt. Am 22. April d. J. führte die "New York Times" in einer Meldung unter der Überschrift "Die Zahl der Häftlinge in den amerikanischen Gefängnissen hat einen Rekordstand erreicht" folgendes an: Von 1980 bis Ende 1984 hat die Zahl der Häftlinge in den Gefängnissen des Bundes und der Staaten um 40,6% zugenommen. Allein die US-Behörden wissen genau, wie viele politische Häftlinge im Land als "Kriminelle" geführt werden. Bekannt ist nur, daß es viele, sehr viele sind.

In diesem Heft berichten wir über jene Millionen Menschen in den westlichen Ländern, denen die elementaren sozialen und ökonomischen Rechte vorenthalten werden, von den Menschen "zweiter Klasse". Wenn man noch jene hinzuzählt, denen die politischen Rechte genommen wurden, dann wird die Menschenrechtssituation im Westen recht deutlich. Eine Reihe bilden dann das Blutbad in Philadelphia, die Unterstützung des Weißen Hauses für Pinochet in Chile und für das Apartheidsregime in der RSA, die Ehrerbietung für SS-Leute in Bitburg und der verbrecherische Krieg gegen das Volk Nikaraguas. Über welche Menschenrechte wollen sich die US-Vertreter in Ottawa, wo jetzt ein Expertentreffen der KSZE-Staaten über Menschenrechte stattfindet, eigentlich auslassen? Welches moralische Recht haben sie, der Welt ihre Vorstellung von den Menschenrechten und deren Respektierung zu diktieren? Hört auf, Herrschaften! Erinnert euch, wie im Mai 1985 die "Freiheitsglocke" in der "Stadt der brüderlichen Liebe" fast geschmolzen wäre.

● Lange ist es her — in der Mitte des Großen Vaterländischen Krieges. In Busuluk, wohin wir 6- und 8jährigen Jungen evakuiert waren, tauchten Soldaten des 1. tschechoslowakischen Bataillons auf. Anfangs schauten wir sie aus der Ferne an, dann gingen wir näher an sie heran, bis wir uns sogar trauten, die für uns ungewöhnliche Uniform unserer neuen Freunde anzufassen. Doch so richtig Freundschaft schlossen wir, als die Soldaten mit dem Bau einer Brücke über die Samara begannen. Jeden Tag liefen wir zu den Soldaten, mit denen wir uns in einem Kauderwelsch aus Russisch, Tatarisch und Tschechisch verständigten. Unvergeßlich ist mir Zdenek. Er war besonders nett zu uns, und einmal schenkte er uns eine Tafel Schokolade.

Als die Tschechen und Slowaken in Busuluk standen, fanden sie nicht wenige junge Freunde — erinnerten sich die Soldaten ja sehnsüchtig an ihre Angehörigen, an ihre Kinder, die so fern, hinter der Frontlinie, waren.

Im Jahr der 40. Wiederkehr des Sieges möchte ich sagen, daß die Jungen der Kriegszeit ihre tschechoslowakischen Freunde nicht vergessen haben. Sie wissen, daß sie nicht nur die Schlachten ruhmreich bestanden, sondern auch eine neue Gesellschaft in ihrer Heimat errichtet haben. Und es war für mich ein besonderes Ereignis, zu sehen, wie einige von ihnen am 40. Jahrestag des Sieges an der Parade auf dem Roten Platz teilnahmen.

A. KONDRATENKO
Kaliningrad, RSFSR

● Die revanchistischen Umtriebe in der BRD, von den herrschenden Kreisen begünstigt, werden von allen ehrlichen Menschen entschieden verurteilt. Mögen diejenigen, die für die Wiederherstellung des alten militaristischen Deutschland eintreten, wissen: Bei einer neuen Aggression werden die Kampfhandlungen auf das Territorium der Kriegsbrandstifter getragen. Sollten aber von deren Territorium aus Nuklearraketen starten, so werden alle Länder, die NATO-Raketen bei sich stationieren, dem Erdboden gleichgemacht. Und keine Bunker, keine "Atomschirme" und "strategischen Systeme", so "unverwundbar" sie auch erscheinen mögen, werden die Aggressoren vor dem unausweichlichen, alles vernichtenden Gegenschlag retten können.

Mögen die Ewiggestrigen diesen Realitäten in die Augen schauen!

Der gesamte Verlauf des zweiten Weltkriegs und die unaufhaltsame Zunahme der Macht der Sowjetunion in der Nachkriegszeit zeigen mit aller Deutlichkeit: Die Sowjetunion vermag auf jegliche Herausforderung zu antworten. Es wäre überaus gefährlich, das zu vergessen.

G. MINASSIAN
Toronto, Kanada

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 22 MAI 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:

R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Das Echo der Untat von Philadelphia (Wort des Redakteurs)	1
Interview mit Michail Gorbatschow für die indische Nachrichtenagentur PTI	3
S. Borissow — Ihren Beitrag leisten	6
W. Dolgow — USA—Nikaragua. Das Handelsembargo, ein aggressiver Akt	8
L. Makarewitsch — Nach den Wahlen (Kommentar)	9
E. Melnikowa, B. Manow — Ein Recht auf Willkür	10
G. Ustinow — Afghanistan. Wer schürt das Feuer!	13
J. Botscharjow — In der Rolle eines Vermittlers (Kommentar)	15
Notizen • Glossen	16
Der Freiheit beraubt	
A. Archipow — USA: Warum sich William Morgan verbrannte	18
A. Tolpegin — BRD: Berufsverbotsterror	19
M. Bogdanow — Großbritannien: Wenn dies das Paradies ist, was ist dann die Hölle!	22
N. Jermakow — Frankreich: Sechs Millionen Ausgestoßene	23
S. Menschikow — Mut und Realitätssinn (Zeitgeschichte)	25
M. Iljinski — Benin: Licht über Lagunen	28
J. Bobrow — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Millionen Menschen, denen die elementarsten und in jeder zivilisierten Gesellschaft eigentlich selbstverständlichen Rechte auf Arbeit, Wohnraum, Bildung, medizinische Betreuung und bürgerliche Freiheiten vorenthalten werden —, das ist die Rückseite der kapitalistischen "Gesellschaft der gleichen Möglichkeiten".

Titelbild: N. Stscherbakow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj. Rufnummern: 229-88-62, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.



Am 21. Mai traf der Ministerpräsident der Republik Indien, Rajiv Gandhi, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau ein. Im Kreml, auf dem Platz vor dem Großen Kremlpalast, wurde Rajiv Gandhi von Michail Gorbatschow begrüßt.

Unser Bild: Während der Begegnung im Kreml

Foto: S. Smirnow, A. Steschanow

INTERVIEW MIT MICHAIL GORBATSCHOW FÜR DIE INDISCHE NACHRICHTENAGENTUR PTI

Die indische Nachrichtenagentur "Press Trust of India" (PTI) hat den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, um ein Interview ersucht.

Am 18. Mai empfing Michail Gorbatschow den Moskauer PTI-Korrespondenten S. P. K. Gupta und übergab ihm die Antworten auf die gestellten Fragen. Nachstehend der Wortlaut des Interviews.

Frage: Wie schätzen Sie im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Treffen mit unserem Premierminister Rajiv Gandhi den Stand und die Perspektiven der sowjetisch-

"NEUE ZEIT" 22.85

indischen Beziehungen im Kontext des Kampfes für Frieden und Abrüstung ein?

Antwort: Ich möchte vor allem betonen, daß die führenden Repräsentanten Indiens in unserem Lande mit besonderem Gefühl aufgenommen werden. Darin finden die aufrichtige Sympathie und die Achtung der sowjetischen Menschen gegenüber dem großen befreundeten indischen Volk ihren Ausdruck. Verschiedene Generationen sowjetischer Menschen und Inder haben in die Geschichte unserer Freundschaft, für die Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi so viel getan haben, glänzende Kapitel geschrieben.

Unser Verhalten zu Indien widerspiegelt die prinzipielle und

unveränderliche Unterstützung des Kampfes der Völker gegen imperialistische Unterdrückung, für Festigung der Unabhängigkeit und soziale Erneuerung durch die Sowjetunion. Dieser Kurs ist ein Vermächtnis des großen Lenin, und wir halten diesem Kurs heilig die Treue. Es kann ohne Übertreibung festgestellt werden, daß wir damit ein einmaliges, ein unschätzbares Gemeingut geerbt haben. "Uns verbinden Beziehungen nicht nur zwischen den Regierungen und nicht einmal nur politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Unsere Beziehungen sind vielmehr eine Verbindung der leidenschaftlichen Herzen von zwei Völkern, von Schöpfern." Diese einprägsamen und bildhaften Worte von Indira Gandhi schildern sehr treffend den Stand und die ganze vielfältige Palette unserer gegenseitigen Beziehungen.

Ich nehme die Gelegenheit wahr, um ein weiteres Mal der herausragenden Tochter des indischen Volkes zu gedenken, deren Namen in die Geschichte der sowjetisch-indischen Freundschaft für ewig eingegangen ist. Die Verleihung des internationalen Leninpreises "Für Festigung des Friedens zwischen den Völkern" an Indira Gandhi ist eine Anerkennung ihres außerordentlich großen Beitrags zum Kampf für dauerhaften Frieden, für Freundschaft zwischen den Völkern.

Ein indisches Sprichwort lautet, der kürzeste Weg sei der, auf dem Menschen aufeinander zugehen. Unsere Völker gehen seit Jahrzehnten gerade diesen Weg. Gerade deshalb sind denn auch unsere Beziehungen stets in einer Aufwärtsentwicklung begriffen. Mit Befriedigung kann der hohe Stand, der Dynamismus und der mannigfaltige Charakter unserer Beziehungen aufgenommen werden, die auf den Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit beruhen.

Wir schätzen den Beitrag Indiens zu den gemeinsamen Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens und zur Abwendung der nuklearen Gefahr hoch ein. Es tut, indem es heute die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit leitet, die zu einem wichtigen Faktor der internationalen Beziehungen geworden ist, viel zur Festigung ihrer Einheit und zu einem wohlthuenden Einfluß in der Welt.

Die sowjetisch-indische Freundschaft ist aber nicht nur ein Gemeingut unserer Völker. Sie ist ein bedeutsamer Faktor des Friedens und der Stabilität in der gegenwärtigen gespannten Situation, sie ist ein Beispiel dafür, wie fruchtbar Staaten unterschiedlicher Ordnung zusammenarbeiten können, wenn sie sich von den Idealen des Friedens, von den Prinzipien der gegenseitigen Achtung und der gleichberechtigten Zusammenarbeit leiten lassen.

Wir schätzen die Perspektiven der sowjetisch-indischen Beziehungen optimistisch ein. Bereits bei unserem vorigen Treffen mit Premierminister Rajiv Gandhi wurde das Bestreben beider Länder nach weiterer Festigung der Zusammenarbeit bekräftigt. Ich zweifle nicht, daß die bevorstehende Erörterung eines breiten Kreises von Fragen sowohl im Bereich der bilateralen als auch in dem der internationalen Beziehungen unsere traditionellen Beziehungen mit neuem Inhalt im Interesse des sowjetischen und des indischen Volkes, im Interesse des Friedens in Asien und in der ganzen Welt erfüllen wird.

Und es wird natürlich für mich ein Vergnügen sein, Kontakte mit der führenden Persönlichkeit Indiens wiederaufzunehmen, die in unserem Land eine so hohe Achtung genießt.

Frage: In der Sowjetunion haben die Initiativen der Staats- oder Regierungschefs der sechs Länder, die vier Kontinente vertreten, eine umfassende Billigung erfahren, die Initiativen, die in ihren Deklarationen von 1984 und 1985 fixiert sind. Wie könnten ihrer Auffassung nach diese Initiativen in die Tat umgesetzt werden?

Antwort: Wir schätzen diese Initiativen hoch ein. Die Gedanken, die in den Dokumenten der Staats- oder Regierungschefs der sechs Länder erhalten sind, und die sowjetischen Initiativen gehen in eine Richtung. Das Endziel, von dem in den Deklarationen die Rede ist, — Eliminierung der nuklearen Waffen aus dem Leben der Menschheit — entspricht voll und ganz den Zielen der Außenpolitik unseres Landes.

Indem wir zu den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten in Genf gingen, vereinbarten wir, daß das Ziel dieser

Verhandlungen die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und seine Beendigung auf der Erde, sowie eine radikale Reduzierung der nuklearen Rüstungen bis zu ihrer vollständigen Vernichtung sein muß.

Es könnte aber damit begonnen werden, wozu die führenden Repräsentanten der 6 Länder auffordern — Einstellung der Entwicklung, Produktion und Stationierung nuklearer Waffen, Einfrieren der nuklearen Arsenale und Beginn ihrer Reduzierung, Verhinderung einer Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum und Abschluß eines Vertrages, der die Kernwaffenversuche vollständig verbietet.

Wir haben für den Anfang vorgeschlagen, daß die weitere Aufstockung der Waffenvorräte eingestellt wird, daß die UdSSR und die USA für die Dauer der Genfer Verhandlungen ein Moratorium für die Entwicklung, einschließlich der Forschungsarbeiten, für die Erprobung und die Aufstellung der Weltraumangriffswaffen einführen, ihre strategischen Offensivwaffen einfrieren, daß die Aufstellung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa eingestellt und unsere Gegenmaßnahmen ausgesetzt werden.

Dabei hat die Sowjetunion bereits einseitig bis November dieses Jahres ein Moratorium für die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen eingeführt und die Verwirklichung anderer Gegenmaßnahmen in Europa eingestellt. Die UdSSR hält getreu ihrem Wort dieses Moratorium strikt ein. Wir glauben berechtigt zu sein, von Washington und seinen NATO-Partnern eine etwas ernsthaftere und etwas mehr überlegte Bewertung unserer Initiative sowie Zurückhaltung in der Frage der Stationierung amerikanischer Raketen in Westeuropa zu erwarten. Gegenseitigkeit in dieser Frage könnte helfen, die Verhandlungen in Genf in eine praktische Bahn zu überleiten.

Und schließlich zur Einstellung der Kernwaffenversuche. Wir haben dazu die USA und die anderen kernwaffenbesitzenden Mächte wiederholt aufgefordert. Die UdSSR schlug und schlägt den Staaten, die Kernwaffen besitzen, vor, ein Moratorium für beliebige nukleare Explosionen einzuführen, damit dieses seine Gültigkeit bis zum Abschluß eines Vertrags über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche behält. Dieses Moratorium könnte am 6. August 1985, d. h. am 40. Jahrestag des tragischen Atombombenabwurfs auf Hiroshima, oder sogar früher eingeführt werden.

Die Sowjetunion ist bereit, auch die Verhandlungen über das vollständige Verbot der Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen, die, wie bekannt, durch Verschulden der USA abgebrochen worden waren. Es ist auch längst an der Zeit, daß die 1974 und 1976 unterzeichneten sowjetisch-amerikanischen Verträge über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche und über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken in Kraft gesetzt werden, die immer noch nicht ratifiziert worden sind, natürlich ebenfalls nicht durch Verschulden der sowjetischen Seite.

Eine besondere Verantwortung für die Geschehnisse der Welt liegt natürlich heute auf den Kernwaffenmächten, vor allem auf der UdSSR und den USA. Die Sowjetunion betrachtete aber die Welt niemals nur durch das Prisma der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Wir sind zutiefst überzeugt, daß an der Suche nach realistischen Lösungen der akuten Probleme, an der Milderung der internationalen Spannungen alle Staaten teilnehmen können und müssen. Die Stimme von Millionen Menschen verschiedener Länder zugunsten von wirksamen Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und Reduzierung der angehäuften Waffen, gegen die Versuche, die Verhandlungen als Deckmantel zur Fortsetzung dieses Wettrüstens zu nutzen, ist von außerordentlich großer Bedeutung.

Frage: Was können Sie über die Perspektiven für die Herstellung eines dauerhaften Friedens und der Entwicklung der Zusammenarbeit in Asien, so im Raum des Indischen Ozeans, sagen?

Antwort: Ich möchte betonen, daß wir den Beitrag Indiens zur Festigung von Frieden und Stabilität in Asien, seine nüchterne und ausgewogene Einstellung zu den Schlüsselproblemen der Region zu schätzen wissen.

Was die Sowjetunion anbetrifft, so trat und tritt sie stets für Frieden und Sicherheit in Asien, für gleichberechtigte Zusammenarbeit der Staaten des Kontinents auf. Das trifft auch auf den Raum des Indischen Ozeans voll und ganz zu. Wir unterstützen die Idee, diese Region in eine Zone des Friedens umzuwandeln.

Es ist bekannt, daß die Abhaltung einer internationalen Konferenz zu dieser Frage seit nun mehreren Jahren durch die USA verhindert wird. Sie waren es, die auch die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Beschränkung der militärischen Aktivitäten im Raum des Indischen Ozeans einseitig abgebrochen haben. Inzwischen verstärken dort die USA selbst ununterbrochen ihre militärische Präsenz.

Die Sowjetunion hat mehr als einmal ihre Bereitschaft bekundet, die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Auch der Vorschlag der UdSSR ist in Kraft, der bei den sowjetisch-indischen Treffen auf höchster Ebene im Jahre 1982 gemacht worden war, wonach alle Staaten, deren Schiffe den Indischen Ozean benutzen, ohne die Einberufung der Konferenz abzuwarten, von jeglichen Schritten Abstand nehmen, die geeignet sind, die Situation in dieser Region zu komplizieren. Was ist damit gemeint? Keine starke Kriegsschiffverbände dorthin zu entsenden, keine Kriegsmanöver zu veranstalten sowie die Militärstützpunkte jener Nichtanrainerstaaten nicht auszubauen und nicht zu modernisieren, die über solche Stützpunkte verfügen.

Zum Kernstück des Kampfes für eine Zone des Friedens im Indischen Ozean ist heute die Frage der Einberufung einer diesbezüglichen internationalen Konferenz geworden. Ich möchte unser Bestreben betonen, gemeinsam mit den anderen interessierten Staaten dafür aktiv zusammenzuarbeiten, daß dieses Forum stattfindet, daß der Indische Ozean letzten Endes zu einer Sphäre der Lebensinteressen der an seinen Küsten und nicht woanders gelegenen Staaten, zu einer Zone des Friedens und nicht der Spannungen und Konflikte wird.

Zum Schluß gestatten Sie mir über ihre Nachrichtenagentur dem indischen Volk Glück, Wohlergehen und Frieden zu wünschen. Wir wünschen der Regierung und allen Bürgern Indiens Erfolge im Kampf für weitere Festigung der nationalen Einheit und Geschlossenheit, für sozialen Fortschritt und für Prosperierung ihres großen Landes.

Bei dem Gespräch, das nach der Übergabe der Antworten auf die Fragen von PTL an den Korrespondenten stattfand, wies Michail Gorbatschow darauf hin, daß man in der Sowjetunion dem bevorstehenden Besuch von Ministerpräsident Rajiv Gandhi große Bedeutung beimißt und die Ansicht vertritt, daß dieser Besuch ein bedeutendes Ereignis im Leben beider Staaten, in der Entwicklung der Beziehungen zwischen ihnen sein wird. So war es immer der Fall: Jeder Besuch von führenden Repräsentanten unserer Länder, jedes ihrer Treffen haben eine tiefe Spur in den sowjetisch-indischen Beziehungen hinterlassen. In diesem Zusammenhang erinnern wir uns in der UdSSR mit Wärme und großer Achtung an die Besuche der herausragenden führenden Repräsentanten Indiens — Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi — in unserem Land. Wir sind gewiß, daß auch der Besuch des Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi viel Nützliches zur weiteren Entwicklung der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit und zur Sache unseres gemeinsamen Kampfes für einen dauerhaften Frieden, für die Festigung der internationalen Sicherheit beisteuern wird. Zwischen uns und dem Ministerpräsidenten haben sich schon gute persönliche Kontakte angebahnt. Und wir hoffen, sie weiter zu festigen.

Die Freundschaft mit Indien, die tiefe Achtung vor seinem großen Volk, seiner reichen alten Kultur und seinem Beitrag zum Fortschritt der Menschheit — all das wohnt, kann man sagen, im Herzen aller sowjetischen Menschen.

Die Freundschaft mit Indien — das ist auch eine aktive Tradition unserer Außenpolitik im Laufe von Jahrzehnten. Wir gehen davon aus, daß das einheitliche, starke und friedliebende Indien ein fester und unentbehrlicher Bestandteil der gegenwärtigen Welt ist.

„NEUE ZEIT“ 22.85

Was mich persönlich betrifft, so ist mein Interesse für Ihr Land überaus groß, und ich hoffe, daß die lebenswürdige Einladung, die ich vom Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi erhalten habe, mir eine Möglichkeit geben wird, in einer entsprechenden Zeit Indien und sein Volk kennenzulernen.

Michail Gorbatschow beantwortete ferner einige zusätzliche Fragen des Korrespondenten.

Auf die Frage, welchen Faktoren er die erfolgreiche Entwicklung seiner Tätigkeit als der führende Repräsentant der Partei zuschreibe, sagte Michail Gorbatschow, daß es hier nur ein „Geheimnis“ gebe: „Unsere sowjetische sozialistische Lebensweise, die Bedingungen, die die sozialistische Ordnung für die Formierung und Entwicklung des Menschen schafft. Die Erhöhung in der Arbeit, die ich in einer Bauernfamilie bekommen habe, wie sie bei uns Millionen Kindern von Arbeitern, Bauern und Angehörigen der Intelligenz zuteil wird, eine gute Bildung, die bei uns allen zugänglich ist, und die gesellschaftspolitische Schule, die ich zunächst in den Reihen der Komsomol- und dann auch der Parteiorganisation durchmachte — all das sind für unsere Lebensweise typische Faktoren, die den sowjetischen Menschen gestatten, aktiv an diesem oder jenem Abschnitt an der Entwicklung des Landes und am Aufbau des neuen Lebens mitzuwirken. Jedes Land und jedes Volk hat fähige, talentierte Menschen. Doch nach unserer Überzeugung schafft eben die sozialistische Ordnung die denkbar besten Bedingungen für ihre Entwicklung, für die gesellschaftlich nützliche Anwendung ihrer Potenzen.“

S. P. K. Gupta sagte: „Einige Politiker im Westen äußern unter Hinweis auf Energie und Dynamik, mit denen die Sowjetunion ihre Politik durchführt, die Befürchtung, daß die Verwirklichung ihrer Pläne auf dem Gebiet der Außenpolitik und die Durchführung der in Angriff genommenen Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialökonomischen Entwicklung eine wachsende Gefahr für den Westen, so für die USA darstellen könnten.“ Der Korrespondent fragte Michail Gorbatschow nach seiner Meinung hierzu.

Auf die Frage des Korrespondenten sagte Michail Gorbatschow, daß man solche „Befürchtungen“ dem Gewissen jener westlichen Politiker überlassen solle, die sie äußern. Die Führung unserer Partei und unseres Staates leistet in letzter Zeit eine überaus große Arbeit, um die Beschleunigung der friedlichen sozialökonomischen Entwicklung des Landes abzusichern.

Wir versuchten, die Situation an den verschiedenen Abschnitten des wirtschaftlichen Lebens real einzuschätzen, berieten uns mit Experten und erörterten diese Fragen mit einem breiten Kreis der Werktätigen von Stadt und Land. Als Ergebnis zeichneten sich vor uns die Umrisse eines Programms ab, dessen Realisierung nach unserer Überzeugung die Erreichung der Ziele sicherstellen wird, die Partei und Volk sich setzen. Wir hoffen, die Arbeit an den Haupttrichtungen der Strategie unserer sozialökonomischen Entwicklung bis zum XXVII. Parteitag abzuschließen, und sind gewiß, daß unsere Pläne in der Partei und beim ganzen Sowjetvolk Zustimmung finden werden.

Da die Sowjetunion sich große, weitreichende Ziele der friedlichen Entwicklung stellt, brauchen wir natürlich Frieden — und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, daß der Frieden auf der Erde erhalten bleibt und gefestigt wird. Darin stimmen unsere Interessen — und davon sind wir überzeugt — mit den Interessen aller anderen Völker — der sozialistischen Länder, und der kapitalistischen Industrieländer, und der vom Kolonialismus frei gewordenen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas — überein. Das paßt vielleicht nicht irgendwelchen Gruppen von Imperialisten, die zu ihren engen eigennützigen Zwecken die internationalen Spannungen aufrechterhalten und das Wettrüsten fortsetzen möchten. Doch das ist schon eine ganz andere Sache. Wir aber sind der Ansicht, daß unsere Politik den Interessen sowohl des Sowjetvolkes als auch der Völker anderer Länder entspricht.

Der Korrespondent dankte Michail Gorbatschow für seine klaren und überzeugenden Antworten auf die gestellten Fragen.

Die Wiener Gespräche des Aussenministers der UdSSR, Andrej Gromyko, mit seinen Amtskollegen zeigten erneut:

Zur Entwicklung normaler Ost-West-Beziehungen muss jede Seite

IHREN BEITRAG LEISTEN

Am 15. Mai 1955 unterzeichneten im Marmorsaal des Schlosses Belvedere in Wien die Außenminister der Alliierten: der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs sowie ihr österreichischer Amtskollege den Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich. Der Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich hat anschaulich gezeigt, wie man durch Verhandlungen auch die kompliziertesten Fragen der internationalen Beziehungen lösen kann.

Der 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrages wurde in Österreich als Nationalfeiertag begangen. In Wien fanden sich Außenminister einer Reihe von Ländern ein. Damit wurde nicht nur die historische Bedeutung des Staatsvertrages, sondern auch seine Wirksamkeit im heutigen politischen Leben Europas bekräftigt.

Die Anwesenheit ausländischer Staatsmänner und Politiker in Wien wurde zur Fortsetzung des Dialogs, zum Meinungsaustausch über die aktuellsten Fragen der Gegenwart genutzt.

Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bedürfen einer Verbesserung

Besondere Aufmerksamkeit fand das Gespräch Andrej Gromykos mit dem US-Außenminister, George Shultz. Das Interesse an diesem Gespräch ist verständlich, denn gerade von den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA hängt der Weltfrieden ab.

Die sowjetische Seite beurteilte den allgemeinen politischen Kurs der USA, der nach wie vor keine Zügelung des Wetrüstens, keine Minderung der Spannungen in verschiedenen Regionen der Welt und keine Verbesserung in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen anstrebt. Die Hauptanstrengungen beider Länder müssen Sicherheitsfragen gelten, der Einstellung des Wetrüstens, ein-

schließlich des atomaren, der Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums. Gemäß der im Januar d. J. erzielten Vereinbarung sind gerade diese Fragen Gegenstand der Verhandlungen in Genf.

Die erste Runde der Verhandlungen ist vorüber, und man kann bereits einige Schlußfolgerungen ziehen. Leider fallen sie nicht positiv aus, da die USA keinen konstruktiven Standpunkt vertreten. Mehr noch, sie sind dazu übergegangen, die erzielte Vereinbarung über die Unteilbarkeit der drei Verhandlungskomplexe — Nichtmilitarisierung des Weltraums, Abbau strategischer Rüstungen und die Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa — zu verletzen. Washington weigert sich im Grunde, die Frage der Nichtausweitung des Wetrüstens auf den Weltraum in Genf zu diskutieren. Statt dessen wird über Zulässigkeit und Nutzen von Forschungen palavert, über die Möglichkeit unterschiedlicher Standpunkte zu diesem Problem pseudowissenschaftlich theoretisiert. Daraus ergibt sich die eindeutige Schlußfolgerung, daß die USA für eine Übereinkunft zur Eindämmung des Wetrüstens noch nicht bereit sind.

Die Sowjetunion — unterstrich A. Gromyko — hat einen genauen und klaren Vorschlag auf den Verhandlungstisch gelegt: ein umfassendes Moratorium, das für alle zur Verhandlung stehenden Rüstungsarten gilt, während der Verhandlungsdauer einzuführen. Ein solcher Schritt würde günstige Verhandlungsbedingungen schaffen. So urteilt auch die Weltöffentlichkeit. Der Vorschlag der UdSSR verdient Aufmerksamkeit und verantwortungsvolle Beachtung und keine voreiligen, unbewiesenen Behauptungen über seine angebliche Unannehmbarkeit für die USA. Zur Erhärtung ihres Standpunktes hat die UdSSR ein befristetes einseitiges Moratorium für die Aufstellung von Raketen mittlerer Reichweite und für andere Gegenmaßnahmen in Europa eingeführt. Das bezeugt den Wunsch und die Bereitschaft der Sowjetunion, ihren Beitrag zu leisten. Die USA dagegen unternehmen alles, um den Verlauf der Verhandlungen zu bremsen. Moskau ist gezwungen, dieser Ausrichtung der USA-Politik Rechnung zu tragen.

Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen begrenzen sich aber nicht nur auf die Kernfrage — die Abrüstung. Sie werden von der Lage in verschiedenen Teilen der Welt beeinflusst. Auch diese Probleme wurden bei der Begegnung in Wien ausführlich erörtert. Der Außenminister der UdSSR erklärte, daß die Versuche bestimmter Kreise, unabhängigen Staaten ihren Willen zu diktieren, sich in deren inneren Angelegenheiten einzumischen, eine der Hauptursachen für die gegenwärtigen Spannungen darstellen. Die explosive Situation in Nahost, in Mittelamerika, im Süden Afrikas, in Asien könnte Gegenstand eines zielgerichteten Meinungsaustausches zwischen der UdSSR und den USA werden. Dabei sollten konkrete Empfehlungen für die friedliche Regelung von Konfliktsituationen, die die internationale Sicherheit gefährden, ausgearbeitet werden. Das könnte die internationalen Angelegenheiten und folglich auch unsere Beziehungen verbessern.

Nach dem Machtantritt der jetzigen US-Administration rollte diese wie eine Dampfwalze über das dünne Gewebe der sowjetisch-amerikanischen bilateralen Beziehungen. Sie wurden auf den tiefsten Stand der Nachkriegszeit gebracht, praktisch eingefroren. Es gilt, diesen Zustand zu berichtigen. In Wien bekräftigten beide Seiten ihr Interesse daran, nur muß die Lösung beiderseitig akzeptabel sein.

Im Rahmen des französisch-sowjetischen Dialogs kam der Zügelung des Wetrüstens und der Verhinderung der Militarisierung des Weltraums eine besondere Bedeutung zu

Erst zwei Monate waren seit der Visite des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Frankreichs, Roland Dumas, in der Sowjetunion vergangen; doch internationale Ereignisse, die einer Erörterung bedurften, sowie die Ähnlichkeit der Standpunkte bei einer Reihe von Problemen bedingten das Interesse an einem

neuen Treffen der Minister, diesmal in Wien. In diesem Zeitraum ging die erste Runde der Verhandlungen in Genf zu Ende. Paris hatte den Beginn dieser Verhandlungen begrüßt und Hoffnung auf ihren erfolgreichen Abschluß geäußert. Gleichzeitig aber tritt Frankreich als Atommacht gegen die Mitberücksichtigung seiner Nuklearwaffen bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf auf. Auch die sowjetische Idee des Einfrierens der Nuklearwaffen wurde bis jetzt von Frankreich nicht unterstützt. Ungeachtet des starken amerikanischen Drucks, spricht sich die französische Regierung gegen Herstellung und Stationierung von Weltraumwaffen aus, kritisiert sie die Reagansche "Strategische Verteidigungsinitiative" in der Überzeugung, daß deren Realisierung eine weitere Runde der atomaren Aufrüstung einleiten und negative Auswirkungen auf die allgemeine strategische Stabilität haben würde.

Paris zeigt traditionsgemäß besonders großes Interesse für die Fragen der europäischen Politik, setzt sich für die Fortsetzung der Entspannung ein. Ebenso wie die Sowjetunion vertritt auch Frankreich die Ansicht, daß der 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki würdig begangen und den darin enthaltenen positiven Grundsätzen ein zusätzlicher Impuls gegeben werden sollte.

Andrej Gromyko und Roland Dumas stellten mit Genugtuung die Aktivierung des sowjetisch-französischen Dialogs auch auf der politischen Ebene fest und sprachen sich für dessen Fortsetzung aus. Die Möglichkeiten dafür sind groß.

Die Aktivitäten der englischen Seite müssen mit ihren Erklärungen zugunsten der Verbesserung der bilateralen Beziehungen übereinstimmen

In sachlicher Atmosphäre verlief auch der Meinungsaustausch zwischen Andrej Gromyko und dem Außenminister Großbritanniens Geoffrey Howe. Eine offene Einschätzung erfuhr der außenpolitische Kurs der Tories, der in der Regel unverhüllt auf die Unterstützung der Politik Reagans orientiert ist. London plädiert für die Stärkung der atlantischen Solidarität, für die Aufstockung sowohl der konventionellen als auch der nuklearen Waffen der NATO, scheut auch vor Gewaltanwendung nicht zurück. Die Militärausgaben Großbritanniens steigen, ein breitangelegtes Modernisie-

ungsprogramm der nuklearen Streitkräfte des Landes wird verwirklicht. England begann als erstes mit der Stationierung amerikanischer Raketen mittlerer Reichweite auf seinem Territorium und beeinflusste auch andere NATO-Länder dahingehend. Abgesehen von einigen diplomatischen Nuancen, billigt die britische Regierung den amerikanischen Standpunkt bei den Verhandlungen in Genf. Kurz gesagt, die eigene Handschrift Londons in außenpolitischen Angelegenheiten wird immer weniger erkennbar.

Gleichzeitig aber, und das ist das Positive, spricht sich Großbritannien für die Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion aus, für das Zustandekommen eines politischen Dialogs. In London besteht Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit, aber auch dafür gibt es ganz offensichtlich zu wenig Kontinuität.

Durch die Teilnahme am Programm der "Sternenkriege" übernimmt die BRD-Regierung die Mitverantwortung für seine Folgen

Die Unterredung mit Vizekanzler und BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher war von Bedeutung. Die Bereitschaft der BRD, an den Forschungsarbeiten zur Verwirklichung der US-Weltraumpläne teilzunehmen, wurde sowjetischerseits scharf kritisiert. Die Bezeichnung "Forschungsarbeiten" sollte niemanden irreführen. Ihr Wesen ist aggressiv. Indem die BRD-Regierung mit den USA gemeinsame Sache macht und aktiv versucht, andere westeuropäische Länder für diese Sache zu gewinnen, läßt sie zusammen mit der US-Administration schwere Verantwortung auf sich. Denn hierbei handelt es sich um neue Versuche, das militärisch-strategische Gleichgewicht zu verletzen. Doch alles in dieser Welt unterliegt einer Wechselbeziehung. Und es wäre naiv zu denken, daß das Kreuzen im Fahrwasser der amerikanischen Politik, die unmittelbare Teilnahme an militärischen Weltraumprogrammen der USA den bilateralen Beziehungen zur UdSSR keinen Schaden zufügen würde, die auch ohnedies durch die Aufstellung der amerikanischen Pershing 2 und der Flügelraketen auf westdeutschem Boden schwer belastet sind. Es ist traurig aber wahr, daß das Territorium der BRD heute die am stärksten militarisierte Region der Welt darstellt. In den Beziehungen beider Länder gibt es aber manches, was man hüten und mehrten sollte. Man sollte nicht vergessen, daß eine Reihe bereits abgeschlossener Handelsabkommen bis in das dritte Jahrtausend hinein wirken.

Der Staatsvertrag und das Gesetz über die Neutralität üben auf die Entwicklung Österreichs und auf die Lage in Europa einen günstigen Einfluß aus

Die Gespräche des sowjetischen Ministers mit den österreichischen Staatsmännern, mit Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, Bundeskanzler Fred Sinowatz und dem Außenminister Leopold Gratz, waren durch freundschaftliche Atmosphäre und volle Übereinstimmung gekennzeichnet. Die Österreicher zeigten großes Interesse für die Genfer Verhandlungen, für die Bemühungen der Sowjetunion zur Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit. Österreich tritt für den Erfolg internationaler Abrüstungsforen ein, es ist an der Lösung der Schlüsselfragen des internationalen Lebens aufrichtig interessiert. Die Sowjetunion schätzt diese Haltung hoch ein.

Beide Seiten brachten ihre Genugtuung über die Entwicklung einer fruchtbaren vielseitigen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Republik Österreich zum Ausdruck. Der jetzige Stand in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik ist gut. Das Handelsvolumen hat sich innerhalb der letzten fünf Jahre fast verdoppelt.

Österreich ist ein neutrales Land, was jedoch nicht mit Passivität gleichzusetzen ist. Es beteiligt sich an der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki, wirkt aktiv in vielen internationalen Foren mit. 1986 wird in Wien ein KSZE-Treffen stattfinden, das die erste Etappe der Stockholmer Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und für Abrüstung in Europa einschätzen und die Frage des Übergangs zur zweiten Etappe beraten wird. Von Österreich als Gastgeberland wird im wesentlichen die Atmosphäre und letzten Endes auch die Ergebnisse des Treffens abhängig sein.

Es gab viele Gespräche in Wien. Nicht immer und nicht in allen Fragen wurde gegenseitige Verständigung erzielt. Aber allen wurde der scharf umrissene Standpunkt der sowjetischen Führung klargemacht: Die Länder der Erde haben einen gemeinsamen Feind — die Gefahr eines Atomkrieges, eine gemeinsame Aufgabe — die Abwendung dieser Gefahr. Aktive gemeinsame Anstrengungen müssen die sinnlose Anhäufung von Nuklearwaffen stoppen und ihre Liquidierung herbeiführen. Die Möglichkeit, die aggressiven Kräfte zu zügeln, ist gegeben. Realitätssinn und guter politischer Wille können und müssen als Sieger hervorgehen.

S. BORISSOW

DAS HANDESEMBARGO, EIN AGGRESSIVER AKT

Nikaragua macht Tage voller Spannung und Unruhe durch. Die Regierung Reagan hat ihm unverblümt den Wirtschaftskrieg erklärt. Seit dem 7. Mai sind die bilateralen Handelsbeziehungen sowie der Luft- und Seeverkehr zwischen den beiden Ländern abgebrochen. Zum selben Zweck ist noch ein gefährlicher Schritt unternommen worden: dazu, die Sandinisten zu zwingen, sich dem Willen der imperialistischen Großmacht zu fügen, die geplante Neugestaltung des Lebens aufzugeben oder einfach ihre legitim gewählte Regierung zu stürzen.

Eigentlich ist der Boykott im Rahmen des feindseligen Vorgehens der USA gegen Nikaragua nichts völlig Neues. Wirtschaftssanktionen, wenn auch nur partielle, gegen das revolutionäre Land verhängen die USA schon 1981, als Reagan ins Weiße Haus einzog. Zuerst wurden die versprochene 15-Millionen-Anleihe versagt, dann 10 Mio Dollar für den Weizenankauf. 1982 kürzte die US-Administration die Einfuhrquote für Zucker aus Nikaragua, der zu dessen wichtigsten Exportartikeln gehört, um 90%. Das alles veranlaßte Managua, schleunigst nach neuen Absatzmärkten für seine herkömmlichen Exportgüter — größtenteils Agrarprodukte, Bananen, Rindfleisch, Zucker, Kaffee und Fischereiprodukte — zu suchen. Dadurch haben sich Nikaraguas Handelsbeziehungen in den letzten Jahren merklich ausgedehnt. Zu seinen Handelspartnern gehören jetzt die Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft, die skandinavischen und die Pyrenäenländer und schließlich einige Staaten des Nahen und Mittleren Ostens.

Dementsprechend hat sich der Anteil der USA am Handel Nikaraguas verringert. Der Anteil der USA am Export ging von 33% 1980 bis auf 8% 1984 und am Import von 27% bis auf 16% zurück. Dennoch

behält er für die Wirtschaft Nikaraguas wesentliche Bedeutung. Sie waren Abnehmer von Fleisch, Garnelen, Kaffee und Bananen, und Nikaragua importierte aus den USA größtenteils Industrieerzeugnisse, unter denen wiederum Ersatzteile vorherrschten, da die meisten Betriebe Nikaraguas nordamerikanische Ausrüstungen haben.

Die Führung dieses Landes ist besorgt darüber, daß Washingtons Wirtschaftsblockade die ohnehin schwer mitgenommene Wirtschaft, besonders ihre lebenswichtigen Zweige, schädigen werde. Wie Otto Schaffer, Generaldirektor der staatlichen Ölgesellschaft PETRONIC erklärt hat, kann die Sperre nachteilige Folgen für die einzige Ölraffinerie des Landes haben, die mit Kapital des bekannten US-Konzerns ESSO betrieben wird. Die dafür nötigen Ersatzteile wurden bisher in den USA für 1,5 Mio Dollar jährlich angekauft. Von dort wurden auch die chemischen Reaktive und Schmiermittel bezogen. Der gemischte staatlich-private Chemiebetrieb POLICASA (Mittelamerikanische Polymere), dessen Aktiva zu mehr als zwei Dritteln Privatkapital gehören, verarbeitete zu 80% Rohstoffe aus den USA.

Das gleiche gilt für die Heilmittelindustrie, für einschlägige Betriebe wie Solka, Ramos und Rappe, die Antibiotika, Vitamine und andere Medikamente erzeugen. Der Solka-Betrieb wurde vor kurzem stillgelegt, um die Modernisierung der Produktion zu ermöglichen. Um ihn wieder anzulassen, braucht man Ersatzteile für 300 000 Dollar aus den USA. Die Blockade wird auch die Erzeugung des dort beliebten Pepsicola beeinträchtigen und sich in gewissem Grade auf die Landwirtschaft auswirken, in der zum Teil noch Maschinen und Kunstdünger aus den USA benutzt werden.

Jetzt suchen die Wirtschaftsorganisationen und Ministerien Nikaraguas nach Möglichkeiten, die notwendigen Anlagen und Ersatzteile in anderen Ländern anzukaufen. Das wird aber Zeit und neue Aufwendungen kosten.

Die Wirtschaftsrepressalien der USA gegen Nikaragua haben der Welt wie schon oft die krasse Aggressivität Washingtons und außerdem seine haarsträubende Scheinheiligkeit vor Augen geführt. Wieviel Krokodilstränen wurden dort darüber vergossen, daß man in Nikaragua das Privatunternehmertum nicht zum Zuge kommen lasse. Der US-Boykott trifft aber am schwersten den privaten Wirtschaftssektor, der 60% der gemischten Wirtschaft Nikaraguas ausmacht, u. zw. diejenigen, die Vieh halten oder z. B. Bananen pflanzen — zwei Drittel des Fleisches und Obstes, die in die USA exportiert wurden, werden von privater Hand produziert.

Übrigens schlagen die Sanktionen Washingtons auch auf das nordamerikanische Busineß, auf die Farmen zurück, die mit Nikaragua im Geschäft standen. In Miami wird das Personal der vor der Schließung stehenden Vertretung der nikaraguanischen Luftfahrtgesellschaft Aeronica, die jedes Jahr 40 000 Fluggäste beförderte, stellungslos. Die Gesellschaft Coordinated Caribbean Transport, die Seetransporte nach und von Nikaragua besorgte, büßt 1 Mio Dollar Einkünfte jährlich ein.

Der Handelsboykott der Reagan-Administration hat vor allem politische Zielsetzung, er soll die Bemühungen der Anhänger einer friedlichen Lösung des mittelamerikanischen Problems, in erster Linie der Contadora-Gruppe, zunichte machen. Nicht von ungefähr setzten die Repressalien ein, nachdem Vertreter dieser Gruppe in ihrer kürzlichen Sitzung in Panama den Zeitpunkt der Unterzeichnung einer Schlußakte näherrückten und Nikaragua bereits in deren Sinne erklärte, es werde 100 kubanische Militärbereiter heimschicken. Am 2. Mai flogen sie aus Managua nach Havanna ab. Das war ein wichtiger Schritt dieses Landes, das aufrichtig an Frieden und Entspannung in Mittelamerika interessiert ist.

Die Regierung Reagan dagegen hat durch den Handelskrieg gegen das kleine Nikaragua ihre imperialistische Politik, ihre Anmaßungen gegenüber einem Land, das be-

schlossen hat, sein Geschick trotz der unaufhörlichen Quertreibereien Washingtons selbst in die Hand zu nehmen, nochmals vor der ganzen Welt bloßgestellt. Die USA haben gezeigt, daß sie nicht daran denken, auf die Interessen und das Geschick anderer Völker wie auch auf die Sache des Friedens Rücksicht zu nehmen, und vor tückischsten Aktio-



Der bedeutendste Hafen Nikaraguas ist Corinto am Pazifik. Dort gehen jedes Jahr bis zu 300 ausländische Schiffe vor Anker
Foto: TASS

nen nicht zurückscheuen, um das Streben der Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit abzuwürfen.

Bei dem neuen Aggressionsakt der USA rufen die meisten Nikaraguaner — Menschen verschiedener politischer Anschauungen: "Yankees, Hände weg von unserem Land!" Sie sind entschlossen, ihr Land zu verteidigen. Mehrere in der Nationalversammlung vertretene Parteien haben dafür Stellung genommen, daß alle patriotischen und demokratischen Kräfte gemeinsam einen Aktionsplan für die Verteidigung der nationalen Souveränität aufstellen. Rosendo Diaz, der dem Verband der Agrarproduzenten vorsteht, hat in einem Interview für die Zeitung "Barricada" Reagans Boykott verurteilt und gesagt: "Wir dürfen nicht nachgeben. Jetzt, angesichts der Krise, ist die nationale Einheit zum Gebot der Stunde geworden."

Am 4. Mai begingen die Nikaraguaner den Tag der nationalen Würde. Am 4. Mai 1927 wies Augusto Cesar Sandino die ultimative Forderung der US-Interventen zurück, die Waffen zu strecken und den Kampf für die Souveränität Nikaraguas nicht weiterzuführen. Er hat ihn bekanntlich bis zum siegreichen Ende geführt. Vizepräsident Sergio Ramirez rief das Volk im Namen der

Nationalleitung der FSLN und der revolutionären Regierung auf, das Land gegen die Aggression zu verteidigen. In seiner Botschaft heißt es: "Das Volk Nikaraguas feilscht nicht um seine Würde und gibt seine Grundsätze niemals auf. Es wird seinen traditionellen Heldenkampf für die Unabhängigkeit nicht einstellen." Um die Schwierigkeiten, die infolge des Handelsboykotts eintreten können, zu überwinden, müßten — sagte Ramirez — die Nikaraguaner straffere Disziplin halten, überall energischer arbeiten und die Betriebe zu uneinnehmbaren Festungen machen. Und weiter:

"Wir bekräftigen unseren Friedenswillen und unsere feste Überzeugung, daß die durch die Einmischung der USA entstehenden Konflikte in Mittelamerika friedlich, auf dem Verhandlungswege, beigelegt werden müssen. Wir erklären uns nochmals entschlossen, den abgeänderten Akt der Contadora-Gruppe sofort zu unterzeichnen und die darin erzielten Übereinkünfte strikt einzuhalten."

Die Devise der Patrioten Nikaraguas lautet: "Wir lassen uns nicht in die Knie zwingen!"

Bezeichnend ist es, daß westeuropäische Bündnispartner der USA, als sie unlängst mit Reagan zusammentrafen, die Politik Washingtons Nikaragua gegenüber, vor allem die Wirtschaftsblockade, nicht billigten. Ganz anders sah es bei dem Besuch aus, den Daniel Ortega, der Präsident Nikaraguas, nach seiner Reise durch die europäischen sozialistischen Länder einigen Staaten Westeuropas abstattete.

In Paris empfing ihn Präsident Mitterrand und bestätigte die Bereitschaft seiner Regierung, zur friedlichen Regelung in Mittelamerika beizutragen. Auch nahm er zu einem Ausbau der französisch-nikaraguanischen Handelsbeziehungen Stellung. Der italienische Regierungschef Craxi befürwortete in den Gesprächen mit Ortega die Bemühungen um Frieden in Mittelamerika. Vorher erklärte er, Italien sei bereit, in Nikaragua ein Wärmekraftwerk zu bauen.

Bei Ortegas Besuch in Madrid versprach Felipe Gonzalez, der spanische Regierungschef, im Namen seines Landes "unentwegte Unterstützung" Nikaraguas beim Überwinden seiner durch das US-Embargo verschlimmerten wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

W. DOLGOW
NZ-Korrespondent

Managua, im Mai

NACH DEN WAHLEN

Die IKP ist im politischen Leben Italiens nach wie vor ein wichtiger Faktor. Das ist eins der bedeutsamsten Ergebnisse der Wahlen vom 12. und 13. Mai zu den örtlichen Machtorganen (die in Italien ebenso wichtig wie die Parlamentswahlen sind). Die Kommunisten stehen mit 30,2% der Stimmen ungefähr ebenso wie bei den vorigen Gemeindewahlen (1980 — 31,5).

Die "große Presse" hat sich beeilt, der Fünfparteienkoalition zu einem Stimmengewinn von 2,1% gegenüber 1980 zu gratulieren, will aber vergessen machen, welch übermenschliche Anstrengung dieser Minigewinn gekostet hat.

Der Sieg der IKP bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Sommer 1984, bei denen sie in Italien den ersten Platz belegte, hat die herrschenden Kreise des Landes und die NATO, die dieses als Rückgrat des NATO-Systems an der Nahtstelle zwischen Europa, Afrika und Asien ansieht, in Aufregung versetzt. Da wurde denn die Propagandamacht der großen westlichen Demokratien gegen die Kommunisten aufgeboten, und manche Priester schalteten sich ein und mahnten die Millionen Katholiken, daß es der beste Beweis für ihre Gottergebenheit sei, christdemokratisch zu wählen.

Die US-Politiker aber wiesen die Italiener, mit dem Zaunpfahl der wirtschaftlichen Vorteile winkend, darauf hin, wen sie in ihrem eigenen Land wählen müßten. Doch die Bourgeoisie ist ohnehin von der Politik der Regierung angetan. Ihr Antikommunismus und das harte Vorgehen gegen die Gewerkschaften gefallen. Ihr gewaltiges politisches Gewicht warf die Bourgeoisie für die Regierungsmehrheit in die Waage. Das sollte reichen, um die Wahlergebnisse für die Koalitionsparteien fotogen aussehen zu lassen, doch war es offenbar nicht genug, um die Christdemokraten mehr Stimmen als 1980 (35 gegen 36,8%) gewinnen zu lassen.

Nochmals hat es sich gezeigt, daß die unhaltbare Situation in der italienischen Linken (die Polemik gegen die IKP) alles andere als erfolgversprechend für sie ist. Auch die Sozialisten haben ja mit nur 13,3% der Stimmen gegenüber 12,7 im Jahre 1980 ihre Position nicht wesentlich verstärken können.

L. MAKAREWITSCH

„Fall Antonow“, von Juristen gesehen

EIN RECHT AUF WILLKÜR

Der Hergang des Attentats auf Papst Johannes Paul II. ist der Weltöffentlichkeit bekannt. Es wurde von Ali Agca, einem Schläger der neonazistischen türkischen Terrororganisation Graue Wölfe, verübt. Anderthalb Jahre, nachdem er zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, wurde der bulgarische Staatsbürger Sergej Antonow unter dem Verdacht der „Mittäterschaft“ an dem brutalen und sinnlosen Verbrechen in Rom festgenommen. Die italienische Justiz verdächtigte auch die beiden Bulgaren Shelio Wassilew und Todor Aiwasow, die nach Ablauf einer Dienstreise aus Italien abgereist waren.

Aufgrund der bössartigen Verleumdungen beginnt am 27. Mai in Rom ein neuer Prozeß gegen die drei Bulgaren und noch vier türkische Staatsbürger.

In den Jahren seither ist viel getan worden, um einerseits die falschen Anschuldigungen umzustößeln und andererseits in der vorsätzlich verwirrten Sache die Wahrheit ans Licht zu bringen. Versuchen auch wir, einige Aspekte des „Falles Antonow“ zu klären, gestützt auf eine Analyse von Bestimmungen aus wichtigsten völkerrechtlichen Dokumenten über die Menschenrechte.

Bei einer Analyse der Anklageakte und der ganzen Voruntersuchung erkennt man, daß die Sache vielen völkerrechtlichen Dokumenten kraß zuwiderläuft: der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, der Internationalen Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte von 1966, der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 und den Minimalen Standardregeln für die Behandlung von Häftlingen aus dem Jahr 1957.

Wir haben die Auswahl der Dokumente nicht zufällig getroffen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Internationale Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte sind die maßgeblichsten Universalabkommen, in denen die Menschenrechte, darunter auch die Rechte eines Angeklagten und vor Gericht Stehenden, interpretiert sind. Um die Ausführung der Konvention voranzubringen, wurde ein internationales Organ, das Menschenrechtskomitee, gebildet. Die Konventionsstaaten sind ver-

pflichtet, ihm Bericht zu erstatten, wie bei ihnen die Menschenrechte gewahrt werden. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde nicht als obligatorisches völkerrechtliches Dokument angenommen. Sie steht jetzt aber in so hohem Ansehen, daß keiner es wagen würde, das Bindende ihrer Bestimmungen anzuzweifeln. Zum Unterschied von der Erklärung war die Konvention gleich von Anfang an für alle Beteiligten unbedingt bindend.

Die Europäische Menschenrechtskonvention ist ein Regionalabkommen der Staaten Westeuropas, das für sie unbedingt bindend ist. Zur Überwachung, wie die Konvention befolgt wird, ist ein ganzes System gebildet worden, darunter der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg und die Europäische Menschenrechtskommission, die sich aus Vertretern ihrer Signatarländer zusammensetzt, angehört.

Die Minimalen Standardregeln für die Behandlung von Häftlingen sind, strenggenommen, kein internationales Abkommen. Sie stellen, ebenso wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Empfehlungen der UNO an die einzelnen Staaten dar.

Und nun die letzte einleitende Bemerkung: Die internationalen Dokumente über die Menschenrechte sind gewöhnlich allgemein formuliert, sie enthalten allgemeindemokratische Kompromißbestimmungen und verlangen eine Garantie für ein Rechtsminimum. Wenn auch nur gegen diese allgemeinen und minimalen Standards verstoßen wird, so ist es tatsächlich angezeigt, daß die UNO eingreift. Mehr noch, aus einem schweren Vergehen kann dem Staat, in dem es verübt worden ist, eine völkerrechtliche Verantwortung erwachsen. Diese Verantwortung eines Staates schließt auch eine internationale strafrechtliche Verantwortlichkeit der bestimmten Verletzer der Menschenrechte nicht aus.

Folglich ist die italienische Justiz als Bestandteil des italienischen Staatsapparats in ihrem Gebaren an die entsprechenden Bestimmungen der Internationalen Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention gebunden, da

Italien an diesen beiden Dokumenten beteiligt ist.

Muß einer seine Unschuld beweisen!

Gleich eingangs sei gesagt, daß die von der Untersuchungsinstanz vorgelegte Anklageakte einem so grundlegenden Prinzip des demokratischen Gerichtsverfahrens wie dem der Präsuumtion der Unschuld zuwiderläuft. In Artikel 11 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist es so niedergelegt: „Jeder, der eines Verbrechens angeklagt ist, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht gesetzlich in einem öffentlichen Prozeß, bei dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien hat, bewiesen worden ist.“ Analoge Bestimmungen sind auch in den anderen erwähnten Dokumenten über die Menschenrechte enthalten. So steht in Artikel 6 der Europäischen Konvention: „Jeder eines Verbrechens Angeklagte hat als unschuldig zu gelten, solange die Schuld nicht gesetzlich bewiesen ist.“ In einem 1984 erschienenen sehr maßgeblichen Oxforder Leitfadens über die internationale Wahrung der Menschenrechte wird eigens betont, daß „eine einhellige Vereinbarung besteht, die die Präsuumtion der Unschuld in Strafverfahren erhärtet und deshalb naturgemäß ein Bestandteil des usuellen Völkerrechts geworden ist“.

Die im Zusammenhang mit dem „Fall Antonow“ zitierten gedrängten juristischen Formulierungen müssen erläutert werden. Es sei auf zwei wichtigste Momente hingewiesen, die die Präsuumtion der Unschuld betreffen: 1. Sie setzt voraus, daß die Beweisführung dem Ankläger obliegt; 2. von der Präsuumtion der Unschuld ausgehend, ist jeder Zweifelsfall in einem Prozeß zugunsten des Angeklagten auszulegen. Die beiden Punkte gehören jetzt auch zur Grundlage der Gesetzgebung vieler Länder und zur Einstellung der demokratisch denkenden Juristen. Führende westliche Rechtswissenschaftler stimmen der Tatsache zu, daß sich die beiden Punkte aus dem Sinn der Europäischen Menschenrechtskonvention ergeben. So denkt z. B. der maßgebliche Spezialist für die Europäische Konvention Francis Jacobs. Er schreibt, daß gemäß dieser Konvention die Beweisführung dem Ankläger obliegt. Ferner hebt er hervor, daß man „dem Angeklagten jederzeit nach der Regel in dubio pro reo (‘im Zweifelsfall zugunsten des Angeklagten’) den Vorteil des Zweifels einräumen muß“. Leider müssen die Beamten der italienischen Justiz an diesen alten Grundsatz des römischen Rechts erst erinnert werden.

Gerade weil die Untersuchung im "Fall Antonow" in Gegensatz zum Prinzip der Präsomption der Unschuld getreten ist, ähnelt sie einem Prozeß der Inquisition, in dem eine aus der Luft gegriffene, auf Denunziation beruhende Anklage erhoben wurde und das Opfer seine Unschuld beweisen mußte. Schon zur Zeit der "Heiligen Inquisition" war es ganz klar, daß eine negative Tatsache viel schwerer als etwas Ausgedachtes zu beweisen ist. Agca macht z. B. "freimütige" Aussagen, etwa so: An dem und dem Tag und dem und dem Ort habe er mit den und den bulgarischen Bürgern, darunter Antonow, über den Plan zum Attentat beraten. Er sagt auch, wo. Nun muß Antonow beweisen, daß er mit dem Gefasel nichts zu tun hat, muß angestrengt in seinem Gedächtnis forschen, wo er zur genannten Zeit war und was er tat. Dabei ist das schon zwei Jahre her! Man braucht nicht vom Fach zu sein, um zu wissen, daß so etwas schwierig ist.

Und nun zu den Zweifeln. Hunderte Seiten der Akteakte sind vollgeschrieben worden, um die Wahrheit nicht aufzuklären, sondern zu vertuschen. Meistens steckt hinter dem "hochwissenschaftlich" formulierten Wortlaut nichts als bössartige Verdächtigungen. Selbst wenn man sich entgegen der Wahrheit völlig auf den Standpunkt der Anklage stellt, kommen dabei nichts als Zweifel heraus, die doch zugunsten des Angeklagten ausgelegt werden müßten.

Betrachten wir unter diesem Gesichtswinkel einige "Hauptbeweise" der Anklage. Das A und O sind die Aussagen Agcas. Man kann sie aber nur dann als Beweis akzeptieren, wenn sie in der Wirklichkeit mit realen juristischen Fakten eine Bestätigung finden. Worauf stützt sich die Verleumdung Agcas? Der Clou, der die Anklage in höchste Begeisterung versetzt, besteht darin, daß die Bulgaren nach Fotos identifiziert worden seien. Das könnte tatsächlich als indirekter Beweis gelten, wenn nicht eine ganze Anzahl von Zweifeln vorlägen. Agca, der behauptet hat, er habe sich mehrmals mit Aiwasow und Wassilew getroffen, konnte nicht angeben, wer von den beiden größer ist. Dabei mißt Wassilew 168 und Aiwasow 180 cm. Die Schwierigkeit Agcas kann man begreifen, wenn man bedenkt, daß nach den separaten Fotos, die er höchstwahrscheinlich gesehen hat, schwerlich die Größe eines Menschen festgestellt werden kann. Die Zweifelhaftheit der Aussagen Agcas springt also ins Auge.

Der nächste "Hauptbeweis" ist ein bei der Haussuchung in Antonows Wohnung gefundener gewöhnlicher Reiseführer durch den Vatikan, in dem Agca einen erkennen will, den ihm Antonow eigens für die Vorbereitungen zum Attentat

gegeben haben soll. Bedenkt man aber, daß Antonow den "belastenden" Reiseführer nicht versteckte und daß ihn viele Leute gesehen haben konnten, so steigen einem vernünftigen Menschen nicht einmal Zweifel an der Unhaltbarkeit eines solchen Beweises auf.

Die Anklage hatte noch einen "handfesten" Beweis: ein Foto, auf dem ein bewaffneter Mann, der vom Ort des Attentats flieht, vom Rücken zu sehen ist. Agca hat im Untersuchungsverfahren ausgesagt, daß das Aiwasow sei. Der Beweis scheint stichhaltig zu sein — versuche einer festzustellen, wem der Rücken auf dem Foto gehört! Auf einer Pressekonferenz in Sofia, der Aiwasow beiwohnte, wurde sich selbst der unobjektivste westliche Reporter darüber klar, daß das ein anderer Rücken ist. Der Hüne Aiwasow sieht ganz anders als der schwächliche Terrorist aus, der den Tatort im Laufschrift verließ. In diesem Fall sind die berechtigten Zweifel für die Untersuchungsbehörde einfach blamabel.

Zum Schluß noch zwei Völkerrechtsnormen: Gemäß der Internationalen Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte wie auch der Europäischen Menschenrechtskonvention (Artikel 14, Punkt 1 des ersten und Artikel 6, Punkt 1 des letzteren Dokuments) hat jeder das Recht auf eine gerechte Verhandlung über seinen Fall. Von Gerechtigkeit kann aber keine Rede sein, wenn man die Beweisführung dem Angeklagten aufbürdet und wenn Zweifelsfälle zugunsten der Anklage ausgelegt werden.

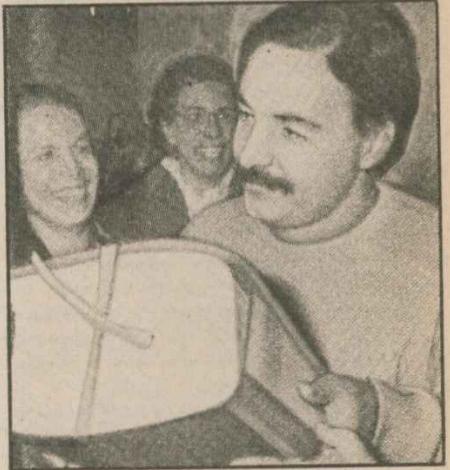
Wie lange noch!

In der Voruntersuchung in Sachen des Attentats auf den Papst wurde gegen so viele Völkerrechtsbestimmungen über die Menschenrechte verstoßen, daß sie wahrscheinlich für ein Dutzend Beschwerden westlicher "Rechtsschützer" bei internationalen Instanzen wie z. B. bei der Europäischen Menschenrechtskommission gereicht hätten. Fast alle haben aber geschwiegen, was schon verdächtig ist.

Den wichtigsten Vereinbarungen über die Menschenrechte zufolge "hat jeder Angeklagte das Recht, im Laufe einer angemessenen Zeit vor Gericht gestellt oder aber bis zum Prozeß aus der Haft entlassen zu werden" (Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention). Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im Zusammenhang mit einem aufsehenerregenden Prozeß darauf hingewiesen, daß "die Untersuchungsfahrt gerechtfertigt sein muß und daß der Angeklagte, wenn sie es nicht ist, auf freien Fuß zu setzen ist". Die Europäische Menschenrechtskommission hat die Bedingungen festgelegt, die bei der Entscheidung über die Angemessenheit der Dauer einer Untersuchungsfahrt zu berücksichtigen sind. Verweilen wir im

Zusammenhang mit dem "Fall Antonow" bei einigen von ihnen.

a) Die wirkliche Dauer der Untersuchungsfahrt. Antonow ist schon zweieinhalb Jahre in Haft. Diese Dauer ist sowohl nach internationalen Begriffen als auch vom Standpunkt der inneren Rechtssysteme kaum tragbar. Es sei daran erinnert, daß die Justiz in Rom 53 Tage (von der Festnahme bis zum Urteil) brauchte, um Agca lebenslänglich zu verurteilen.



Die Akte der Untersuchung des Attentats auf den Papst ist 1243 Seiten stark und enthält nichts als Voreingenommenheiten, Diskrepanzen und willkürliche Auslegungen

Foto aus:
"Corriere della sera"
(Italien)

b) Das Verhalten des Angeklagten mit Rücksicht darauf, ob er die Untersuchung aufgehalten hat und um Freilassung gegen Kautions eingekommen ist. Antonow hat von Anfang an die Untersuchung respektiert und sich bemüht, alle Fragen zu beantworten. Im gegebenen Falle besteht seine "Schuld" darin, daß er sich zu verteidigen versucht hat. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß in der Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte eigens niedergelegt ist, daß "jeder das Recht hat, nicht zu Aussagen gegen sich selbst oder zu einem Geständnis gezwungen zu werden" (Artikel 14, Punkt 3).

Gemäß der westeuropäischen Praxis könnte Antonow, da er schon so lange in Untersuchungshaft ist, durchaus gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt werden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat speziell darauf hingewiesen, daß "Freilassung vor dem Prozeß bei angemessenen finanziellen Garantien anzuordnen ist". In dem erwähnten Oxforder Leitfaß über internationale Wahrung der Menschenrechte heißt es: "Personen, die einem Prozeß entgegengehen, dürfen nicht in Ge-

wahrsam gehalten werden; ihre Freilassung kann jedoch von Garantien für ihr Erscheinen vor Gericht, deren üblichste eine Kaution ist, abhängig gemacht werden."

Vertreter der bulgarischen Regierung haben wiederholt erklärt, daß sie zu allen verlangten Garantien, einschließlich der finanziellen, bereit sind.

c) Die Komplikationen des Falles. Der Fall des Attentats auf den Papst ist in der Tat kompliziert, aber nicht juristisch, sondern politisch, da sie in diesem Bereich unabsehbare Folgen haben kann. Vom Standpunkt der juristischen Technik aber hat die Untersuchungsbehörde einfach nichts zu tun gehabt. Die Untersuchung endete praktisch so, wie sie anfang: Auch jetzt — wie am Anfang — verfügt die Anklage nur über falsche Aussagen eines Terroristen.

d) Die Art, wie die notwendige Untersuchung geführt worden ist. Sie war im "Falle Antonow" keineswegs unvoreingenommen. Frappant ist, wie genau Agca über alle Schritte der Untersuchung Bescheid weiß und wie er seine Aussagen im Nu ändert, wenn die Anklage es braucht. Befremdlich ist auch, daß von den vielen Zeugen, die im Untersuchungsverfahren verhört wurden (es waren über 100), viele mit der Sache gar nichts zu tun hatten. So sagten vier Zeugen wortgetreu darüber aus, wo sich in Aiwasows Haus die Treppe befindet.

Es ist typisch, daß bei der Debatte über den Bericht Italiens im Menschenrechtskomitee dessen Gutachter darauf verwiesen, daß viele italienische Gesetze und Erlasse "nicht frei von Mängeln sind, namentlich im Hinblick darauf, was die Dauer von Prozessen betrifft". Der "Fall Antonow" zeigt deutlich, wie diese Mängel gegen einen Unschuldigen ausgenutzt werden können.

Unvoreingenommenheit

In allen internationalen Dokumenten ist im Hinblick auf die Justizorgane klipp und klar die Forderung nach Unvoreingenommenheit, sei es im Gerichts- oder im Untersuchungsverfahren, gestellt. Dieser Grundsatz ist in Artikel 10 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in Artikel 14 der Internationalen Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte verbrieft. Nach der Europäischen Menschenrechtskonvention bedeutet Unvoreingenommenheit auch, daß die Zeugen der Anklage und die der Verteidigung "unter gleichen Bedingungen" verhört werden müssen (Artikel 6, Punkt 3 der Konvention).

Im Untersuchungsverfahren strengte man sich an, die Zeugen, die das Alibi Antonows bestätigten, wenigstens in winzigen Details aus dem Konzept zu bringen. Antonow selbst machte man den Vorwurf, er habe nicht sofort einige

Einzelheiten über die Marke seines Autos angegeben. Agca, einem Zeugen der Anklage, sah man alle Ungenauigkeiten und sogar Lügen nach. So nannte Agca die Adresse Aiwasows, wo er angeblich gewesen sei (Via Galiani 36). Im Laufe der Untersuchung stellte es sich aber heraus, daß Aiwasow dort wohnte, bevor Agca nach Rom kam, und daß er später umgezogen war. Es liegt auf der Hand, daß die Forderung in der Europäischen Konvention nach "gleichen Bedingungen" für die Zeugen der Anklage und der Verteidigung im "Fall Antonow" nicht befolgt und daß für die einen und die anderen eine "doppelte Buchführung" angewandt worden ist.

In der Europäischen Konvention wird in aller Form verkündet: "Der Genuß der in dieser Konvention verbrieften Rechte und Freiheiten muß ohne Diskriminierung aus irgendeinem Grunde wie Geschlecht, Rasse, Hautfarbe, Sprache, Glaubensbekenntnis, politische oder andere Anschauungen, nationale oder soziale Abstammung, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, Vermögen, Geburt oder andere Bedingungen gesichert sein." (Artikel 14.) Dieser Grundsatz findet sich auch in der Deklaration von Caracas, die vom 6. UNO-Kongreß über die Verhütung von Verbrechen und die Behandlung von Rechtsbrechern beschlossen wurde. Da heißt es in Artikel 6, daß die "Strafrechtspolitik und das Rechtssprechungssystem auf Grundsätzen fußen müssen, die da garantieren: Gleichheit ausnahmslos aller vor dem Gesetz ohne jegliche Diskriminierung, Effektivität des Rechts eines Angeklagten auf Verteidigung, das Vorhandensein von Gerichtsinstanzen, die zu einer raschen und gerechten Rechtsprechung sowie dazu fähig sind, allen maximale Sicherheit sowie Schutz der Rechte und Freiheiten zu bieten". Die Untersuchung im "Fall Antonow" ist doch gewiß voreingenommen geführt worden, ausgehend von politischen Motiven im Zusammenhang mit der Nationalität des Angeklagten; das Prinzip der Gleichheit aller vor dem Gesetz ist nicht beobachtet und Antonow gegenüber ist ausgesprochene Diskriminierung geübt worden.

Die Folgen der Untersuchungshaft für Antonow

Die Minimalen Standardregeln für die Behandlung von Häftlingen sehen u. a. vor, daß "kranke Häftlinge, die einen Spezialarzt brauchen, in ein spezielles oder ein Zivilkrankenhaus eingewiesen werden müssen" (Punkt 22, Teil 2). Diese Bestimmung konkretisiert die allgemeinen Bestimmungen aus internationalen Abkommen über die Menschenrechte, namentlich aus der Europäischen Konven-

tion, in der es heißt: "Niemand darf Foltern oder einer unmenschlichen Behandlung oder Abstrafung unterzogen werden" (Artikel 3 der Konvention).

Darüber, daß Antonow körperlich und geistig erschöpft ist und einer unverzüglichen Behandlung bedarf, liegen kompetente Gutachten vor. Aber auch ohne sie wäre es ganz klar, daß einer große Willenskraft haben und kerngesund sein muß, um die hochnotpeinliche Untersuchung und die ungerechte Haft so lange auszuhalten. Manche Leute rechnen wahrscheinlich damit, Antonow psychisch unwiderruflich schädigen zu können, um seine Willenskraft zu brechen und ihn zu einem gefügigen Werkzeug der italienischen Justiz zu machen.

Es muß gesagt werden, daß Antonow keine seinem psychischen und körperlichen Zustand angemessene medizinische Behandlung erhält, was gegen internationale Abkommen verstößt. Wir erinnern an Artikel 10 der Internationalen Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte, wo es heißt: "Alle in Haft befindliche Personen haben ein Recht auf humane Behandlung und Respektierung ihrer Menschenwürde."

Eine Analyse des Untersuchungsverfahrens und der Anklageakte im "Fall Antonow" ergibt, daß die italienische Justiz gegen viele für Italien strikt bindende völkerrechtliche Dokumente verstößt. Nach dem grundlegenden Prinzip des modernen Völkerrechts "pacta sunt servanda" (Verträge müssen eingehalten werden) ist Italien verpflichtet, die aufgezählten Verstöße zu beheben.

Leider ist der "Fall Antonow" nicht nur entgegen konkreten Bestimmungen der internationalen Abkommen über die Menschenrechte aufgezo-gen worden. Der Fall untergräbt die internationale Zusammenarbeit und die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Staaten, Beziehungen, die nicht stabil sein können, wenn der Glaube an die Menschenwürde und den Wert der Persönlichkeit nicht erhärtet wird, wie es die UNO-Charta fordert.

In der Geschichte gibt es viele Beispiele dafür, daß international anerkannte Grundsätze und Bestimmungen einem falsch verstandenen politischen Interesse aufgeopfert werden. Niemand, der Anschläge auf die Grundlagen der internationalen Beziehungen im Schilde führt, darf vergessen, daß solche Vorhaben immer auf eine gebührende Abfuhr stoßen. Der schändliche Reichstagsbrandprozeß endete mit einem völligen Fiasko, und 12 Jahre später — 1945 — wurde im Nürnberger Prozeß grundsätzlich festgelegt, daß keinem unter wie immer gearteten Umständen das Recht auf ein gesetzwidriges Handeln gegeben ist.

Dr. sc. jur. E. MELNIKOWA,
Dr. jur. B. MANOW

"NEUE ZEIT" 22.85

Der Imperialismus und seine Handlanger führen einen permanenten, nichterklärten Krieg gegen das afghanische Volk

WER SCHÜRT DAS FEUER?

German USTINOW

Diese Ausstellung sah ich in Kandahar. Sie wurde nach einer abermaligen Kampfoperation von Oberst Hajdar Umary, dem Chef der dortigen Volksmiliz, veranstaltet. Am Vortag hatten seine Trupps gemeinsam mit den Verteidigern der Revolution eine große Mujaheddin-Bande geschlagen und mehrere Lastautos mit Waffen erbeutet.

Ich schritt die Reihen langer Tische ab, auf denen Granatwerfer, Panzerbüchsen, Karabiner, MPis, Panzer- und Infanterieminen und Geschosse lagen.

"Wessen Produktion?" fragte ich Hajdar Umary.

"Amerikanische, chinesische, ägyptische, westdeutsche, britische, italienische... Schauen Sie doch nach: Die Firmenzeichen geben die genaue Adresse an."

Er führte mich an einen für sich stehenden Riesenapparat aus Stahl, der die eingestanzte Aufschrift trug:

"US-Geschütz, rückstoßfrei. Gezieltes Feuer über mehr als 2 km."

Ähnliche Ausstellungen sah ich in Afghanistan oft: in Kabul und Herat, Dschelalabad und Mazari-Sharif, im Panjshir-Tal, in kleinen Gebirgsdörfern und auf Feldflugplätzen. Schon seit 7 Jahren werden gewaltige Partien dieser Waffen über Gebirgspfade und alte Schmugglerwege nach Afghanistan eingeschleust, wo sie Tod und Verderben säen.

Tausende und aber Tausende unschuldige Kinder, Frauen und alte Leute sind umgekommen, unter ihnen 200 Geistliche.

Der dem Land zugefügte wirtschaftliche Schaden wird auf 35 Md. Afghani geschätzt, was drei Viertel aller staatlichen Investitionen in der Volkswirtschaft in den 20 Jahren vor der Aprilrevolution ausmacht.

Die militärische Hilfe, die die USA und andere Staaten der afghanischen Konterrevolution erweisen, nimmt fortwährend zu. Im Generalstab der afghanischen Nationalarmee sagte man mir, daß in letzter Zeit besonders viel moderne schwere Waffen eingeschleust werden.

Die Sache wird also auf großem Fuß betrieben. Die Rädelsführer der Konterrevolution bestellen Waffen in der Regel bei

Firmen, die im internationalen Waffenhandel etabliert sind. Bezahlt werden sie — in Form von Spenden sogenannter "Fonds der Solidarität mit Afghanistan" — von den USA und den reaktionären arabischen Regimes.

Dort, wo sich in Pakistan die wichtigsten Lager und Hauptquartiere der afghanischen konterrevolutionären Banden befinden, wurden über 100 Munitions- und Waffendepots angelegt. Bei Peschawar, Quetta und in Waziristan liegen die größten Lagerräume. Für die Verteilung der dort aufbewahrten Waffen unter den Banditen sind in einigen davon pakistanische, chinesische und amerikanische Berater zuständig. Bekannt sind auch Fälle, da die Banditen ihre Waffen aus den Depots der pakistanischen Armee erhielten.

In unmittelbarer Nähe der pakistanisch-afghanischen Grenze ist ein ganzes Netz von Teillagern ausgebreitet, von dort werden die Rüstungen unmittelbar nach

Macht zahlenmäßig stärksten und aktivsten konterrevolutionären Gruppierungen bestimmt: die "Islamische Partei Afghanistans" unter Gulbuddin Hikmatyar, die "Islamische Gesellschaft Afghanistans" unter Burhaneddin Rabbani und die "Islamische Union der afghanischen Mujaheddin" unter Rasul Sajaf.

Die Waffentransporte benutzen über 200 Routen. An ihrer Spitze stehen Leute, denen besonderes Vertrauen entgegengebracht wird und die, falls alles gut endet, bis zu 50 000 Afghani pro Transport bekommen. Der Eskorte stehen berittene Spähtrupps und Sender zur Verfügung. Die Märsche finden hauptsächlich nachts statt, und es fällt sehr schwer, eine solche Karawane im Gebirge zu entdecken. Dennoch konnten die Grenztruppen und reguläre Einheiten der afghanischen Armee im vorigen Jahr über 25 große Transportkolonnen (kleinere nicht mitgerechnet) abfangen und außer Gefecht setzen.

Wie die Konterrevolutionäre gedrillt werden

Mohammad Daud ist 26, stammt aus Kabul und hat Bautechniker gelernt. Aber wir unterhalten uns nicht auf einer der zahlreichen Baustellen der afghanischen Hauptstadt, sondern in einer Zelle des Untersuchungsgefängnisses. Er wurde als Leiter einer der in Kabul ihr Unwesen treibenden Terrorgruppen der "Islamischen Partei" verhaftet. In seiner



Die der subversiven Tätigkeit überführten Angehörigen der US-Botschaft erstatten Bericht vor Journalisten in Kabul

Foto des Autors

Afghanistan befördert. Sie sind für die im Kampf gegen die volksdemokratische

Wohnung, die konspirativer Treff war, fand man in einem Versteck Feuer- und Stich- und Hieb Waffen, Munition, große Geldbeträge und schließlich eine gedruckte Anweisung: wie man seine Konspiration wahr, wie man sich verhält, wenn man hochgeht.

Dauds Spezialisierung waren individuelle Terrorakte. Er hat mehrere Parteiaktivisten, Staatsangestellte und Offiziere der afghanischen Armee ermordet. Aus-

gebildet worden war er in dem von der "Islamischen Partei" kontrollierten Lager Varsak in der Nähe von Peshawar. Während der Ausbildung hatte Daud dort mehrmals Gulbuddin Hikmatyar gesehen, der sich dort einfand, um sich mit den künftigen Diversanten auszusprechen.

Amerikanische und pakistanische Ausbilder brachten Daud bei, mit allen Arten von Feuerwaffen sowie mit Messer und anderen blanken Waffen umzugehen. Er versteht sich darauf, sich "lebenden Objekten" geräuschlos zu nähern, sich nachts fortzubewegen und in einem Hinterhalt oder bei Gefahr mehrere Stunden reglos zu verharren.

Varsak ist nur eines der etwa 120 von den USA, ihren NATO-Partnern, China und den reaktionären Nahostregimes um Afghanistan angelegten Ausbildungslagern.

Die Führung großer Banditengruppen studiert an den Offiziershoch- und -fachschoolen Pakistans. Außerdem bestehen zahlreiche spezialisierte Ausbildungszentren für Bandenchefs und -instruktoren sowie Militärfachleute (Aufklärer, Diversanten, Flakartilleristen, Granatwerferschützen, Sprengmeister, Funker).

In Pakistan entstehen ferner große, nach dem Armeemuster aufgebaute Ausbildungsformationen der Konterrevolutionäre. So liegt in Mamadgart ein "Regiment", das 4800 Mann zählt. Die Ausbilder kommen aus den USA, aus Ägypten und China, die "Dienstzeit" beträgt 2 Jahre. Jeder "Soldat" erhält 4000 Afghani im Monat. Das ist doppelt soviel wie der Durchschnittslohn eines afghanischen Arbeiters.

Die militärischen Ausbildungszentren können 55 000 Mann zugleich fassen. Das gibt eine Vorstellung von den Ausmaßen des Kriegs, den die Weltreaktion gegen das revolutionä-

re Afghanistan führt, und von den Langzeitplänen der antiafghanischen Allianz.

CIA: Meister und Gesellen

Wie die "Washington Post" unlängst meldete, hat die geheime US-Hilfe für die afghanischen Konterrevolutionäre den seit dem Vietnamkrieg größten Umfang erreicht. In diesem Jahr sollen der CIA für "afghanische Operationen" 250 Mio Dollar zur Verfügung gestellt werden. Das sind über 80% der CIA-Ausgaben für Geheimoperationen.

Was wird aus diesen schweren Geldern unternommen? Hier nur ein Beispiel. Im vorigen Jahr wurde in Pakistan ein weiteres CIA-Objekt unter dem bescheidenen Aushang "Rundfunkbüro" eröffnet. Anlässlich seiner Einrichtung weilte James Buckley, vor kurzem zurückgetretener Generaldirektor der Sender "Liberty" und "Free Europe", ein Mann, der in Lügen und Erfindungen seinen Meister sucht, in Islamabad. Besagtes "Rundfunkbüro" ist eine weitere Filiale dieser Diversion- und Propagandazentren, die dazu da sind, die Wahrheit über Afghanistan und die dortige revolutionäre Entwicklung zu entstellen und die Weltöffentlichkeit gegen die junge demokratische Republik aufzubringen. Das Büro ergänzt das in Pakistan bereits funktionierende "Afghanische Dokumentationszentrum" und die "afghanische Presseagentur"; beide sind aus dem CIA-Geld aufgezogen worden und streuen Lügen und unvorstellbare Erfindungen aus. (Glaubt man ihnen, so lebt keiner der Spitzenpolitiker der DRA mehr, einige von ihnen wurden schon mehrmals getötet.)

Über 50 westliche Sender betreiben die antiafghanische Propaganda rund um die Uhr und auf mehreren Kanälen. In den letzten 5 Jahren ist ihre Sendezeit für

Afghanistan auf das 20fache gestiegen und beträgt heute 60 Stunden pro Tag.

Nachdem in Kabul mehrere Berufsspieler hintereinander hochgegangen sind (Weiss, Mitchell, Krow, Turner, Vandizer u. a., alles angeblich Mitarbeiter der US-Botschaft), nimmt die CIA in größerem Umfang die Dienstleistungen von "Gesellen" in Anspruch: von Bürgern einiger Nachbarländer Afghanistans.

Vor einiger Zeit lernte ich einen von ihnen, den türkischen Bürger Turgut Uzala, kennen. Die US-Aufklärung las ihn sozusagen aus der Gosse auf. Ein Kumpel aus der Gefängniszelle führte ihn mit Mohammad Rahim, dem Chef der "Islamischen Partei Afghanistans", zusammen.

Nach kurzer Probezeit stellte er Uzala seinem "amerikanischen Freund" Warren Marek vor. Dieser ist den afghanischen Sicherheitsorganen seit langem als alter CIA-Resident im Osten bekannt. Er hat viele Jahre in der Türkei und in Afghanistan gelebt, heute gilt er als Konsul des US-Generalkonsulats in Karatschi. Der anstellende Türke fand des gewieften Spions Gefallen. Schon nach zwei Wochen ließ er ihn einen Personalbogen des Spionageamtes ausfüllen. Nach weiteren zwei Monaten, in denen er sich in der Film- und Fotoaufnahme vervollkommnete, wurde er zusammen mit einer 170 Mann starken Bande nach Nordafghanistan eingeschleust. Marek hatte ihn mit Aufnahmegeräten und — gegen Quittung — mit Spesen versorgt.

Auf afghanischem Boden wurde die Bande ziemlich zusammengehauen. Uzala merkte, daß sein neuer Beruf kein Zuckerlecken war, vergrub seine Geräte unter einem Steinhäufen und stellte sich den Behörden. Übrigens: Als die beschlagnahmten Dollars der Staatsbank übergeben wurden, erwiesen sie sich als gefälscht.

IM FREMDEN INTERESSE

Auf einer Pressekonferenz in Islamabad vom 12. Mai erklärte Präsident Zia ul-Haq, Chef des pakistanischen Militärregimes, die Afghanistan-Politik seiner Regierung bleibe unverändert. Worin sie besteht, ist bekannt: in unablässigem Nein zu Direktverhandlungen über eine Normalisierung der Beziehungen zu Afghanistan; zum Vorwärtsschreiten bei den indirekten afghanisch-pakistanischen Verhandlungen mit Vermittlung der UNO; zur Einstellung der Unterstützung der afghanischen Konterrevolutionäre. Diese nimmt immer öfter die Form einer direkten Mithäterschaft bei den barbarischen Verbrechen der Banditen an. Das jüngste dieser Verbrechen haben die tragischen Vorgänge in einem der Lager bei Peshawar [Pakistan] bestätigt, über das neulich die TASS berichtete.

General Zia hat obendrein gesagt, daß die antiafghanische Politik Pakistans "im vornehmsten Interesse des Landes" liege. Längst nicht alle Pakistaner sind jedoch damit einverstanden, wie der Präsident diese Interessen auffaßt. Die antiafghanische Regierungspolitik wird von den elf größten Oppositionsparteien, die der Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie angehören, aufs schärfste kritisiert. Die Opposition setzt sich für Direktverhandlungen mit Afghanistan und dafür ein, daß Islamabad den Friedensvorschlägen Kabuls entgegenkommen soll. Selbst viele prominente Persönlichkeiten Pakistans, die Zias Regime an sich unterstützen, sind mit dessen Afghanistan-Politik nicht einverstanden.

Die vielen Milliarden Dollar US-"Hilfe" an Pakistan, mit der ihm seine Teilnahme

am nichterklärten Krieg gegen Afghanistan bezahlt wird, hat lediglich zu einem horrenden Anschwellen der Militärausgaben, zu einer wesentlichen Verschlechterung der Wirtschaftslage und Erhöhung der Spannungen in der Nordwestlichen Grenzprovinz geführt, wo die afghanischen Konterrevolutionäre faktisch das Heft in der Hand haben. Und schließlich hat die Allianz mit Washington zu einer Zuspitzung in der ganzen Region geführt. Da fragt es sich, ob die verschlechterten Beziehungen zu den Nachbarn und nicht nur zu ihnen im nationalen Interesse Pakistans liegen. Recht hat doch wohl ein Führer der pakistanischen Opposition, Abdul Wali Khan, der der Regierung vorwirft, ihre Politik entspreche eher den globalen strategischen Interessen der USA als den Interessen Pakistans.

J. KISSELJOW

Wachsende Einmischung

Daß zu den Ländern, die dem konterrevolutionären Abschaum Hilfe leisten, China gehört,

Ende Januar entsandte das ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans ein Schreiben an das ZK der KP Chinas "im Zusammenhang mit zunehmender Einmischung in die afghanischen Angelegenheiten und der erstarkenden Unterstützung der konterrevolutionären Kräfte, die gegen die afghanische Revolution auftreten, durch China". Es heißt im Schreiben: "China betreibt eine offene feindselige Kampagne gegen das revolutionäre Regime in Afghanistan unter Zuhilfenahme von Lügen und Erfindungen, wodurch es die Feindseligkeit gegenüber der neuen Gesellschaftsordnung und unserem Volk schürt. Amtliche chinesische Sprecher reden offen von Chinas Absicht, den konterrevolutionären Banden, die in Afghanistan ihr Unwesen treiben, auch künftig breitangelegte militärische und sonstige Hilfe zu leisten. Eine solche Position ruft berechtigten Protest hervor, um so mehr, als diese Position von der VR China bezogen wird, die auch selbst die ganze Last des imperialistischen Jochs spüren mußte und den revolutionären Befreiungskampf geführt hat."

In den letzten Monaten wurden bei der Zerschlagung konterrevolutionärer Banden große Mengen chinesischer Waffen erbeutet, darunter Boden-Luft- und Boden-Boden-Raketen, Starttrampen, überschwere Fliegerabwehr-MGs, Granaten und MPis.

Von chinesischen Raketenanlagen wurden Wohnviertel Kabuls beschossen, wodurch zivile Einwohner getötet, Häuser zerstört, Wirtschafts- und Kulturobjekte beschädigt wurden. In einer Erklärung der afghanischen Nachrichtenagentur Bahar lesen wir: "Diese barbarische Aktion hat den Peking Hegemonisten die Maske heruntergerissen, die in Worten für die Nichteinmischung sind, in Wirklichkeit jedoch auf das unmittelbarste in die Angelegenheiten der Nachbarländer eingreifen."

Die Sicherheitsorgane der DRA haben Briefe abgefangen, die die Rädelsführer von Banden auf afghanischem Boden ihren in Pakistan sitzenden Chefs geschrieben hatten. Einige dieser Briefe wurden bei einer Pressekonferenz in Kabul Journalisten zur Verfügung gestellt.

Hier einer davon:

"23.11.84. An den ehrenwerten Prof. A. R. Sajaf, Vorsitzender der Islamischen Union der Mujaheddin.

Mit Freude und Dankbarkeit teile ich Ihnen mit, daß wir die chinesische Hilfe rechtzeitig erhalten haben. Eingetroffen sind: drei Zwillingsflaks, 50 MPis, 120 Plastik-Panzerminen, 227 Infanterieminen, 5 Pistolen, drei Kisten Fla-Raketen und 28 Kisten MPI-Patronen.

Wir bitten darum, uns eine chinesische Radaranlage zu schicken, weil wir ständig

"NEUE ZEIT" 22.85

von Flugzeugen der regierungstreuen Fliegerkräfte angegriffen werden.

Gezeichnet: Kommandeur des 1. Regiments ..."

Ein weiterer Brief:

"17.12.84. An den Vorsitzenden der Islamischen Union der Mujaheddin A. R. Sajaf.

Gemäß Ihrer Weisung haben wir den chinesischen Beratern einen guten Empfang bereitet. Sie sahen unsere Waffendepots und haben die mustergültige Ordnung dort gewürdigt. Wir berichteten ihnen über unsere Schwierigkeiten und baten sie, uns mehr Waffen von größerer Zerstörungskraft zu liefern. Unsere Bitten wurden sorgfältig notiert. Die Gäste überschritten die Grenze, vertieften sich 3-4 km ins afghanische Gebiet und besichtigten unsere Kampfbesetzungen."

Beredt genug, nicht wahr? Und doch möchte ich noch einen Brief zitieren. Ihn hatte Shafi Rasul aus der chinesischen Provinz Xinjiang an einen gewissen Hial Mohammad in die pakistanische Stadt Peshawar abgesandt. Der Brief wurde in der Tasche des getöteten Konterrevolutionärs gefunden.

"1. Februar 1985.

Lieber Hial, wir sind schon seit drei Monaten in China und lernen mit neuen Waffen umzugehen. Hier bleiben wir noch drei Monate. Man muß sagen, daß sich die Ausbildung recht schwer anläßt, weil Chinesisch eine sehr schwere Sprache ist. Das macht jedoch nichts. Ich glaube, daß wir nach drei, höchstens vier Monaten in Afghanistan (wahrscheinlich in der Provinz Paktika) sein werden, um gegen die Giaux zu kämpfen.

Wir dürfen das Lager nicht verlassen, haben übrigens auch keine Zeit zum Spaziergehen. Die Ausbildung ist sehr anstrengend."

Im Gegensatz zu den zwei vorausgehenden erfordert dieser Brief einen Kommentar. Es ist bekannt, daß China an der militärischen Ausbildung der Banditen aktiv teilnimmt. Zusammen mit amerikanischen und anderen ausländischen Ausbildern wirken chinesische seit langem in den Lagern der Konterrevolution in Pakistan. Seit etwa einem Jahr werden jedoch afghanische "Glaubenskämpfer" in China selbst ausgebildet.

Die afghanischen Behörden wissen, daß in China (in Xinjiang) gegenwärtig 5 Lager für die Ausbildung von Terroristen und Diversanten bestehen; diese Leute waren in den konterrevolutionären Banden ausgesiebt worden.

Auf einer Pressekonferenz Anfang Mai in Kabul wurden den Journalisten ein weiteres Mal diverse Waffen chinesischer Produktion vorgeführt, die an die Konterrevolutionäre geliefert werden.

Eine solche Politik der VR China ruft bei Afghanistans Volk und Regierung selbstverständlich berechtigten Protest hervor.

Kabul, im Mai

NZ KOMMENTAR

IN DER ROLLE EINES VERMITTLERS

Auf seiner Tournee durch Westeuropa von Anfang Mai besuchte Präsident Reagan auch Portugal. In den Gesprächen mit der portugiesischen Führung legte er viel Gewicht auf die Situation im Süden Afrikas. Wie aus einer Erklärung Reagans erhellt, war von einer "Zusammenarbeit" Portugals mit anderen westlichen Ländern, auch mit den USA, an einer "Ausweitung der Beziehungen" zu Mocambique die Rede. Inwiefern will man sie ausweiten!

Ebenso wie Angola war auch Mocambique früher portugiesische Kolonie, in deren Wirtschaft die Kolonialisten seinerzeit ansehnliche Kapitalien investierten. Jetzt bemüht sich Portugal, seine dortigen wirtschaftlichen Positionen wiederherzustellen. Seine Rechtskreise orientieren sich dabei gemeinsam mit der RSA und den USA entweder auf einen Sturz der Regierung oder auf eine radikale Änderung der Innen- und Außenpolitik Mocambiques.

Portugals Mittäterschaft beim Torpedieren der Stellungen der von der patriotischen FRELIMO-Partei gebildeten Regierung besteht vor allem darin, daß seine reaktionären Kreise den immer noch andauernden nichterklärten Krieg unterstützen, den die RSA mit Hilfe gedungener Banden aus dem "Mocambiqueischen Nationalen Widerstand" gegen Mocambique führt. Ihre Rädelsführer haben sich in Lissabon eingenistet und verbreiten dort ungehindert Schriften mit Verleumdungen über Mocambique, geben Pressekonferenzen und werben Söldner für ihre Banden.

In der Politik Mocambique gegenüber geht Portugal von den eigenen Interessen des Großkapitals aus, das sich wieder in die frühere Kolonie einschleusen möchte, was auch die USA wollen. Hierbei dienen Lissabon und seine Vertreter, die die Situation dort besser kennen und zu Verhandlungen mit Maputo nicht einmal Dolmetscher brauchen, als Vermittler. In Washingtons Plänen ist Mocambique aber nur ein Sprungbrett nach ganz Südafrika, und es ist schwer vorstellbar, daß darin die Interessen Portugals berücksichtigt wären. Die Kräfte sind ja zu ungleich. Für eine Ausführung dieser Pläne besteht aber ein ernstzunehmendes Hindernis: die Standhaftigkeit Mocambiques, das selbst in der schweren Zeit die Kraft aufbringt, den Feinden seiner Gesellschaftsordnung und Unabhängigkeit eine Abfuhr zu erteilen.

J. BOTSCHKARJOW

OFFENES GEHEIMNIS

Zwei angesehene Politiker — Gerard Smith, führendes Mitglied der US-Delegation, die das sowjetisch-amerikanische SALT-I-Abkommen und den Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM) aushandelte, sowie Sidney Drell, führender Mitarbeiter des Zentrums für internationale Sicherheit und Rüstungskontrolle an der Stanford-Universität — haben sich zu Wort gemeldet. Und zwar in einem Artikel der "New York Times" unter der Überschrift: "Behaltet Star Wars im Auge".

Was ließ beide Experten für nuklearstrategische Fragen Alarm

schlagen? Sie kommen gleich zur Sache: "Die jäh (um 166%) Anhebung der Bewilligungen für die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) oder Star Wars im Voranschlag des Verteidigungshaushaltes 1986 ... wirft ernsthafte Fragen bezüglich der Ausrichtung der Forschungen und des Einflusses dieses Programms auf unsere Sicherheit auf." Gerard Smith und Sidney Drell sind frap-piert über die Diskrepanz zwischen den erklärten Zielen und Aufgaben von Reagans "Verteidigungsini-tiative" sowie jenen Mitteln, die für deren Verwirklichung bereit-gestellt werden sollen. Die US-Ex-

perten meinen, die über Erwarten große Zunahme der Ausgaben zeige ganz klar, daß die Dimensionen besagter "Initiative" in Wirklichkeit viel größer sind als dies von Weißem Haus und Pentagon erklärt wird.

Wir wollen die Meinung dieser Experten nicht anzweifeln. Im Gegenteil müssen wir ihnen zustimmen: Solche Fragen stellen sich, solche Befürchtungen bestehen. Erstens, weil die Geschichte bereits nicht wenige Beispiele kennt, daß in den USA, getarnt als diverse "Initiativen und Projekte", mit geheim bewilligten Mitteln Dinge angestellt würden, bei denen es uns auch heute noch kalt über den Rücken läuft. Und zweitens, gibt es Anlaß zu der Vermutung, daß auch jetzt Entwicklungsprojekte euphemistisch als "Verteidigung" bezeichnet werden, die alles andere als "defensiv" sind.

Beispiel Nr. 1. In den USA veröffentlichten Dokumenten zufolge arbeiteten amerikanische Nuklearforscher unter dem Aushängeschild des "Manhattan-Projekts" nicht nur an der Entwicklung der Atombombe, sondern "erforschten" auch, natürlich top secret, die Möglichkeit, "verstrahlte Nahrung zu benutzen, um 500 000 Menschen auf seiten des Gegners zu vergiften".

Beispiel Nr. 2. Die "New York Times" meldete, das Pentagon habe über Geheimkanäle mit der Finanzierung eines Projekts, einer Komponente des SDI-Programms, begonnen. Es geht dabei darum, "neueste Pseudoziele, Sprengköpfe mit Zickzackflugbahn und andere Vorrichtungen zu entwickeln und zu testen, die den Raketen helfen sollen, jegliche Verteidigung, die die Sowjetunion aufbauen könnte, zu überwinden".

Als Pentagon-Sprecher Tim Turner um einen Kommentar zu derartigen Pressemeldungen gebeten wurde, antwortete er lakonisch: "Die Ausgaben des Pentagon für dessen Geheimprojekte sind geheim." Nur gibt es auch offene Geheimnisse. Die Absicht der USA, mit SDI die Möglichkeit für einen nuklearen Erstschlag zu erlangen, ist deutlich. Und wohin "Forschungen", die der Vorbereitung eines solchen Schlages dienen, führen können, ist gleichfalls kein Geheimnis. Die Lehren der Vergangenheit rufen zur Wachsamkeit. Also "behaltet Star Wars im Auge"! **V. GUSTSCHIN**

DER SCH
IST FRUC

Wir berichteten bereits über die Zusammenrottung der SS-Leute in der bayerischen Kleinstadt Nesselwang (19/85). Das provokative Treffen fand im Hotel "Elan" hinter verschlossenen Türen statt. Und doch gelang es Joachim Krischka, Reporter des "Zweiten Tages", fortgeschrittenen Zugschützen "Elan", in den Tagen nach dem Treffen zu infiltrieren. Nachdem er sich als Journalist der Zeitungsfratze vorgestellt hatte, gewann er sogar die Sympathie einiger der 450 Teilnehmer am SS-Treffen.

Zu ihnen gehört a
63jährige ehemalige S
hörige Rolf Buchheister
stalter der Zusammen
und Besitzer besagten
Buchheister erwies

DIE KREUZZÜGLER

Dieser Tage läuft "irgendwo außerhalb der westlichen Hemisphäre", d. h. offenbar in Europa, etwas, das als der "erste Weltkongreß der antikommunistischen Guerilla" bezeichnet wurde. Die Teilnehmer sind dem US-Nachrichtenmagazin "Newsweek" zufolge nikaraguanische Contras, afghanische Konterrevolutionäre, Pol-Pot-Banden und Mordbuben antiangolanischer Gruppierungen. Geleitet aber wird der "Kongreß" von Bürgern Amerikas, genauer gesagt, von den "Bürgern für Amerika", einer reaktionären Organisation, die mit dem Weißen Haus eng liiert ist. Hauptfigur der "Bürger" und zugleich ihr Hauptredner auf der Zusammenrottung ist ein Geschäftsmann aus New York, Lewis Lehrman. Er vermittelt dem Auditorium das ABC des Antikommunismus: die "Roten" auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen, ihre Gesellschaftsordnung in die Steinzeit zu befördern und so weiter nach dem vom Weißen Haus übernommenen Szenario. Dann aber werden die Versammelten detailliert "Fragen der Militäraktik" erörtern. So werden die afghanischen Konterrevolutionäre berichten, wie sie Nahrungsmitteltransporte beschießen und Ernten vernichten. Die Contras werden natürlich ihr Handbuch für "antikommunistische Partisanen", einen Terrorismus-Lehrbehelf der CIA, mit auf den Kongreß nehmen. Sie können auch ein April-Heft von "Newsweek" demonstrieren, wo die Hinrichtung eines gefangengenommenen Nikaraguaners — mit drei Messerstichen — liebevoll auf Fotos festgehalten wurde.

Und das Ziel der Zusammenrottung? "Es geht darum", erläutert einer der Veranstalter, "daß sie" [die Mörder und Konterrevolutionäre — die Red.] "mehr leisten." Also mehr töten, sprengen, foltern. Doch einstweilen wollen wohl die Veranstalter und geistigen Väter des "Kongresses" selbst mehr erreichen. An der ganzen Front des "Kreuzzuges".

An die 100 amerikanische und westeuropäische Offiziere, ein japanischer Konteradmiral, ein bundesdeutscher General, chilenische und südkoreanische "Experten" tagten in Paris. Ihr Thema: Antikommunismus. Die rechten Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die im Grunde neofaschistische Gruppierungen vertreten, kamen in Rom zusammen. Gemeinsames Credo: Antikommunismus. In der BRD rufen ehemalige SS-Leute unter der Fahne des Antikommunismus erneut "nach Osten". Und nun ein "Guerilla-Kongreß". All diese "Bürger" für Antikommunismus, Faschismus, Terrorismus und Haß aber werden begünstigt: Im ersten Fall von dem erreaktionären Oberhaupt der mit CIA-Geldern aufgebauten Mun-Sekte, unter deren Schirmherrschaft die Pariser Konferenz stattfand; im zweiten Fall vom Papst, der Le Pen und Co. segnete; und drittens von US-Präsident Reagan, der den Gräbern von SS-Leuten in Bitburg seine Ehrerbietung erwies. Und die jetzigen Mörderdelegierten! Für ihren Kongreß — und für ihre Morde — haben sie den Segen aller, die dieses verbrecherische Treiben finanziell unterstützen.

L. JELIN

DAS JAPANISCHE WUNDER



Rafael Alkon fiel auf A
Reklameversprechen he
Foto
"New York Times"

BAR NOCH...

recht gesprächig. Begeistert berichtete er von seiner Soldatenzeit, vom Marsch auf Belgrad, davon, wie er an der Ostfront kämpfte und fast bis nach Moskau kam. Dieses "fast" läßt ihm keine Ruhe. Lange wurde er dann in Lazaretten behandelt.

"Ich will Ihnen versichern", Buchheister nahm den Reporter an die Hand, "ich habe nie — das kann ich beidene — nie gesehen, daß irgendein Soldat Greueltaten oder sonst was gemacht hat..."

Buchheisters Schwüre sind nicht viel wert. Die 2. SS-Division "Das Reich", in der Rolf Buchheister diente, hinterließ viele Blutspuren in Europa. Unter ihren Meldungen waren auch folgende:

31. August 1941:
"... die Zahl der ... in Kamenez-Podolski liquidierten Juden erhöht sich auf 23 000."

27. Februar 1942:
"... rund 100 Juden getötet, das Getto niedergebrannt. Bei neuen Razzien 4 Kommissare, 2000 Partisanen und 50 weitere Personen auf der Flucht erschossen..."

Vom Mai bis Juli 1944 wütete die Division "Das Reich" in Frankreich. "Gesäubert" wur-

den mindestens 40 Ortschaften... In Tulle wurden 99 Männer zwischen 18 und 46 Jahren an Balkons und Telegrafmasten erhängt. 149 wurden ins KZ Dachau deportiert. In der Umgebung wurden fast 400 Familien liquidiert... Oradour: 643 Einwohner, darunter fast 500 Frauen und Kinder, wurden ermordet. Die Kleinstadt wurde dem Erdboden gleichgemacht...

Doch an nichts dergleichen erinnern sich die in der "Krone" Versammelten und auch jene, die ihnen diese Zusammenrottung erlaubten...

N. ALEXANDROW

Der "ehrlche Soldat" Buchheister, das Emblem der Zusammenrottung in der "Krone" und — Greueltaten der SS-Leute

Fotos aus: "Elan" (BRD)



Vor vier Jahren bestellte der mexikanische Geschäftsmann Rafael Alkon bei Mitsui, einem der größten japanischen Konzerne, Textilmaschinen für seine Fabrik. Alkon sah die Zukunft optimistisch: Japanische Anlagen, hatte man ihm suggeriert, seien die besten der Welt.

Der Auftrag wurde fristgemäß erfüllt. Doch wie! Alkon erhielt gebrauchte und völlig untaugliche Maschinen, die es nicht gelingen sollte, in Betrieb zu nehmen. Für die mexikanische Firma war das ein schwerer Schlag.

Die Japaner wiesen hochmütig alle Beschwerden zurück: Angeblich seien das genau die Anlagen, die der Kunde brauche. Alkon verklagte Mitsui, doch offenbar ohne Aussicht auf Erfolg.

Der Skandal in Mexiko beunruhigte Tokio ernstlich. Versucht man sich dort ja als Anwalt der Interessen der Entwicklungsländer zu präsentieren — bis hin zu den höchsten internationalen Instanzen. Emissäre Tokios geizen auf ihren Weltreisen nicht mit Versprechen, verheißen alle nur mögliche Hilfe und verkünden ihre Bereitschaft, die ungerechte Handelspraxis zu beenden und die diskriminierenden Zollbarrieren zu beseitigen. Weder Mitsui noch Tokio lösen ihre Versprechen ein. Und so wird den japanischen Sendboten in Südostasien, ja auch in Lateinamerika in diesem Jahr ein entsprechender Empfang bereitet.

M. LEONIDOW

SÖLDNERSCHICKSAL

Die Söldner nennen sich "Soldiers of Fortune", "Soldaten des Glücks". Doch unter ihnen gibt es auch Pechvögel. Ein Söldnerboss — Michael Hoare, genannt "Verrückter Michael" — landete 1982 hinter Gittern. Das geschah offenbar vor allem aus Neid. Aus Neid auf seinen sauberen Freund Bob Denard — einem Komplizen bei den Greueltaten, die sie 1960 im ehemaligen Belgisch-Kongo verübten. Hatte ja

Denard, genannt "Zähnezertrümmerer", 1978 im Komplott mit Frankreich einen Umsturz auf den Komoren inszeniert.

Sicherlich nahm Michael nur zu gern den Auftrag der RSA an, Bobs "Heldental"

Bob Denard an der Spitze der Leibgarde des Präsidenten der Komoren: Michael Hoares geplätzter Traum

Foto aus: "Jeune Afrique" (Frankreich)



auf den benachbarten Seychellen zu wiederholen. Wollte er etwa dem "Zähnezertrümmerer" nachsehen! An der Spitze von 50 Landsknechten, die sich als Mitglieder des "Alten Ordens der Bierstubenstammgäste" ausgaben, landete Hoare auf dem Flughafen von Mahe, doch nach einem Schußwechsel mit der einheimischen Polizei suchte er mit einem gekidnappten Flugzeug das Weiße. Zurückgekehrt nach Durban, wo sein Streich begonnen hatte, wurde Hoare zusammen mit der ganzen Bande der "Bierfreunde" verhaftet und erhielt 10 Jahre. Doch nicht, weil er versucht hatte, eine rechtmäßige Regierung zu stürzen (dafür war ihm eine saftige Belohnung versprochen worden), sondern wegen ... Flugzeugentführung. Vor allem aber wohl, weil die Operation gescheitert war. So gelangte er ins Gefängnis, nicht aber in eine Traumvilla in Mahe. Doch nur drei Jahre verbrachte er hinter Gittern. Im Mai wurde er vorzeitig freigelassen — dank einer "Amnestie".

L. SKURATOW



DER FREIHEIT BERAUBT

Statt Lohn bestenfalls Arbeitslosengeld, statt Wohnraum ein Nachtlager und Papphütten, statt Bürgerrechte Gefängnisse. Eben so präsentieren sich vielen Millionen ihrer Mitbürger die westlichen "Musterdemokratien", an deren Fassade die großen Worte "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" prangen.

Diese Worte werden auch von den amerikanischen und den westeuropäischen Massenmedien wiederholt, die auf ihre Weise den Verlauf des am 7. Mai in Ottawa (Kanada) eröffneten sechswöchigen Treffens von Experten aus den KSZE-Teilnehmerstaaten beleuchten. Auf der Tagesordnung steht die Einhaltung der in der KSZE-Schlussakte festgehaltenen Menschenrechte. "Laßt uns unser Versprechen überprüfen", das gab US-Präsident Ronald Reagan dem Treffen auf den Weg, "allseitig die Bestimmungen der Helsinki-Vereinbarungen über die Menschenrechte einzuhalten." Mögen die Fakten für sich sprechen, pflichtet ihm der Leiter der US-Delegation, Richard Schifter, bei. Gut gesagt. Wir nehmen dieses Angebot dankend an.

Wohnung wurde er exmittiert, und deshalb ist er zusammen mit seiner Frau auf den Straßen des US-Bundesstaates Tennessee auf der Suche nach dem Glück, das für sie in dem einfachen Wort Arbeit liegt. Man muß unter den ersten tausend Arbeitslosen eine Frostnacht vor Fabriktores in Clyde (US-Bundesstaat Ohio) angestanden haben, um dann gegen 8 Uhr zu verstehen: Am Vortag wurden 4000 Bewerber abgewiesen, von denen viele aus Kentucky, Michigan und West Virginia angereist waren...

Ein Blick von innen enthüllt auch eine andere offizielle Legende: die Behauptung, die Arbeitslosen seien einfach verbrecherische Elemente. Hier eine Geschichte, die sich unlängst in Youngstown, (US-Bundesstaat Ohio) abspielte. Einige Betriebe hatten schließen müssen. Die Arbeitslosigkeit hat dort 21 Prozent der Erwerbsfähigen erreicht. Als Folge stellte sich zunehmende Jugendkriminalität ein — etwa im gleichen Verhältnis. In einem Monat registrierte allein eine Irrenanstalt der Stadt über 4000 Anrufe, in denen um Hilfe gebeten wurde. In zwei Jahren hat die Zahl der Selbstmorde um 70% zugenommen. Wie viele solcher Youngstowns gibt es in den USA!

"Der Weg ins Nichts" — so nannten amerikanische Journalisten ihre Reportagen über die Lage der "rechtlosen, arbeitslosen, ausgestoßenen und vergessenen" Werktätigen. Die heutigen Ausgestoßenen, verallgemeinern Maharidge und Williamson ihre Beobachtungen, sind nicht nur Opfer der jüngsten Krise. Der Pendelschwung der Wirtschaft zwischen Rezession, Belebung und drohender neuer Rezession ändert wenig in ihrem Schicksal. Der Aufschwung bedeutet eine Verbesserung nur für jene, denen es auch ohnehin gar nicht so schlecht ging. Die Verlierer aber — jene, die "wegrationalisiert" wurden, jene, die keine Möglichkeit haben oder für die es zu spät ist, auf neue komplizierte Berufe umzulernen, oder aber jene, die noch "zu jung" sind — sie alle sind in absehbarer Zeit zur Arbeitslosigkeit verdammt.

USA: WARUM SICH WILLIAM MORGAN VERBRANNT

Nicht die Abenteuerlust oder der Wunsch nach Tapetenwechsel hat sie auf Reisen gehen lassen. Und ihre Fortbewegungsmittel sind weit von jenen entfernt, wie sie in bunten Reklameprospekten angeboten werden... Diese Menschen stehen stundenlang als Anhalter an den Autobahnen, verstecken sich in leeren Güterzugwaggons. Wenn sie Glück haben, finden sie bei der Suche nach einem vorbeifahrenden Zug ein Nachtlager, wenn nicht — legen sie sich unter freiem Himmel hin. Sie werden von dem Traum, daß ihnen irgendwo das Glück lächt und sie einige ehrliche Dollars verdienen können, durch das Land getrieben. Sie beflügelt die Hoffnung, daß es irgendwo in den USA möglich sein müßte, sich und ihre Familie zu ernähren. Einzeln oder mit Kind und Kegel, Jugendliche und alte Menschen, Farbige und Weiße. Sie alle machen die gleiche Tragödie durch. Sie sind Ausgestoßene. Sie sind arbeitslos.

Zwei amerikanische Journalisten, Dale

Maharidge und Michael Williamson, begaben sich in die Welt der neuen "Unterklasse", über die sich die hohen Politiker sorgsam ausschweigen, wenn sie von den "Segnungen" und der "christlichen Moral" der heutigen amerikanischen Gesellschaft sprechen.

Was ließ die Journalisten ganz Amerika bereisen? Sie wollten die Ursachen für diese fürwahr nationale Tragödie erkunden. Bei Betrachtung von innen stellen sich die Erfindungen der Herrschenden, die Arbeitslosen seien stinkfaul und suchten nur ein "warmes Plätzchen", als handele es sich um Parasiten, ganz anders dar.

Um die Absurdität derartiger Erfindungen zu verstehen, braucht man nur bei einem am Straßenrand frierenden Stahlgießer (jetzt bereits einem ehemaligen) zu verweilen: Er verkaufte das letzte, um seine Wohnung behalten zu können, bis er Arbeit findet. In seiner Heimatstadt fand er keine Beschäftigung, aus der

Die Journalisten schrieben ihre "Saga der neuen Unterklasse" nur aufgrund eigener Eindrücke. Die vorhandenen statistischen Angaben bestätigen ihre Schlüsse. Aus jeder weiteren zyklischen Krise geht der amerikanische Kapitalismus mit einem neuen, ständig höheren Stand einer "stabilisierten" Arbeitslosigkeit hervor. In den 60er Jahren betrug ihr Durchschnitt 4,8% der Erwerbsfähigen. Unter der Carter-Administration (1976-1980) an die 6%, heute aber schreiben sich die Vertreter der Reagan-Administration mit heuchlerischem Stolz einen "Erfolg" zu — eine Arbeitslosigkeit von 7,2 bis 7,5%. Das sind über 8 Millionen arbeitswillige Amerikaner, die noch nicht die Hoffnung auf eine Stelle verloren haben. Und dabei haben es die Behörden überhaupt aufgegeben, 1,3 Millionen Erwerbslose, die bei der Arbeitsuche völlig resignierten, zu registrieren.

Die jetzigen Herren des Weißen Hauses untermauern aufdringlich ihre "Verdienste" im Beschäftigungsbereich durch die beeindruckenden Zahlen neugeschaffener Arbeitsplätze. Das ist für naive Seelen bestimmt. Wer diese Zahlen und ihren Hintergrund aufmerksam studiert, wird leicht entdecken, daß die Zahl derjenigen, die die Arbeit verloren und die Hoffnung auf eine Stelle aufgegeben haben oder aber Hungerlöhne für Kurzarbeit erhalten, in einem erschreckenden Tempo wächst, das die Zunahme der Arbeitsplätze um ein Vielfaches übersteigt.

Die Berater des Präsidenten arbeiten mit dem Begriff der "natürlichen Arbeitslosigkeit", die nicht unter 6 bis 7% sinken dürfe, damit es zu einer "Sanierung" der Wirtschaft komme. Das Wesen des Staates, den die im Weißen Haus thronende Regierung des "Klubs der Millionäre" repräsentiert, kommt in dieser Theorie klar zum Ausdruck: den Arbeitsmarkt mit Arbeitslosen zu überfluten und diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz haben, zu Lohnkürzungen und schlechteren Arbeitsbedingungen zu zwingen. Für die Monopole sind das neue Milliarden. Für den 30jährigen Arbeitslosen William Morgan aber wurde es zu einer Frage von Leben und Tod: In den Tagen, als der Kongreß die Unterstützungszahlungen für Langzeitarbeitslose einstellte, gewann die Verzweiflung Oberhand. Morgan übergab sich auf der Straße mit Benzin und zündete ein Streichholz an...

"Jede Tiergesellschaft befreit sich von unproduktiven Elementen", bemerkte "NEUE ZEIT" 22.85

zynisch eine Angestellte der Stadtverwaltung von Santa Cruz, Katy Sears-Williams. Und von ihnen befreit man sich.

Im vergangenen Winter, bei den starken Frösten, stellte sich den Behörden New Yorks besonders akut die Frage, wie sie die sich vor der Kälte rettenden Obdachlosen über Nacht in der riesigen Grand Central Station unterbringen sollten. Im US-Bundesstaat New York gibt es 50 000 Obdachlose, von denen 85% in New York selbst leben. In den Nachtasyls Chicagos entfallen auf 25 000 Obdachlose nur 1400 Betten. Nicht mehr als 2500 der 30 000 Obdachlosen in Los Angeles können auf ein Nachtlager hoffen. Und so sieht es im ganzen Land aus, wo die Zahl der Obdachlosen zwischen 2,5 bis 3 Millionen Menschen schwankt.

Die Lage hat sich in den letzten Jahren noch weiter verschlechtert — nach dem Machtantritt der republikanischen Administration, die im Grunde die Finanzierung der Programme zur Erleichterung der Lage der Obdachlosen einstellte. Das kürzliche Vorgehen von Bulldozern gegen die Pappsiedlungen der Armen und "Strafaktionen" der Polizei, die zu immer mehr Toten und Verletzten führen, haben ein weiteres Mal gezeigt, wie die Behörden dieses Problem zu lösen gedenken.

Im letzten Wahlkampf wurde über die sozialen Gebrechen der amerikanischen Gesellschaft so viel im Kongreß gesagt, daß sich die Gesetzgeber nicht mit "Unkenntnis" herausreden können. Nichtsdestoweniger ist in dem von ihnen gebilligten Etatposten eine Zunahme der Bewilligungen 1986 nur für das Pentagon vorgesehen. Fast alle Sozialprogramme wurden eingefroren, gekürzt oder gestrichen.

Die Abenddämmerung breitet sich aus... Von den zentralen Straßen Manhattans sind die mit Fotoapparaten behangenen ausländischen Touristen verschwunden. Auf dem Bürgersteig beginnt ein anderes Leben: Auf dem Lüftungsgitter der Metro bereitet sich jemand ein Nachtlager, aus Pappkartons entstehen Behausungen für eine Nacht. All das geschieht nur wenige Schritte vor den Eingängen von Luxuskubs... Die Behörden ziehen es vor, die unangenehme Nachbarschaft "nicht zu bemerken". Eine bequeme Haltung: Die Regierung, die dieses brennende soziale Problem im Rahmen der "demokratischsten Gesellschaft" nicht zu lösen wünscht, verschließt einfach die Augen.

A. ARCHIPOW
NZ-Korrespondent

New York

BRD:

BERUFSVERBOTSTERROR

Der "Radikalerlaß" der Ministerpräsidenten der Bundesländer ist nun 13 Jahre alt. Mit ihm erhielten die Behörden die Möglichkeit, jeden zu entlassen, der einer "verfassungsfeindlichen" Organisation angehört oder mit ihr zusammenarbeitet. Das Wort Berufsverbot gehört seitdem zum BRD-Alltag.

Inzwischen sind fast 7000 Personen diesen Verfolgungen zum Opfer gefallen: Lehrer und Postangestellte, Zöllner und Lokführer, Fernmelder und Drucker. 6,6 Millionen Bundesbürger mußten die erniedrigende "Loyalitätsprüfung" über sich ergehen lassen. Vor allem aber richten sich die Berufsverbote gegen die Kommunisten. In dem alljährlich herausgegebenen Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums wird die Deutsche Kommunistische Partei stets als "verfassungsfeindlich" geführt. Das ist ein eindeutiger Verstoß gegen das Gesetz,

denn nur das Bundesverfassungsgericht ist berechtigt, darüber zu entscheiden, welche Organisation verfassungsfeindlich ist, und es hat einen solchen Beschluß über die legale DKP nicht gefaßt.

Berufsverbotsgerichte interessieren sich in der Regel weder für die Person des Angeklagten noch für sein konkretes Handeln. Ich war beim Prozeß gegen den Postangestellten Hans Meister aus Stuttgart zugegen. Die Richter stellten ihm keine einzige Frage!

Die Menschen werden nur deshalb abgeurteilt, weil sie der DKP angehören bzw. ihr Programm und ihre Ziele unterstützen, werden also wegen ihrer Denkweise, ihrer Gesinnung verfolgt. Die Berufsverbote widersprechen sowohl der Bundesverfassung als auch dem Völkerrecht. In Art. 33 des Grundgesetzes der Bundesrepublik heißt es ja: "Jeder

Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung, nach fachlichen Leistungen gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte... Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen." Unvereinbar sind die Berufsverbote auch mit vielen internationalen Urkunden: der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte, der Internationalen Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte, der Schlußakte von Helsinki.

Neuerdings kehren sich die Berufsverbote immer häufiger nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen jene, die mit ihnen "zusammenarbeiten". So werden in Niedersachsen Lehrer nur deshalb gerichtlich belangt, weil ihre Kandidaturen bei den Kommunalwahlen in der DKP-Liste standen, und der Lehrer Ulrich Foltz aus Kaiserslautern wurde nur deshalb aus dem Gymnasium entlassen, weil er der Deutschen Friedens-Union (DFU) angehört.

Vor kurzem besuchte ich Ulrich Foltz. Er hat eine kleine Dachwohnung in einem dreistöckigen Haus im Zentrum von Kaiserslautern. Ein Kunstalbum und Bücher über Maler auf einem Bücherbord: Foltz war Kunstlehrer im Gymnasium. Seit etwa fünf Monaten ist er arbeitslos.

"Wie hat diese ganze Geschichte begonnen, Herr Foltz? Warum hat es ausgerechnet Sie getroffen?"

"Im April 1981 bekam ich von der örtlichen Dienststelle des Verfassungsschutzes" (das Bundesverfassungssamt ist die politische Geheimpolizei der BRD) "eine schriftliche Einladung zu einer Aussprache. Als ich nach Absolvierung der Akademie der Künste in Idar-Oberstein als Lehrer tätig war, war ich zugleich stellvertretender Vorsitzender des Landesvorstands der DFU gewesen. Der Beamte, der mich empfing, fragte, ob ich wüßte, daß die DFU verfassungsfeindlich sei. Ich sagte ihm, daß sich die DFU für Frieden, Abrüstung und friedliche Koexistenz einsetzt und daß diese Ziele nicht im Gegensatz zur Verfassung stehen können. Der Beamte ging auf meine Einwände überhaupt nicht ein, sagte nur, die Mitgliedschaft in der DFU sei mit meiner Tätigkeit als Lehrer unvereinbar. Eine Zeitlang wurde ich in Ruhe gelassen, dann aber wieder von der Dienststelle vorgeladen, wo man mich zum zweitenmal warnte."

Foltz wußte ganz gut, was ihm blühte. Schon als Student hatte er in einem Bürgerkomitee gegen Berufsverbote mitgewirkt. Später wurde ihm auch das

angekreidet. Nach Kaiserslautern kam Ulrich Foltz 1983 und nahm den Unterricht am dortigen Gymnasium auf. Bald wurde er zu einer abermaligen "Aussprache" eingeladen. Seine dreijährige Probezeit (jeder Beamte muß sie durchmachen) lief ab, die Gymnasiumsleitung hatte an seiner Qualifikation als Lehrer nichts auszusetzen. Folglich hätte Foltz der Status eines "Beamten auf Lebenszeit" verliehen werden sollen. Das geschah jedoch nicht. Freilich verlängerte man ihm die Probezeit um ein Jahr, wies ihn aber zugleich darauf hin, daß er seinen Beruf verwirken werde, falls er nicht mit der DFU breche. Im Oktober 1984 teilten die Behörden Foltz mit, seine Probezeit werden ausführlich die Gründe meiner Entlassung dargelegt.

"Wie wurde denn der Beschluß begründet?"

"Sie überreichten mir eine Entlassungsverfügung, 16 Seiten stark, und da werden ausführlich die Gründe meiner Entlassung dargelegt."

Foltz zeigte mir dieses Papier. Durch seine seit Jahren bestehende Mitgliedschaft in der DFU, heißt es darin, gebe der Beamte Ulrich Foltz "Anlaß zu der ernsten Besorgnis, daß er die notwendige Gewähr der Verfassungstreue nicht bietet". Nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz bestehe "zwischen der DKP und der DFU eine Vielzahl ideologischer und politischer Übereinstimmungen und Ver-

bindungen". Das gehe u. a. daraus hervor, daß beide Organisationen die "strikte Beachtung der Grundsätze der friedlichen Koexistenz" als Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens betrachten. Foltz selber sei "zur politischen Zusammenarbeit mit Kommunisten bereit" und beteilige sich am außerparlamentarischen Kampf, um der Stationierung von US-Raketen entgegenzuwirken. Ferner wird dem Lehrer angelastet, daß seine Aktivität gegen die Berufsverbote "darauf angelegt" sei, "seinen Dienstherrn und die Bundesrepublik im In- und Ausland zu diskreditieren".

Es gäbe überhaupt keine Berufsverbote in der Bundesrepublik, vielmehr nur "eine legitime Zulassungsvoraussetzung zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung". Und weiter: "Auch sein nachdrückliches Eintreten gegen den sogenannten Antikommunismus muß eher zu Lasten als zugunsten des Beamten gewertet werden. Die DFU deutet den Antikommunismus als ein Mittel zur verschärften psychologischen Kriegsvorbereitung." Aber "die Forderungen nach Frieden, Entspannung und Abrüstung sowie nach Völkerfreundschaft und friedlicher Koexistenz", die "alle Erklärungen des Beamten wie ein roter Faden durchziehen", entsprächen dem DKP-Programm, und überhaupt stamme das Prinzip der friedlichen Koexistenz "aus dem marxistisch-leninistischen Gedankengut".

"Was man mir zur Last legt", sagt Foltz, "könnte faktisch gegen alle Teilnehmer der Friedensbewegung vorgebracht werden: die Grünen, die Sozialdemokraten, die Gewerkschaftsmitglieder und selbst gegen jene CDU-Leute, die sich gegen

Diese Bochumer protestieren gegen den Berufsverbotsterror

Foto: TASS





So sieht die "Demokratie" in Nordirland aus einem Panzerfahrzeug der britischen "Ordnungskräfte" aus. Ein, wie London meint, "wunderbarer" Anblick. Der von ihm in Nordirland geschürte Konflikt auf religiöser Grundlage vermag aber nicht die Weigerung der britischen Behörden zu tarnen, auf die politischen und sozialökonomischen Probleme der katholischen Bevölkerung einzugehen. Nordirland wurde im Grunde zu einem Versuchsgelände, auf dem Truppenverbände sowie die Geheimpolizei und die Geheimdienste Großbritanniens, praktisch dem Parlament nicht rechenschaftspflichtig, aber mit unbegrenzten Vollmachten versehen, Methoden und Mittel des Kampfes gegen die Andersdenkenden proben.

Das zeigt die Offensive auf die demokratischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten der Engländer. Der Hauptstoß ist gegen die Linkskräfte, die Gewerkschaftsführer, die Mitglieder fortschrittlicher Organisationen und die Teilnehmer der Friedensbewegung gerichtet. Derartige Repressalien gehören nicht nur in Großbritannien zum Alltag, sondern auch in den USA, der BRD, Italien und in anderen kapitalistischen Ländern, wo gegen die "subversiven Elemente" viele bewährte Mittel eingesetzt werden — Bespitzelung, Abhören von Telefongesprächen, Postzensur, gerichtliche Verfolgung, Gefängnis, Folter und Polizeiwillkür. Greenham Common symbolisiert auf besondere Weise diese Repressalien [zweites Bild].

Fotos aus: "Quick" (BRD) und "Time" (USA)



die Raketen wenden. Was das Prinzip der friedlichen Koexistenz angeht, so ist es in vielen internationalen Abkommen fixiert. Ginge es nach meinen Vorgesetzten, müßte auch die Schlußakte von Helsinki als 'verfassungswidrig' eingestuft werden.

Ich bin kein Kommunist, ich wurde in der Familie eines Pastors geboren und habe eine religiöse Erziehung gehabt. Ich bleibe auch überzeugter Christ. Aber ich bin gegen Antikommunismus. Es heißt, mit den Kommunisten sei nicht gut Kirschen essen, weil sie Atheisten sind. Das interessiert mich aber nicht. Wenn wir auf der Basis unserer moralischen Wertvorstellungen zu denselben Schlüssen gelangen wie die Kommunisten — über die Notwendigkeit von Abrüstung und friedlicher Koexistenz —, so müssen wir für diese Ziele gemeinsam eintreten. Ich bin in der DFU, weil in ihr Menschen

verschiedener Ansichten wirken. Den Sinn meiner Tätigkeit sehe ich darin, alle zu vereinigen, die bereit sind, für den Frieden zu kämpfen."

Ich frage Herrn Foltz, wie seine Kollegen aus dem Gymnasium den behördlichen Beschluß aufgenommen hatten.

"Als sich herumgesprochen hatte, daß ich entlassen werden sollte, nahmen die Lehrer auf einer Versammlung eine Resolution an, die die Überprüfung des Beschlusses forderte. Sie erklärten, daß sie mich gut kennen und an meiner Treue zu den demokratischen Prinzipien nicht zweifeln. Für diese Resolution stimmten 53 Menschen, dagegen waren nur vier. Besonders gerührt fühlte ich mich durch die Unterstützung meiner Schüler. Am 21. Dezember vorigen Jahres, meinem letzten Unterrichtstag im Gymnasium, veranstalteten sie eine Kundgebung im Zentrum der

Stadt. Auch viele Eltern waren gekommen. Ebenso wie andere Opfer der Berufsverbote werde ich von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt. Die Mitglieder unserer Gewerkschaft werden am häufigsten verfolgt. In Kaiserslautern allein sind außer mir noch vier Lehrer, weil sie Kommunisten sind, zu Verfassungsfeinden gestempelt worden.

Der Fall Foltz hat in der Bundesrepublik eine große Empörung ausgelöst. Der Lehrer aus Kaiserslautern bekommt zahlreiche Solidaritätsbriefe von Massenorganisationen und verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung. Evangelische Geistliche haben die Landesregierung von Rheinland-Pfalz aufgefordert, Foltz in sein Amt wieder einzusetzen. Diese Aufforderung haben 2000 Menschen unterschrieben. Auch die Landtagsfraktion der SPD hat protestiert.

GROSSBRITANNIEN: WENN DIES DAS PARADIES IST, WAS IST DANN DIE HÖLLE?

"Und was bedeutet das Berufsverbot für Sie materiell, Herr Foltz?"

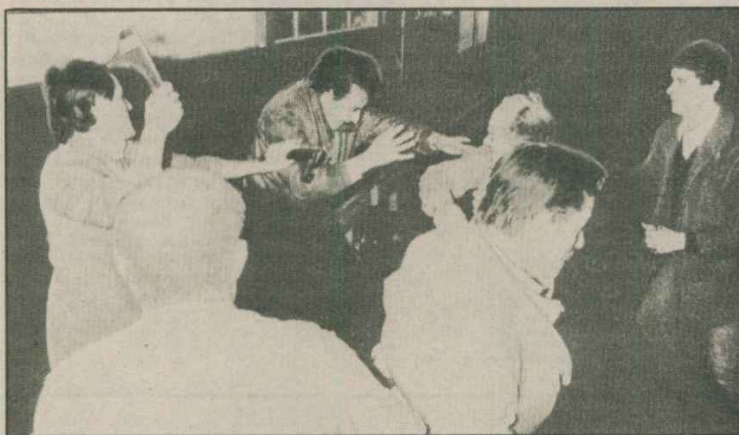
"Im allgemeinen verliert das Opfer eines Berufsverbots selbst das Recht auf das Arbeitslosengeld. Aber es sind nicht nur die materiellen Probleme. Ich mag meinen Beruf, mag die Schule, die Kinder. Ich habe mir Mühe gegeben, meiner Pflicht nachzukommen. Meine Kollegen achteten mich. Nun hat man mir meine Lebensaufgabe genommen. Das ist besonders schlimm. Ich meine, die Entlassungsverfügung betrifft nicht nur mich allein. Sie ist eine Provokation gegen die ganze Friedensbewegung, alle Demokraten. Die Behörden wollen die Menschen einschüchtern und zur Abkehr von ihren Überzeugungen zwingen."

A. TOLPEGIN
NZ-Korrespondent

Kaiserslautern--Bonn

Die Frage, wie viele Arbeitslose es heute im Land gibt, ist nicht leicht zu beantworten. Offiziellen Angaben zufolge sind es 3,2 Millionen, inoffiziellen nach aber über 4 Millionen. Doch selbst diese riesige Zahl berücksichtigt nicht Hunderttausende britische Hausfrauen, die in der jetzigen Wirtschaftsflaute jegliche Hoffnung auf einen Arbeitsplatz verloren haben.

Bekanntlich hat sich die Arbeitslosigkeit in den sechs Jahren der Tory-Herrschaft unter Margaret Thatcher mehr als verdoppelt und erfaßt jetzt mindestens 13 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Hinter diesen statistischen Durchschnittswerten verbergen sich noch größere Tragödien einzelner Gemeinden, Städte und Regionen. So sind in Glasgow 16,8 Prozent der Erwerbsfähigen und in Liverpool 19,4 Pro-



Die Brutalität der Rassisten im französischen Automobilwerk Talbot (Foto links) kannte keine Grenzen. Die arabischen Arbeiter wurden geschlagen, getreten, Messer und alles, was den Banditen in die Hände geriet, kam zum Einsatz. Geprügelt wurde, weil "diese Farbigen" den Weißen angeblich die Arbeit wegnehmen. Dafür, daß sie als Menschen behandelt werden wollen und sogar gewisse Rechte für sich verlangen. Derartige Szenen sieht man ständig in Frankreich, den USA, der BRD, Italien und anderen Ländern.

Der von den Freiheitsaposteln geschickt gemixte Cocktail aus Chauvinismus und Rassismus, zusammen mit nationalistischen Vorurteilen und Herrenmenschenwahn, ist ein vorzügliches Mittel, um verschärfte Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Teuerung und Armut vergessen zu machen, um in seinen Kollegen den Todfeind zu sehen, im Boss aber seinen Bluts- und Gesinnungsbruder.

Der Rassismus hat viele Gesichter. Er manifestiert sich in der jahrzehntelangen Diskriminierung nationaler Minderheiten, aber auch in der Verweigerung gleicher Rechte für die Frauen, die Jugend und Millionen Ausgestoßene. Diese "Bürger zweiter Klasse" wurden von den westlichen "Demokratien" lebenslänglich auf die untersten Stufen der sozialen Leiter, zu Stammgästen der Armenküchen, verdammt.

Foto aus: "Paris Match"
(Frankreich)
und "U. S. News and World
Report" (USA)



zent ohne Arbeit. Bei einem kürzlichen Besuch der nordirischen Hauptstadt Belfast wurde mir das große katholische Viertel Ballymurphy gezeigt, wo die Arbeitslosigkeit 75(1) Prozent erreicht.

Offt vernimmt man von bürgerlichen britischen Propagandisten, die Arbeitslosen seien nicht schlecht versorgt, da der Staat ihnen eine recht erträgliche Unterstützung zahle. Und überhaupt sollten die Arbeitslosen mehr Initiative zeigen. Wie der jetzige Handels- und Industrieminister Norman Tebbit unter Hinweis auf sich selbst rät, sollten sich die Erwerbslosen aufs Fahrrad schwingen und das Land auf der Suche nach freien Stellen abklappern.

Sean Gibson aus London ist 41. Von Beruf Elektriker. Bereits fünf Jahre arbeitslos. Ich frage Sean, der 28,50 Pfund wöchentlich vom Staat erhält, ob man davon leben könne.

"Von diesem Geld kann man eher existieren als leben", antwortet er verbittert. "Um nicht zu verhungern, muß man pro Tag mindestens zwei Pfund für Lebensmittel ausgeben. Im Stadtteil Totenham, wo ich lebe, kommen auf jeden freien Arbeitsplatz 140 Bewerber, deshalb muß ich für Busfahrten bei der Arbeitssuche etwa vier Pfund wöchentlich ausgeben. Übrigens kenne ich arbeitslose Familien in Bethnal Green, die über Jahre ihr Viertel nicht verlassen, da sie kein Fahrgeld haben. Wenn es besonders kalt ist, schalte ich für ein paar Stunden die Heizung ein, was furchtbar teuer wird. Einen Telefonanschluß kann ich mir nicht erlauben, das kürzeste Gespräch aus einer Telefonzelle aber — wiederum auf Arbeitssuche — kostet 10 Pence. Die Wäscherei kostet ein Pfund, wenn es etwas zu waschen gibt (meine gesamte Garderobe trage ich bei mir). Und die Rezeptkosten bei einer Krankheit? Und die anderen Kleinigkeiten wie Zahnpaste und Seife? Ja, schlimm, wenn man mit 28 Pfund wöchentlich auskommen muß. Manchmal gehe ich, um Heizkosten zu sparen, in die Bücherhalle, um mich aufzuwärmen. Die Arbeitslosenunterstützung ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel. Offen gesagt, ich bin bedient, und eine Zukunft für mich sehe ich nicht mehr. Wenn wir, wie unsere Regierung behauptet, in einem demokratischen Paradies leben, was ist dann die Hölle?"

Peter Price, Absolvent der Londoner Universität, hatte Schwein: Er kam bei einer Schallplattenfirma unter (zuvor war er zwei Jahre arbeitslos gewesen).

"Das Tragischste im Schicksal eines
"NEUE ZEIT" 22.85

Arbeitslosen", berichtet Peter über seine traurigen Erfahrungen, "sind die ständigen Erniedrigungen und die fehlende Freiheit. Arbeitslosigkeit — das ist der gewaltsame Ausschluß von Menschen aus dem Leben der Gesellschaft. Das ist die härteste Strafe für Verbrecher. Doch wofür werden Unschuldige so bestraft?"

Man hat errechnet: Wenn die Arbeitslosigkeit auf den Stand von 1979 (d.h. 1,4 Millionen) zurückginge, würde das Bruttoinlandsprodukt Großbritanniens jetzt um 20 Md. Pfund steigen.

Unter den Arbeitslosen sterben 20 Prozent mehr als im Landesdurchschnitt. Die Untersuchung von 10 000 zweijährigen Kindern aus Familien von Langzeitarbeitslosen zeigte, daß diese Kinder

gegenüber ihren Altersgefährten aus bessergestellten Familien in der Entwicklung zurückliegen. Viele Tausende Arbeitslose begehen Selbstmord.

Wie reagiert die Tory-Regierung darauf? Vor einigen Monaten empfing Margaret Thatcher unter Druck der Öffentlichkeit in ihrer Residenz in der Downing Street eine Gruppe junger Arbeitsloser.

"Sie hat unsere Tragödie absolut nicht verstanden und uns nur belehrt, was für ein Leben wir führen sollten", zog einer der Teilnehmer des Treffens eine Bilanz.

Seitdem ist nicht wenig Zeit vergangen, von den 150 Gästen der Frau Premierminister aber fanden nur drei Arbeit...

M. BOGDANOW

London

FRANKREICH: SECHS MILLIONEN AUSGESTOSSENE

Er ist 26. Von Kindheit an hat ihn das Leben nicht verwöhnt. Er wuchs sozusagen auf der Straße auf. Doch noch vor relativ kurzer Zeit konnte er sich so einigermaßen durchschlagen. Mal arbeitete er in einer Konservenfabrik, mal war er Schlachtergehilfe oder Holzfäller. Dann brach die Katastrophe über ihn herein. Keine Arbeit, weder ständig noch vorübergehend, weder im heimatlichen Orleans noch in anderen Städten, wo er auf Suche ging. Mit der Zeit verlor Bernard den Anspruch auf Arbeitslosengeld und andere Unterstützungszahlungen. Er ist jetzt ohne Lohn, ohne Unterkunft, ohne Hoffnung. Nach Paris kam er schwarz per Zug, versuchte verzweifelt, irgend etwas zu finden.

"An wen ich mich auch wandte, überall Absagen. Kein Wunder, daß ich in den letzten Jahren nicht mehr respektabel aussehe. Nicht einmal meine Adresse kann ich angeben."

Bernards Geschichte ist typisch für das heutige Frankreich. Die Schicksale unterscheiden sich nur in Details. Es gibt im Lande bis zu 6 Millionen von der kapitalistischen Gesellschaft Ausgestoßen. Seit kurzem werden diese Menschen als die "neuen Armen" bezeichnet, um sie von jenen, die seit jeher in Armut leben, zu unterscheiden. Ja, noch unlängst waren sie durchaus respektable Mitbürger. Hatten Arbeit, Familie, Woh-

nung, fuhren in den Urlaub, sparten auf eine hochmoderne Waschmaschine oder einen Farbfernseher mit Fernbedienung. Jetzt ordnete die erbarmungslose Statistik sie in die Personengruppe ein, die unterhalb der Armutsschwelle lebt. Das aber bedeutet: Ihr Einkommen erreicht nur die Hälfte des offiziellen durchschnittlichen Jahreseinkommens der Franzosen.

"Ich bin bereit, sogar kostenlos zu arbeiten, nur um mich zu beschäftigen. Aber so — wer braucht mich? Was ist mein Platz in der Gesellschaft?" fragt Alphonse P., der einem Landstreicher, was er nun ist, gar nicht ähnlich sieht. Die ergrauenden Haare und der Schnurrbart sind sorgsam rasiert, auf dem Anzug und den Schuhen kein Staubkorn. Doch seit dem 18. August 1979 hausiert er unter einer Pariser Brücke. Hier hatte er Selbstmord begehen wollen. Nach über 20jähriger Tätigkeit in der Leitung einer Marmorbearbeitungsfirma erhielt er einen blauen Brief. Eine neue Stelle fand er nicht. Er sei zu alt, wurde ihm gesagt, obgleich Alphonse damals nicht einmal 50 war.

Die ganze Vorstellungswelt dieses noch unlängst hochbezahlten Managers ging entzwei. Gewohnheiten, Ansichten und Wertvorstellungen brachen zusammen. Da kam er, von Verzweiflung getrieben, an

diese Brücke. Doch sich mit einem Stein um den Hals ins Wasser zu stürzen, erschien ihm doch unwürdig. Jetzt lebt er hier. Aus alten Brettern und Sperrholzplanken baute sich Alphonse eine Hütte, wo eine alte Matratze, ein abgestoßener Schrank und ein Sessel, die er sich aus der Seine fischte, kaum Platz finden. Man kann sich in der Behausung kaum bewegen. Alphonse hat hier für mustergültige Ordnung und Sauberkeit gesorgt.

"Man muß sich zur Disziplin zwingen. Wenn man das nicht tut, landet man ganz unten", erläutert er.

Offenbar durch sein Streben, selbst in der ausweglosesten Lage seine Würde zu bewahren, zieht er viele an. Weitere sieben Arbeitslose hausen jetzt neben Alphonse. Er half ihnen, ebensolche Hütten zu bauen. Sie tun alles, um einander das Leben zu erleichtern...

"Die Arbeitslosigkeit ist an unserem Fall schuld", sagt Alphonse. "Ich war glücklich, jetzt hat sich Fortuna von mir abgewandt. Vielleicht, weil ich am 13. geboren bin..."

Dieser Mann, der sich aus Mülltonnen ernährt oder dubiose Fische in der gelbbraunen Seine fängt, hat noch Humor. Man könne schon so leben, meinen er und seine Unglücksgefährten. Nur manchmal steigt bei Regen der Wasserstand, und dann ist ihre "Siedlung" von der Außenwelt abgeschnitten. Das kann einige Tage dauern, berichten sie. Und dann geht einer von ihnen, den das Los bestimmt, fort, um Essen für alle zu bringen. Er muß tief durch das Wasser bis zur Uferstraße waten, bisweilen aber müssen die Unterkünfte ganz abgebrochen, dann muß man in der Metro oder auf Bahnhöfen abgewartet werden, bis das Wasser wieder fällt.

Natürlich bauen nicht alle "neuen Armen" Hütten unter einer Brücke wie Alphonse. Oder werden Landstreicher wie Bernard. Einige leben in Kanalisationsrohren wie ein Arbeitsloser in Brest, oder verschaffen sich so Nahrung wie jener Ausgehungerte in Saumur, der vor einem Irrenhaus den Verrückten spielte, um dort aufgenommen und gepflegt zu werden. Doch der "Quotidien de Paris", der von diesen beiden Fällen berichtete, verweist darauf, daß die seit 1978 in Frankreich konstatierte Zunahme der Armut und alle ihre Begleiterscheinungen wohl kaum bald vorübergehen werden.

Krise und Armut... Sie gehen Hand in Hand. Die meisten "neuen Armen" sind heute in einer derartigen Lage, weil sie die Arbeit verloren haben oder sie gar nicht erst nach der Schule haben finden können. Es gibt immer mehr zerstörte Menschenschicksale, zerbrochene Familien, Kinder, die die Schule nicht

abschließen, immer mehr Verzweifelte, Hungerige und Kranke. Nach Angaben des Gewerkschaftsdachverbandes CGT sind heute mehr als 1,3 Millionen Menschen ohne Arbeit und werden das noch lange bleiben. Alle drei Monate verlieren 100 000 Erwerbslose das Anrecht auf Arbeitslosengeld.

Ende v. J. hob die Regierung die Unterstützung für einige Gruppen der Armen etwas an. Die Bürgermeister der größten Städte erörterten, was sie unternehmen könnten, um die Lage jener, die außerstande sind, für die bescheidenste Unterkunft sowie für Strom und Heizung zu zahlen, zumindest vorübergehend zu erleichtern. Was die Wohlfahrtsorganisationen angeht, die vor allem ständig mit den Ausgestoßenen zu tun haben, so sind sie von der Nachfrage nach Hilfe förmlich überrollt. 1982 begann die "Heilsarmee"

erstmalig seit 1955 in Paris versuchsweise wieder damit, abends eine Armensuppe auszugeben. Der Erfolg des Experiments war so groß, daß es eine ständige Einrichtung wurde. Die Nachtasyle sind täglich an die 6000 Personen. Um ein Nachtlager zu erhalten, muß man sich bereits um ... 6 Uhr morgens anstellen. Über tausend Obdachlose übernachten in der Metro über. Und wie viele mögen die Nacht unter freiem Himmel verbringen?

"Ein Teller Armensuppe war noch nie eine Lösung", gesteht Jacques Pierquin, leitender Mitarbeiter der "Heilsarmee", ein.

Doch nichts außer einem Teller Suppe gedenkt die Heimat der großen Losung "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" ihren Ausgestoßenen zu bieten.

Paris

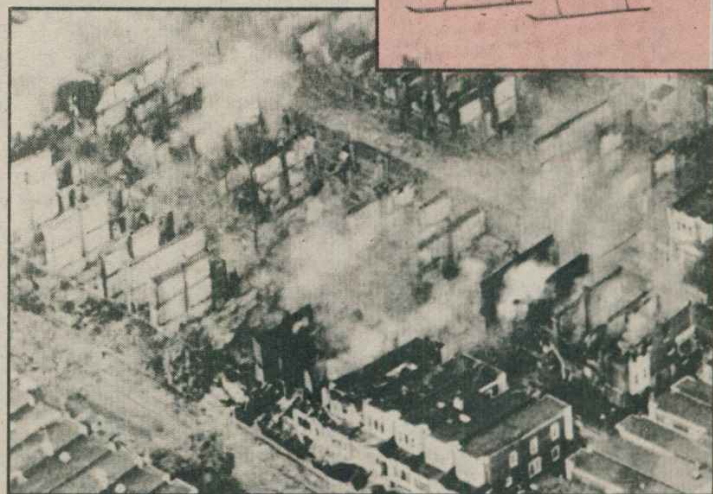
N. JERMAKOW

Es war eine sorgfältig und kaltblütig geplante Operation. Von einem Polizeihubschrauber aus wurde auf ein Wohnhaus unweit der Osage Avenue in Philadelphia eine starke Tovex-Bombe (Foto oben) geworfen. Das Gebäude ging sofort in Flammen auf. Diejenigen, die noch aus dem brennenden Haus springen konnten, wurden augenblicklich von Polizeikugeln niedergemäht.

Anderthalb Stunden lang nach der Bombardierung ließen die Polizisten keine Feuerwehrleute an das Haus heran, obgleich wohl bekannt war, daß sich dort auch kleine Kinder befanden. Der Brand erfaßte die Nachbargebäude und bald auch zwei Wohnviertel (Foto unten). Das Feuer tobte sechs Stunden. Der Krieg wurde in Philadelphia beendet. Der Krieg geht weiter. Der Brand warf ein Schlaglicht auf die wahre Haltung der amerikanischen Behörden zu den Menschen-

rechten. Die Vorgänge in Philadelphia bilden den Abschluß unserer Reihe von Beiträgen über die politische, ökonomische und soziale Rechtlosigkeit der Menschen in der Welt des Kapitals. Mögen danach die USA-Vertreter auf der Konferenz von Ottawa die ganze Welt über die Menschenrechte belehren. Mögen sie reden. Die lebendig verbrannten Menschen sind für immer verstummt.

Foto: AP--TASS



Die Vergangenheit lehrt: Was Politiker aufbringen müssen, um gegenseitige Verständigung zu erreichen, sind

MUT UND REALITÄTSSINN

Stanislaw MENSCHIKOW

Der diplomatischen Geschichte des zweiten Weltkrieges sind zahlreiche Monographien, Memoiren und Dokumentensammlungen gewidmet. Unter diesen Ausgaben möchte ich besonders auf Valentin Bereshkows Erinnerungen "Einige Seiten aus der diplomatischen Geschichte" hinweisen. Im Moskauer Verlag "Meshdunarodnyje Otnoshenija" ist vor kurzem die zweite, ergänzte Auflage des Buches herausgekommen.

Der bekannte sowjetische Journalist Bereshkow war in den Kriegsjahren im Außenministerium der UdSSR tätig. Er agierte auch als Chefdolmetscher Stalins und Molotows bei ihren verantwortlichen Treffen mit den Regierungschefs der USA und Großbritanniens.

Dieses Buch regt zu Gedanken an, die über den Rahmen jener Zeit hinausgehen und die aktuellsten Gegenwartswissen berühren. Im Krieg entstand eine Koalition, die erstmalig in der Geschichte die Möglichkeit einer engen politischen und militärischen Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlichen sozialökonomischen Systems zeigte. Ebenfalls im Krieg wurde die Nachkriegseinrichtung der Welt formuliert; ihr Fundament bildeten die Prinzipien der friedlichen Koexistenz der beiden Systeme, ihre gemeinsame Verantwortung für die Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit.

Entstehung der Koalition

Die Antihitlerkoalition wurde unter großen Qualen geboren. Manchmal schien es, daß ein Bündnis zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten überhaupt unmöglich sei. Die von der UdSSR schon vor dem Krieg wiederholt unternommenen Versuche, eine Zusammenarbeit mit Großbritannien und Frankreich in die Wege zu leiten, um die faschistische Aggression zu vereiteln,

scheiterten an der unüberwindlichen Feindseligkeit der herrschenden Kreise gegenüber dem Sozialismus. In London und Paris wurde "Mein Kampf" gelesen. Das größte Gefallen fanden dort Hitlers Aufrufe, nach dem "Lebensraum" im Osten zu suchen. Und so wollte man die Hitleraggression gegen die UdSSR kanalisieren.

Selbst nachdem Frankreich und Großbritannien von Deutschland überfallen worden waren, glaubte man in den westlichen Hauptstädten immer noch, die Aggression ostwärts richten zu können. Im Frühjahr 1941 schrieb Stafford Cripps, der damalige britische Botschafter in Moskau, mit erstaunlicher Offenheit: "Bestimmten Kreisen in Großbritannien scheint der Gedanke anziehend, ein Abkommen über die Beendigung des Krieges auf jener Grundlage zu schließen, die gewisse deutsche Kreise erneut anbieten und der zufolge in Westeuropa der Status quo wiederhergestellt wird. Doch würden Deutschland keine Hindernisse in den Weg gelegt, sollte es seinen Lebensraum in östlicher Richtung erweitern wollen. Eine solche Idee könnte auch in den USA ihre Nachfolger finden. Deshalb darf nicht vergessen werden, daß die Erhaltung der Unantastbarkeit der UdSSR nicht unbedingt im Interesse der britischen Regierung liegt."

Das waren keine abstrakten Erwägungen der Strategen aus dem Foreign Office. Als Heß im Mai desselben Jahres in England landete und eine Separatabmachung anbot, schwankte die britische Regierung. Wie Alexander Cadogan, damals ständiger stellvertretender Außenminister Großbritanniens, bezeugt, nahm es mehrere Tage in Anspruch, Churchill eine "neutrale", im Grunde jedoch Deutschland gegenüber sehr wohlwollende Erklärung im Unterhaus auszusprechen.

Die kurzsichtige, klassenmäßig engstirnige und eindeutig antikommunistische

Gesinnung einiger der damaligen führenden Politiker Großbritanniens führte sie an einen Flirt mit Hitler heran. Weitsichtigere Menschen aus denselben Regierungskreisen verstanden: Einmal im Besitz der Handlungsfreiheit in seinem Vorgehen gegen die UdSSR, würde sich Hitler früher oder später erneut gegen Großbritannien wenden, weil sich seine Ansprüche keineswegs auf den "Lebensraum" im Osten beschränken, weil er vielmehr die Weltherrschaft anvisierte und dann dreimal so gefährlich sein würde, wenn er sich auf das Potential nicht eines Teils Europas, sondern des ganzen Kontinents gestützt hätte. Auch die antifaschistischen Stimmungen in der britischen Öffentlichkeit spielten ihre Rolle. Im Ergebnis setzte sich die nüchternere Position durch. Als Hitlerdeutschland einen Monat und ein paar Tage später die UdSSR treubruchig überfiel, wurde London ihr Verbündeter.

Nicht weniger schwierig war es um die USA bestellt. Recht starke isolationistische Kreise waren für die Aufrechterhaltung der amerikanischen Herrschaft in der westlichen Hemisphäre, jedoch nicht bereit, das British Empire gegen Deutschland und Japan zu verteidigen. Weitblickendere Politiker, unter denen sich Franklin Delano Roosevelt hervorhob, verstanden, daß die USA als Weltmacht und ihre Souveränität bedroht waren. Das wurde offensichtlich, als Japan über Pearl Harbor hereinbrach und Deutschland wenige Tage später den USA den Krieg erklärte.

Die unerbittliche Logik der Entwicklung machte die USA zu einem Teilnehmer der Antihitlerkoalition. Die sozialistische Sowjetunion schloß sich mit den größten kapitalistischen Staaten im Kampf gegen die beiden gefährlichsten imperialistischen Weltherrschaftsanwärter zusammen. Die antikommunistische Gemeinsamkeit des reaktionärsten Teils des Monopolkapitals trat zurück vor der lebenswichtigeren Gemeinsamkeit der Interessen im Kampf gegen den Faschismus, für nationale Souveränität und staatliches Bestehen.

An solche Lehren aus der Geschichte muß heutzutage besonders beharrlich erinnert werden, da die imperialistischen US-Kreise bestrebt sind, ihre ideologische Nichtakzeptierung des Sozialismus auf die zwischenstaatlichen Beziehungen auszuweiten und das gemeinsame Interesse aller — der sozialistischen und der

kapitalistischen — Länder an der Einstellung des Wettrüstens und an der Verhütung einer nuklearen Katastrophe durch einen "Kreuzzug gegen den Kommunismus" zu ersetzen.

Heute besteht nur ein einziger sichtbarer Weltherrschaftsanwärter. Ungeniert nimmt er die "Führung der freien Welt" für sich in Anspruch und redet von seinem Streben, die amerikanischen Zustände nach Möglichkeit auf die ganze Welt auszudehnen. Seiner Meinung nach könne militärische Überlegenheit der USA den Frieden garantieren. Die Geschichte zeigt, daß eine solche Gefahr zur umfassenden Vereinigung aller führt, denen der Verlust der Unabhängigkeit und Souveränität, des Rechts auf die selbständige Wahl des eigenen Weges, des Rechts auf Leben und würdige Existenz droht. Wie die Antihitlerkoalition in den Jahren des zweiten

tin Bereshkow erzählt in seinen Erinnerungen von dem keineswegs konsequenten, bisweilen sogar illoyalen Verhalten der westlichen Alliierten zu den militärischen Bemühungen der UdSSR, darüber, wie sie ihre Verpflichtungen über die Lieferung von Militärtechnik vernachlässigten, die Eröffnung der zweiten Front unbegründet lange hinauszögerten und wie die USA-Aufklärung in den letzten Kriegsmonaten separate Kontakte zu Hitlers Vertretern aufnahm.

Und doch zollt man beim Lesen des Buches unwillkürlich dem politischen Willen und Realitätssinn Präsident Roosevelts Tribut. Als die Frage der zweiten Front wirklich akut wurde, vermochte er es, den Widerstand Churchills und einiger eigener Berater zu überwinden. Es wäre selbstverständlich falsch, Roosevelt zu idealisieren. Er sah im Weltkrieg eine Art Fußballspiel, in dem bis zu einer gewissen Zeit hauptsächlich andere Länder mitmischten, während die USA absichtlich als Ersatzspieler abwarteten. Er sagte z. B.: "Wir sind für die Rolle jener Spieler bestimmt, die im entscheidenden Moment ins Spiel eintreten... Ich denke, der Moment wird schon richtig gewählt werden."

Bis zur Teheraner Konferenz (November–Dezember 1943) hielt Roosevelt die US-Truppen fern vom Hauptschlachtfeld. In Teheran wich er erstmalig vom Kurs auf die Hinauszögerung der zweiten Front ab. Er sagte dazu: "Um möglichst viele Deutsche zu vernichten und dabei möglichst wenig Amerikaner zu verlieren, muß man eine einzige große Invasion vorbereiten und den Deutschen einen Schlag mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften versetzen. Mir scheint das vernünftig... Auch den Vertretern der Roten Armee scheint das vernünftig. So steht es. Das ist der kürzeste Weg zum Sieg."

Im Namen der Alliierten versicherte Roosevelt der UdSSR in Teheran, die Operation "Overlord" (Landung der Alliierten in der Normandie) im Mai 1944 zu starten. Das Versprechen wurde eingelöst, wenn auch mit einer Verspätung von einem Monat.

Der Weg zu dieser Entscheidung war nicht leicht. Bereits zu Beginn der Teheraner Konferenz erhob Churchill kategorische Einwände gegen die Operation "Overlord", er war für eine Landung auf dem Balkan. Die feste Position der UdSSR, die durch die überzeugenden Siege der Roten Armee untermauert war, spielte eine große Rolle. An der Ostfront

hatte sich bereits die große Wende im Kriegsverlauf vollzogen. Es war klar, daß die Rote Armee bald die Westgrenze unseres Staates überschreiten und mit der Befreiung anderer europäischer Staaten beginnen würde.

Als Realist sah Roosevelt die radikale Änderung der Situation an den Fronten. Er verstand, daß der amerikanische Ersatzspieler Gefahr lief, viel zu lange bloß zusehen zu haben, um noch den richtigen Anschluß zu finden. Als Realist erkannte er auch, daß es damals nicht um schlaue Kombinationen betreffs der Zukunft, sondern um den Sieg im Krieg ging. "Zum Unglück", schrieb er, "denkt der Premierminister" (Churchill) "viel zu viel an den Nachkrieg und daran, wie weit Großbritannien dann sei. Am stärksten fürchtet er, daß die Russen zu stark werden. Vielleicht werden die Russen in



F. D. Roosevelt: Es gebe die Möglichkeit und Notwendigkeit, "mit Rußland bei der Aufrechterhaltung des Friedens in der Nachkriegszeit zusammenzuarbeiten"

Weltkriegs entstand, so schließen sich heute, angesichts einer noch schlimmeren Gefahr, die friedliebenden und realistisch denkenden Kräfte unseres Planeten zusammen, oftmals unabhängig von den politischen Anschauungen und der Klassenzugehörigkeit. Denn die Menschheit hat keine andere vernünftige Alternative im Kampf gegen die neue tödliche Gefahr.

Krieg gleich Fußballspiel!

Über die Differenzen in der Antihitlerkoalition wurde viel geschrieben. Valen-



Die Unterschiede in der Gesellschaftsordnung verhindern nicht den Zusammenschluß im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Faschismus, und nicht diesen Händedruck an der Elbe

Europa auch wirklich stark sein, aber ob das schlecht sei, hängt von vielen Faktoren ab. Ich weiß nur eins fest: Wenn der Weg zum baldigsten Sieg um den Preis minimaler Verluste der Amerikaner im Westen liegt, ... so braucht es kein langes Gerede mehr."

Man darf Roosevelt auch nicht absprechen, daß er sich ein richtiges Bild von den wahren Interessen des amerikanischen Volkes machte. Sein Realismus ist ein Beispiel für so manche amerikanische Politiker von heute, die auf der Jagd nach illusorischer militärischer Überlegenheit ihr Land von einer Winde der Wettrüstenspirale bis zur anderen schleppen und so nicht nur die allgemeine Sicherheit, sondern auch die Sicherheit der USA selbst immer mehr untergraben.

Wenn das Kräfteverhältnis sich nicht zu ihren Gunsten verändert, sagen sie: Um so schlimmer für das Kräfteverhältnis, laßt uns das Rad der Geschichte nach unserer Seite drehen. Aber mit der Geschichte läßt sich schlecht Spaß machen.

Sicherheit für alle

Zwischen Jalta und dem Sieg über Deutschland lagen noch drei Monate. Der Ausgang des Krieges war schon entschieden, die ganze Aufmerksamkeit galt nunmehr dem Nachkrieg. Die Konferenzen von Jalta und Potsdam (diesmal mit Truman an Roosevelts Platz) verankerten die Grundlagen der Nachkriegseinkoordination, bestimmten die Frage der neuen Staatsgrenzen in Europa und Fernost voraus und legten das Fundament der UNO. Die Beschlüsse dieser Konferenzen werden in der Geschichte bleiben: als hervorragende Muster der konsequenten Verwirklichung der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit zwischen Ländern unterschiedlicher sozialökonomischer Ordnung, der Prinzipien der Gleichheit in den Beziehungen zwischen den Staaten.

Daß Roosevelt diese Prinzipien unterstützte, zeugte von seinem großen persönlichen Mut und festen politischen Willen. Je mehr sich der zweite Weltkrieg seinem Ende näherte, einen um so größeren Druck übten Großbritannien und die eigenen Berater, die auf einer harten, unversöhnlichen Linie gegenüber der UdSSR bestanden, auf Roosevelt aus.

Churchill entwickelte die größte Aktivität. Die einzige Möglichkeit, Großbritannien als Großmacht zu erhalten, sah er darin, keine sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit nach dem Krieg zuzulassen. Er war bestrebt, die Differenzen zwischen der UdSSR und den anderen Teilnehmern der Antihitlerkoalition aufzubahnen, das gegenseitige Mißtrauen wieder zu beleben und zu vertiefen, ja nach Möglichkeit einen Konflikt zwischen der UdSSR und den USA zu provozieren.

Diese Aktivitäten fielen mit den Anstrengungen jener US-Kreise zusammen, die nichts unversucht ließen, nur um die Atmosphäre der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu vergiften. Hier eine Kostprobe von Empfehlungen, die Roosevelt in der Zeit vor Jalta von seinen Diplomaten erhielt: "Wenn wir nicht fest genug sind und nicht ihrer heutigen Politik entgegenreten, besteht aller Grund zu der Annahme, daß die UdSSR die Welt einschüchtern wird."

Unmittelbar vor der Krim-Konferenz war Roosevelt von Politikern umgeben,

die sich gegen sein bevorstehendes Treffen mit den sowjetischen Spitzenpolitikern wandten. Harry Hopkins, Roosevelts Sonderassistent, bezeugte: "Alle nächsten Berater des Präsidenten waren gegen seine Reise nach Rußland; die meisten mochten die Russen nicht, auf jeden Fall mißtrauten sie ihnen."

Als nüchterner, weitsichtiger Politiker machte Roosevelt dieses antisowjetische Spiel nicht mit. Seit Teheran hatte er die feste Überzeugung von der Möglichkeit und Notwendigkeit, "mit Rußland bei der Aufrechterhaltung des Friedens in der Nachkriegszeit zusammenzuarbeiten". Diese Überzeugung gründete sich auf die realistische Auffassung, daß in der Nachkriegswelt kein auch nur halbwegs wichtiges Problem der allgemeinen Sicherheit ohne eine aktive Teilnahme der UdSSR würde konstruktiv gelöst werden können. Wenn die Zusammenarbeit mit den Sowjets im Krieg möglich war, um so notwendiger war sie im Frieden.

Wie namhafte US-Forscher bezeugen, verstand Roosevelt die "sowjetische Sorge um die Sicherheit" sehr wohl. Natürlich war er in erster Linie um die Sicherheit der USA und der anderen Westmächte besorgt. Doch sah er ein, daß in der Welt von heute die eigene Sicherheit nicht auf Kosten fremder Sicherheit, in diesem Fall der UdSSR, gewährleistet werden kann. Das wirkte sich auf die damalige Position der USA in vielen Punkten aus: die Nachkriegseinkoordination in Deutschland, Polens Grenzen, die grundlegenden Prinzipien der UNO u. a. In den Abkommen von Jalta und Potsdam wird faktisch erstmalig in den diplomatischen Urkunden der neuesten Zeit das äußerst wichtige Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit anerkannt, ein Prinzip, das formal erst 30 Jahre später verkündet werden sollte.

Zusammenarbeit tut not

Der negative Druck auf Roosevelt war stark. Er ging von den einflußreichen US-Monopolkreisen aus, für die nichts als ihre Weltherrschaftsansprüche existierte. Unter diesen Umständen mußte der Präsident Mut und starken politischen Willen an den Tag legen, um sich für die Zusammenarbeit mit der UdSSR zu entscheiden.

Das ist eine höchst aktuelle Lehre. Die Geschichte der Nachkriegsbeziehungen der Sowjetunion zu den USA und anderen kapitalistischen Staaten zeigt, daß die Zusammenarbeit zwischen ihnen möglich ist, vor allem bei der Begrenzung des Wettrüstens und bei der Verhütung einer

nuklearen Katastrophe. Davon zeugen mehrere Abkommen: der Vertrag von 1963 über das Verbot der Kernwaffenversuche in drei Medien, der Atomsperrvertrag (1968), der Vertrag von 1972 über eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme, das Zeitweilige Abkommen von 1972 über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung strategischer Offensivwaffen (SALT I), der Vertrag von 1979 über eine Begrenzung strategischer Offensivwaffen (SALT II) und andere wichtige Dokumente.

In den 70er Jahren erarbeiteten die Staaten von Ost und West gemeinsam langfristige Prinzipien friedlicher Beziehungen zueinander: ein Dokument über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA (1972); das sowjetisch-amerikanische Abkommen über die Verhütung eines Kernwaffenkrieges; die Verträge der sozialistischen Staaten mit der Bundesrepublik Deutschland, die die Nachkriegsrealitäten in Europa verankerten; die Schlußakte von Helsinki (1975).

Der Abschluß dieser Verträge und Abkommen stieß jedesmal auf hartnäckigen Widerstand und die Sabotage der aggressiven imperialistischen Kreise und des Militär-Industrie-Komplexes. Für diese beiden Schichten ist jede Begrenzung des Wettrüstens und folglich eine Ost-West-Zusammenarbeit unannehmbar. Aber die Verträge und Abkommen wurden geschlossen, einige davon in den USA sogar ratifiziert. Trotz des äußerst starken Widerstands jener Kräfte, die zur Konfrontation, zu einem "Kreuzzug" und zum Anheizen der Spannungen tendieren, haben die realistische Einsicht, daß das Wettrüsten die Sicherheit keines einzigen Staates gewährleistet, und die Bereitschaft gesiegt, die Beziehungen in der Tat auf der Grundlage der Gleichheit und unter Berücksichtigung der legitimen Interessen des anderen zu gestalten.

Im Zusammenhang mit den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über den Komplex von Weltraum- und Kernwaffen wird in den USA erneut eine wütende Kampagne gegen Vereinbarungen mit der UdSSR, für "Handlungsfreiheit" im kosmischen Wettrüsten aufgezo-gen. Man versucht, die Atmosphäre zu vergiften, damit es zu keinen konstruktiven Verhandlungen kommt. In einer solchen Situation bedarf die Führung der USA noch mehr jenes Muts und jener Scharfsicht, die F. D. Roosevelt eigen waren und die Völker dazu befähigten, die allgemeine Gefahr zu beseitigen.

BENIN: LICHT ÜBER LAGUNEN

Michail ILJINSKI

Einst, vor langer, langer Zeit, schwemmte der Ozean einen riesigen Sandwall an die Küste Westafrikas. Er wurde zum natürlichen Hindernis auf dem Wege der kleinen Flößchen zu den Weiten des Atlantiks. So entstanden auf dem Territorium des heutigen Benin, früher Dahome, zahlreiche von zwei bis fünf Kilometer lange Süßwasserlagunen, durch Wasserarme miteinander verbunden. Zur Zeit des Kolonialismus versteckten sich in der Umgebung der Lagunen den portugiesischen, später holländischen, französischen und englischen Sklavenhändlern entflohenen Sklaven. Die Flüchtigen wurden eingefangen, in Fesseln gelegt und über den Ozean gebracht. So erhielt das ehemalige Dahome im 17. Jahrhundert noch einen Namen: Küste der Sklaven.

Der Legende nach wurde das Königreich Dahome 1625 von dem Herrscher Dakodonu gegründet, dem Sohn des Führers der Völkerschaft Fon, Do-Aklin, dessen Geschlecht aus einem Leoparden und der Tochter eines hiesigen Gebieters hervorging. Zur ersten Hauptstadt des Landes wurde Abomey.

Die Steine der Heimat sind ewig

Der erste Königspalast in Abomey wurde erst in den Jahren 1818–1820, gleich nach der Thronbesteigung Guezos (1818–1858), erbaut. Heute beherbergt er das Nationalmuseum.

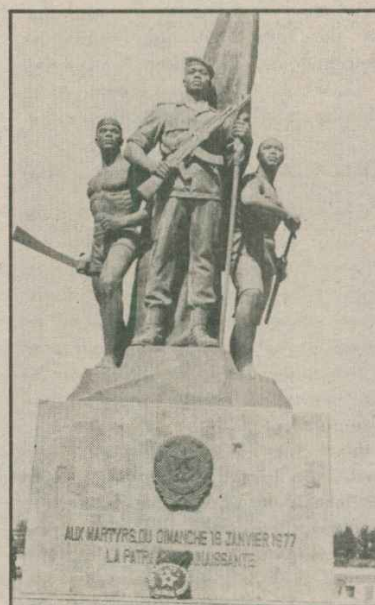
Die Exponate des Museums stellte mir Nodichao vor, begabter Literat und hervorragender Erzähler. Interessant ist sein Stammbaum. Nodichao ist ein Urenkel des Königs Behanzin, in dessen Herrschaftszeit Abomey 1892 vom französischen Expeditionscorps des Obersten Dodds erobert wurde. König Behanzin stand an der Spitze des heldenhaften Volkskampfes gegen die Kolonisatoren. Doch seine schlecht bewaffneten Krieger konnten nicht standhalten, und so wurde Dahome ab 22. Juni 1893 zur Kolonie und vom 18. Oktober 1904 an Bestandteil von Französisch-Westafrika. Bemerkenswert ist dabei folgendes: 200 Jahre pirschten sich die Europäer an Dahome

heran. Bereits 1704 hatten die Franzosen mit dem Bau des Hafens Uid begonnen, und die Portugiesen gründeten 1752 Porto Novo.

"Ein schwacher Mensch ist wie eine schlechte Flöte, der selbst ein großer Meister keine schöne Melodie entlocken kann." Nodichao beschattet mit der Hand seine Augen und liest wie im Dämmerzustand weitere Lebensweisheiten aus einem Volksepos vor: "Der Regenbogen kennt keine Grenzen, so auch die Unsterblichkeit eines Volkes." "Stößt sich der Fuß am Stein, erfährt das Land schwere Zeiten." "Der Mensch wird aus dem Leben scheiden, die Steine der Heimat aber bleiben ewig." ... Viele dieser Weisheiten stehen mit der Geschichte des Landes und mit althergebrachtem religiösem Glauben in Verbindung.

Besonders glanzvoll entfachten sich die landeskundlichen Kenntnisse Nodichaos vor den Bildern der berühmten Amazonen Dahomes. Die Amazonen traten als ausge-

Cotonou. Denkmal für die Patrioten, die 1977 bei der Invasion der ausländischen Söldner fielen



sprochen mutige, erfinderische und treue Krieger auf.

Nodichao verweilte vor dem Bild, das eine Amazone zeigt, die einem französischen Kolonialoffizier mit ihrem Messer den Todesstoß versetzt.

"Doch wie mutig unser Heer auch immer kämpfte, mit welchem Stolz unser Volk auch durchhielt, sie konnten sich den Truppen der Kolonisatoren gegenüber nicht behaupten. Unsere Waffen waren



Die Jugend Benins

Fotos: TASS

wahrlich vorsinnflütlich. Nehmen wir zum Beispiel den ersten Mörser. König Glele erhielt ihn 1867 von Napoleon III. zum Geschenk. Doch niemand wußte bei uns, wie man damit schießen sollte. Zu den ersten Kriegsberatern wurden vier Deutsche und ein Belgier. Wie sich herausstellte, hatten gerade sie an dem verräterischen Überfall teilgenommen, bei dem diese alte gußeiserne Kanone erbeutet und dann nach Togo gebracht wurde.

"Als Dahome dann Französisch-Westafrika einverleibt wurde", fuhr Nodichao fort, "glaubten die Kolonisatoren, einziger Reichtum Dahomes seien die wildwachsenden Ölpalmen. Sie verwandelten den ganzen Süden des Landes, von der Küste bis zum Breitengrad von Abomey, in eine ununterbrochene Palmenplantage. Somit wurde die Kolonie vom Absatz des Palmöls und der Palmkerne auf dem französischen Markt völlig abhängig. Die auf Monokultur ausgerichtete Wirtschaft verdammt das Land zu Armut und Hunger.

Konnte sich unser Volk mit einem solchen Zustand zufriedengeben? Ungeduldet aller Repressionen streckten die Patrioten ihre Waffen nicht.

Nach dem zweiten Weltkrieg begann eine neue Etappe in der Geschichte



Golf von Guinea

VOLKSREPUBLIK BENIN

Staat in Westafrika. Ehemalige französische Kolonie.

Fläche: 112 622 Quadratkilometer. Bevölkerung: 3,6 Millionen. Sie setzt sich zusammen aus Völkern und Stämmen der Fon, Adja, Bariba, Yoruba, Somba, Tofinu u. a. 60 Prozent der Bevölkerung sind Anhänger der traditionellen Religionen, 15 Prozent — Christen und 13 Prozent — Muslime. Amtssprache ist Französisch.

Hauptstadt: Porto Novo, die Residenz des Präsidenten und der Regierung sowie die ausländischen Vertretungen befinden sich in Cotonou.

Staatsoberhaupt und Vorsitzender des Nationalen Exekutivrates (der Regierung) ist der Präsident; höchstes gesetzgebendes Organ — die Nationale Revolutionäre Versammlung. Gesellschaftliche Organisationen: einheitliche Gewerkschaftszentrale — die Nationale Gewerkschaftsvereinigung der Werktätigen Benins; die Organisation der Revolutionären Jugend und die Organisation der Revolutionären Frauen.

Dahomes, die nationale Befreiungsbewegung verstärkte sich, die Gewerkschaften gewannen an Bedeutung, die ersten politischen Parteien wurden gegründet. Darüber wurde mir aber in der Hauptstadt Porto Novo und im wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum der Republik, Cotonou, erzählt.

Der Weg des Aufbaus

Bis zur Landung auf dem Flughafen von Cotonou blieben nur wenige Minuten. Das Flugzeug verringerte die Höhe und zog eine Kurve über die Dünen. Aus dem Fenster konnte man sehen, wie riesige Wellen des Ozeans gegen die licht-

überflutete Küste brandeten. Ihre langgezogenen, schäumenden Ausläufer reichten bis zu den Kokospalmen hin, die sich Wachposten gleich an der Grenze zwischen Erde und Wasser aufgestellt hatten. Hinter dem Küstenstreifen schimmerte ein aus blauen, rosa und grauen Fleckchen zusammengesetztes Mosaik — die berühmten Lagunen Benins. Obigens aus der Sprache des Volkes Fon übersetzt, bedeutet der Name der Stadt Cotonou Lagune der Gefallenen.

Offiziell wurde das Land am 1. August 1960 zur unabhängigen Republik erklärt.

"Dabei handelte es sich leider nur um eine formelle Angelegenheit", erzählte mir Everest Degla, Journalist von Beruf, Mitarbeiter des ZK der Partei der Volksrevolution Benins (PRPB).

"Die Neokolonialisten behielten nach wie vor ihre Schlüsselpositionen in der Wirtschaft, mit Hilfe ihrer Handlanger setzten sie eine Politik der Unterdrückung demokratischer Rechte und Freiheiten fort. Patriotisch gesinnte Kräfte in der Armee stürzten das neokolonialistische Regime und übernahmen die Macht. Am 30. November 1972 veröffentlichte der jetzige Präsident der Republik, Mathieu Kerekou, das Programm der Revolutionären Militärregierung, wonach grundlegende sozialökonomische und politische Veränderungen durchgeführt werden sollten.

Am 30. November 1974 verkündete die Regierung ihre Absicht, das Land auf dem Weg sozialistisch orientierter Entwicklung zu führen. Komitees zur Verteidigung der Revolution entstanden. Am 30. November 1975 wurde die Volksrepublik Benin ausgerufen und gleichzeitig auch die PRPB gegründet.

Instrukteure des Nationalen Zentrums für revolutionäre Erziehung Pierre Chinchin und Victor Kochikpa erzählten mir:

"Die ökonomische Befreiung ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Erlangung der wahren Unabhängigkeit. Wie aber diese Befreiung erreichen? Offensichtlich in erster Linie durch Stärkung des staatlichen Sektors, Erweiterung der Kooperation auf dem Dorf, Einführung einer planmäßigen Wirtschaftsführung, Steigerung der Arbeitsproduktivität und Stärkung der Arbeitsdisziplin."

In den letzten Jahren nahm der Staat die wichtigsten Wirtschaftszweige unter seine uneingeschränkte bzw. teilweise Kontrolle, darunter: das Bankwesen, den Außenhandel, die Erzeugung und Verteilung von Elektroenergie und Ölprodukten, den Schienenverkehr und einen Teil der verarbeitenden Industrie. Im Ergebnis wurden die Positionen des ausländischen Kapitals in Benin geschwächt.

Reaktionäre Kräfte des In- und Auslandes versuchen jedoch, den fortschrittlichen Veränderungen verbissen Widerstand zu leisten, mittels subversiver Aktionen Schwierigkeiten zu vertiefen, mit denen die Republik konfrontiert wird.

... Degla und ich verließen das Hotel "Kreuz des Südens", gingen am Filmtheater "Kokospalme" vorbei und standen nun vor dem Denkmal zum Gedenken der Patrioten, die sich zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften erhoben hatten. Unter Einsatz ihres Lebens verteilten sie im Januar 1977 einen bewaffneten Überfall von Söldnern, die imperialistische Sonderdienste ausgerüstet hatten.

"Der Soldat mit dem MG, die Frau in der Kleidung legendärer Amazonen und der Bauer mit einer Machete — sie symbolisieren die Entschlossenheit des Volkes, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen", erklärte mir Degla.

Auf der turnusmäßigen Tagung der Nationalen Revolutionären Versammlung in Cotonou im Januar 1985 wies der Vorsitzende des ZK der PRPB und Präsident der Republik, Mathieu Kerekou, auf ernste Schwierigkeiten in der Volkswirtschaft hin. Er brachte diese Schwierigkeiten mit der ungünstigen internationalen Wirtschaftslage in Verbindung, mit den künstlich erhöhten Zinssätzen der Banken einiger kapitalistischer Länder, mit der Verringerung der Exporte aus Entwicklungsländern, womit das auch sonst bescheidene Potential der jungen Staaten zunichte gemacht wird. Zu den Ursachen der Schwierigkeiten zählte der Präsident auch den Mangel an gebildeten Fachleuten. Die Landwirtschaft wurde durch die Dürre beeinträchtigt. Seit 1983 verringern sich ständig die Gesamtmittel des Staatsbudgets.

Wie soll man der Lage Herr werden? Der Präsident verlangte entschlossene Maßnahmen zur Mobilisierung aller materiellen, finanziellen und menschlichen Reserven, zur Gewährleistung einer wirksamen Produktionsleitung.

... In der Textilfabrik SOBETEX machte ich mit den Schöpfern bemusterter Stoffe Bekanntschaft. Sechs Meister zauberten mit ihren Stiften formschöne nationale Ornamente auf Pauspapier. Gewöhnlich werden die Stoffe siebenfarbig gefärbt, die besten weisen jedoch bis zu zwölf Farbnuancen auf.

"Die Schöpfungen der SOBETEX-Fachleute sind in vielen Ländern Westafrikas gefragt", bemerkte der Künstler Arsen Yabi, Mitglied der Gewerkschaftsleitung.

Die Landwirtschaft ist in der Wirtschaft Benins führend. Im tiefen Hinterland Benins, nahe der Stadt Lokossa, begegnete ich dem Tierarzt Valentin Somasse,

Absolvent der Moskauer Veterinärakademie. Er leitet eine der vier staatlichen Viehzuchtfarmen in Benin.

"Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zählen wir zu den wichtigsten Aufgaben", sagte Somasse. "Die feudalen Verhältnisse auf dem Land sind bis jetzt noch nicht überwunden, die Agrotechnik ist äußerst rückständig. Weniger als 20% der Gesamtfläche des Landes werden für landwirtschaftliche Zwecke genutzt. Auf dem größten Teil der Aussaatflächen werden Nahrungsmittelkulturen angebaut, und trotzdem müssen wir Nahrungsmittel einführen. Exportiert wird vorwiegend Palmöl. Im Land gibt es etwa 30 Mio. Ölpalmen."

Im "Venedig Afrikas"

Einen unvergeßlichen Eindruck hinterließ die Reise zum Nokouesee, in dessen Umgebung das Volk Tofinu beheimatet ist. Dort besuchte ich das Dorf Ganvie, dessen Ruf weit über die Grenzen Afrikas hinausdrängt. Über seine Heimat erzählte mir liebevoll einer der Tofinu — Stammesältesten, der 70jährige Pierre Aglele.

Ganvie befindet sich etwa 15 km nördlich von Cotonou und wird nicht selten "Venedig Afrikas" genannt. Wie entstand diese Siedlung? Einige vermuten, daß der Name Ganvie von dem Wort "Falke" abgeleitet wurde. Der Falke, so die Legende, wies den Menschen den Weg und führte sie zum Nokouesee, wo sie Rettung vor verheerenden Kriegen fanden. Andere wiederum behaupten, vielleicht sogar mit mehr Recht, daß das Wort Ganvie in der Tofinu-Sprache "Gemeinschaft der Geretteten" bedeute. Wie dem auch sei, Ganvie gilt seit alters als Stätte des Friedens und der Gastfreundschaft.

Heute leben hier 15 000 Menschen an den Ufern unzähliger Wasserstraßen in hölzernen Pfahlhütten. Man kann sich nur wundern, wie diese dünnen, krummen Holzpfähle 80--90 Jahre im Wasser überdauern können.

An jedem Haus — nicht weniger als drei Boote. Eins der Boote benutzt der Vater zum Fischfang in den Lagunen. Mit dem anderen fährt die Mutter zum Markt und das dritte bringt die Kinder zur Schule. Manchmal sammelt sich die ganze Familie in einem Boot, um Freunde zu besuchen, zu einer Hochzeitsfeier oder zu einem anderen Fest zu gelangen.

Auf der "Hauptstraße" befindet sich der Markt. Dutzende von Einbäumen stehen hier dicht aneinandergedrängt. Man handelt emsig mit Fischen und Handwerkerzeugnissen. Die Bauern, prachtvoll gekleidet, bieten vom Festland herübergebrachtes Obst und Gemüse feil.

Hier ist man von Kindheit an ans Wasser gewöhnt. Das Schwimmen lernt man in Ganvie noch vor dem Laufen. Fällt zum Beispiel ein Säugling über Bord, so zeigt die Mutter nicht die geringste Erregung. Sie weiß — ihr Kind wird nicht ertrinken.

Die Straße der Verliebten — auch so etwas gibt es hier — sieht an Feiertagen ganz besonders prächtig aus; in der Regel finden dann auch die Hochzeiten statt. Ganze Flottillen von Einbäumen unter Segeln, die an allen vier Ecken gespannten Laken gleichen, schwimmen an diesen Tagen auf dem Nokouesee.

Nachdem die Einbäume eine Runde gemacht haben, kehren sie zur Hütte des jungen Ehepaares zurück. Die verschiedensten Geschenke werden ihnen auf der Hochzeit überreicht: Geschirr, Hausutensilien, Süßigkeiten, Früchte, Blumen, Bronzestatuetten, farbenprächtige Stoffe, elegante feinverzierte Behälter aus Kürbis.

Das neue Leben hat auch Ganvie erreicht. Das Alphabetentum ist praktisch besiegt, medizinische Betreuungstellen wurden eingerichtet. Die Siedlung erhielt eine Telegraf- und Telefonverbindung mit Cotonou. In Benin überzeugte ich mich davon, daß die Einwohner des Landes bestrebt sind, die Rückständigkeit zu überwinden, die Wirtschaft und Kultur auf eine höhere Stufe zu heben.

Auch das internationale Ansehen Benins wächst.

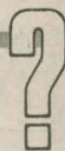
Darüber unterhielt ich mich mit den Journalisten der zentralen Zeitung "Ewuzu" und mit Mitarbeitern von Rundfunk und Fernsehen.

"Der außenpolitische Kurs Benins", führten sie aus, "zeigt sich in seinem fortschrittlichen, antiimperialistischen und antikolonialistischen Charakter. Dieser Kurs basiert auf den Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit, auf der Treue den Ideen der Organisation der Afrikanischen Einheit. Die Republik unterhält diplomatische Beziehungen zu über 100 Ländern der Welt. Für die Entwicklung Benins hat die Zusammenarbeit mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft große Bedeutung."

Mehr als 500 Bürger Benins haben sowjetische Hochschulen absolviert, Hunderte studieren auch jetzt in der UdSSR. Die Beziehungen zwischen unseren Ländern auf wissenschaftlich-technischem Gebiet erweitern sich.

In Cotonou hatte ich die Gelegenheit, an einem Treffen der Absolventen unserer Hochschulen teilzunehmen. Im sowjetischen Kulturzentrum hörte man Dankesworte an das Land Lenins, die Zuversicht in eine bessere Zukunft Benins wurde dort manifestiert.

Cotonou--Moskau



In Beiträgen über Südafrika wird oft die Vereinigte Demokratische Front (UDF) erwähnt. Bitte etwas über diese Organisation.

W. KORESCHKOW
Brjansk, RSFSR

Die Vereinigte Demokratische Front ist ein Bündnis aus etwa 700 gesellschaftlichen, religiösen und anderen Organisationen, die für die Beseitigung der Apartheid eintreten. Ihre Mitglieder kämpfen für die Schaffung eines vielrassischen demokratischen Staates in Südafrika. Seine Bürger sollen unabhängig von ihrer Hautfarbe gleiche Rechte haben. Der Front gehören zwei Millionen Menschen an, die alle Rassengruppen des Landes — Afrikaner, Inder, Mischlinge und Weiße — vertreten.

Die UDF wirkt legal. Die RSA-Behörden, die 1983 der Konstituierung der Front zustimmten, wollten ihre "Liberalität" demonstrieren. Doch davon ist nichts mehr geblieben, als die Rassisten sahen, wie das Ansehen der UDF bei den Apartheidsgegnern zunimmt. Aufgerufen von der UDF, boykottierten die weitaus meisten Inder und Mischlinge die Wahlen zum Dreikammernparlament, in dem die Ureinwohner die Afrikaner, nicht repräsentiert sind. Heute stehen 16 Führer der Front vor Gericht. Sie werden fälschlich des Hochverrats bezichtigt, auf den in der RSA die Todesstrafe steht. Doch der Prozeß, der anfangs auf den 29. März angesetzt war, wurde auf den 20. Mai verschoben.

Offen wollen die RSA-Behörden unter Präsident Botha die UDF führungslos machen. Sie verhaften weiterhin aktive UDF-Anhänger. Überdies schickt sich die Regierung an, die Grundlagen für ein Verbot der UDF zu schaffen, indem sie die Front beschuldigt, ihre Führer wollten "gewaltsam eine Revolution durchführen". Und das, obwohl bekannt ist, daß die UDF-Organisationen ihr Ziel mit friedlichen Mitteln erreichen wollen.

Die UdSSR hilft den Entwicklungsländern bei der Ausbildung diplomierter Fachkräfte. Das geht bekanntlich ganz schön ins Geld. Bei uns in Tunesien hört man manchmal sagen, daß Moskau das nicht uneigennützig tue, sondern um den jungen Staaten sein politisches Diktat aufzunötigen.

Issoufou SAYBOU
Niamey, Niger



Es diskutiert
der NZ-Kommentator
Jewgeni
BOBROW

Nicht nur in Niger bekommt man so etwas zu hören. Bei manchen beruhen diese Äußerungen auf Unwissenheit, andere wiederholen unbesehen die Verleumdungen der westlichen Propaganda. Fangen wir also lieber gleich bei den Tatsachen an.

Seit mehr als drei Jahrzehnten werden in der UdSSR Fachkräfte für Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Bildungs- und Gesundheitswesen der Entwicklungsländer herangeschult. Erst waren es nur 60 Studenten aus Asien, Afrika und Lateinamerika, jetzt studieren 40 000 junge Menschen aus mehr als 100 Entwicklungsländern 250 Fächer an unseren Hochschulen, und bekommen, ebenso wie ihre sowjetischen Kommilitonen, kostenlosen Unterricht, werden kostenlos ärztlich betreut und brauchen für die Benutzung der Lesesäle, Bibliotheken, Sportanlagen nichts zu zahlen. Wie geschätzt ein sowjetisches Diplom ist und was die diplomierten Fachkräfte in ihrer Heimat geworden sind, das können Sie aus einem Beitrag in unserem diesjährigen Heft 9 erfahren.

Unsere Gegner wollen nachweisen, daß "die Russen" darauf ausgehen, in den Ländern, in denen Absolventen sowjetischer Hochschulen tätig sind, politische und "andere" Vorteile zu erlangen. Diese Versuche, die freundschaftliche Hilfe der UdSSR in ein schiefes Licht zu setzen, sind manchmal geradezu absurd. So wird behauptet, daß an sowjetischen Universitäten "rote Terroristen", "Agenten des Kreml" herangeschult werden, die dann einen Export der Revolution besorgen. Auch beizeiten angefertigte Fälschungen der amerikanischen CIA werden benutzt. Sagen Sie selbst: Welcher Staat wäre

darin interessiert, seine jungen Menschen zum Studium ins Ausland zu schicken, wenn sie nicht als Fachkräfte, sondern als Spione des Auslands zurückkehren würden? Wo bleibt da die Logik? Das Ganze riecht penetrant nach Verachtung der jungen Entwicklungsländer und nach Haß auf die sozialistischen Staaten. Es ist ja klar, wo das herkommt. Es ist von A bis Z erlogen. Die besagten Studenten kommen mit ihren eigenen Anschauungen in die UdSSR, und niemand nötigt sie dazu, sie zu ändern. Ob einer sozialistische Ideale hat oder nicht, das ist ausschließlich seine Sache. Es wird doch wohl niemand behaupten, daß die ausländischen Absolventen unserer Hochschulen durch die Bank für die sozialistische Entwicklung sind.

Die UdSSR gestaltet ihre Beziehungen zu den jungen Nationalstaaten nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung. Wir gehen nicht auf einseitige Vorteile, ob politische oder wirtschaftliche, aus. Wir sind für Gleichberechtigung auf allen Ebenen und stellen weder den Staaten noch Gaststudenten Bedingungen.

Nehmen wir z. B. die mit Ihnen benachbarte DVR Algerien. Nachdem sie 1962 die Unabhängigkeit errungen hatte, litt sie empfindlichen Mangel an Fachkräften. Die UdSSR kam ihr zu Hilfe. 1500 Algerier haben sowjetische Hochschulen absolviert, weitere 700 studieren jetzt bei uns. Viele Absolventen sind in den führenden Wirtschaftszweigen — Ölgewinnung, Chemie, E- und NE-Metallurgie — tätig. Der Weg der sowjetisch-algerischen Zusammenarbeit führt von der Ausbildung von Fachkräften in der UdSSR bis zur Schaffung einer eigenen materiellen und wissenschaftlichen Basis. Kann man etwa behaupten, daß sich die unabhängige Außen- und Innenpolitik der DVR Algerien in den Jahren der sowjetisch-algerischen Zusammenarbeit geändert habe?

Andere Länder stellen Bedingungen und mischen sich in die inneren Angelegenheiten der jungen Staaten ein. Die USA machen die Entwicklungshilfe z. B. davon abhängig, wofür oder wogegen die betreffenden Länder in der

UNO stimmen. Oder sie verlangen von ihnen dafür einen Abbau des staatlichen und Ausbau des privaten Wirtschaftssektors. Oder aber Vergünstigungen für die US-Konzerne. Oder auch Militärstützpunkte für das Pentagon. Kaum paßt den USA etwas nicht, dann wird ihnen die Entwicklungshilfe verweigert.

Die Entwicklungsländer lassen auch an bekannten Hochschulen kapitalistischer Länder, sogar an den berühmtesten, Fachkräfte heranschulen. Haben Sie es sich aber überlegt, wieviel solche jungen Fachkräfte nicht heimkehren? Und wie viele, wenn schon heimgekehrt, die Interessen der Multis wahrnehmen, die sie in ihren Zweigstellen anstellen? Davon wird die einheimische Wirtschaft nicht kräftiger. Viele Entwicklungsländer haben mit einer, glaube ich, auch Ihnen bekannten Erscheinung wie der "brain drain" zu kämpfen. Kurz: Der Westen bleibt sich treu, er selbst ist auf Vorteile bedacht, was er den sozialistischen Ländern in die Schuhe schieben will.

Die UdSSR läßt sich die Ausbildung von Fachkräften für die Entwicklungsländer tatsächlich nicht wenig kosten. Wir tun es aber ganz uneigennützig. Einen Vorteil haben wir aber doch davon: Wir gewinnen neue Handelspartner, deren Exportmöglichkeiten (als direkte Folge der höheren Eignung ihrer wissenschaftlichen und technischen Kräfte) allmählich Weltniveau erreichen. Unser Vorteil besteht auch in der immer größeren Mannigfaltigkeit der außenwirtschaftlichen Beziehungen und in der Festigung des Friedens und der Freundschaft. In den vergangenen Jahren hat sich die Ausbildung von Fachkräften zu einer Form effektiver Hilfe an Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bei deren Bemühungen entwickelt, ihrer lastenden Zurückgebliebenheit Herr zu werden.

Dem widersetzen sich aber gerade die Neokolonialisten. Die wichtigste Zielsetzung in der Außenpolitik der imperialistischen Kreise gegenüber der dritten Welt ist es, die Länder, die das Joch des Kolonialismus gebrochen haben, in Abhängigkeit zu halten. Die Multis können sich eben mit dem Verlust vorteilhafter Absatzmärkte und billiger Quellen an Rohstoffen und Arbeitskräften nicht abfinden. Denen geht der Gewinn über alles! Da haben Sie die Erklärung dafür, warum der Westen an der wirtschaftlichen Entwicklung der jungen Staaten, also auch an der Ausbildung von Fachkräften für sie, uninteressiert ist. Und ebendeshalb ist die Hilfe der sozialistischen Länder an die jungen Staaten, auch bei der Ausbildung von Fachkräften von seiten der Imperialisten ununterbrochen Anwürfen ausgesetzt.

Law and Order a la Reagan

US-Präsident Ronald Reagan hatte den 1. Mai in den USA zum "Tag der Gesetzlichkeit" erklärt. "Wir werden auch weiterhin die Prinzipien der Freiheit und der absoluten Gerechtigkeit für alle durch unser Rechtssystem und die Rechtsordnung bewahren", versicherte feierlich der Präsident. Am nächsten Tag aber mußte FBI-Direktor Webster vor Kongreßabgeordneten eingestehen, daß das FBI US-Bürger, die es gewagt hatten... Nikaragua zu besuchen, verhört hatte. An die 100 Personen wurden vernommen. Das wurde von den Kongreßabgeordneten als Überschreitung der Kompetenzen des FBI und als Verletzung der Bürgerrechte bezeichnet. Ein am 20. März verkündeter Spruch des Obersten Bundesgerichts der USA, der der Polizei das Recht gibt, Bürger festzunehmen und sie beliebig lange ohne konkrete Beschuldigung zu verhören, ist ein weiteres, aktuelles Beispiel für Law and Order a la Reagan.

Bewachung wider Willen



Immer mehr italienische Händler und Unternehmer kommen zu dem Schluß, es

sei am sichersten, die... Mafia mit der Bewachung ihrer Unternehmen zu betrauen. Dem "Tagesspiegel" (Westberlin) zufolge kassiert die Mafia, die Geschäftsbesitzer und Betriebe der Tourismusbranche terrorisiert, bereits bei 100 dieser Objekte regelmäßig für die "Bewachung" ab. Also dafür, daß sie selbst ihre Klienten nicht ausplündert.

Wem die Stunde schlägt...



Diesmal rollte der Bulldozer... über 5000 Armbanduhren. Sie alle trugen den Namen der berühmten französischen Firma Cartier. Und alle — waren Imitationen. Die Firma, die sich um ihren guten Namen sorgt, inszenierte die öffentliche Uhrenvernichtung in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Die Wurzel des Übels

76 Revolver, 2 Flinten, 575 Messer, Hunderte von Rasierklingen und scharf geschliffenen Schraubenziehern wurden allein in den ersten vier Monaten dieses Schuljahres bei Pennälern von 111 Mittelschulen New Yorks sicher gestellt, meldete der Korrespondent des britischen

"Guardian" aus New York. "Das Lernen wird verdrängt durch Alkohol, Drogen und Verbrechen", gestand kürzlich Präsident Reagan ein. Laut "Guardian" ist der totale Zynismus der Schüler gegenüber der Welt der Erwachsenen und ihren "Werten" die Hauptwurzel des Übels.

Grimassen des Rassismus

Die RSA-Bürgerin M. de Villiers kam der Wellingtoner Zeitung "Dominion" zufolge auf einen neuen Dreh, um Geld aus dem Rassismus zu schlagen. Sie verkauft — natürlich "nur an Weiße" — Köter einer von ihr gezüchteten Rasse, die, sobald sie einen Schwarzen oder Farbigen sehen, über ihn herfallen. Dafür sorgt, wie sie erklärt, ein "genetischer Reflex". Wie sie den Kläffern diesen Reflex beibringt, verrät sie nicht — das ist ihr "Geschäftsgeheimnis". Doch wie können schwarze Hausangestellte vor den Rassistenhunden geschützt werden? Die erfinderische Dame versichert ihren Käufer, man könne den Vierbeinern beibringen, die "eigenen" Schwarzen zu erkennen, wenn man die Tiere nur früh genug dressiert.

Dicke Luft



Der Brüsseler Zeitung "Soir" zufolge atmet jeder Einwohner von Mexikostadt täglich so viel Smog ein, daß dies 40 Zigaretten entspricht — so giftig ist die Luft in der mexikanischen Hauptstadt. Es gibt dort 2 Millionen Autos und viele Fabriken. Die Zeitung meint, daß die Stadt, wenn nicht sofort entschiedene Maßnahmen ergriffen werden, bis zum Jahr 2000 unbewohnbar werden kann.

Keine Kröten für die Kröten



Ein weiteres Opfer der von der britischen Regierung verfolgten Sparpolitik bei allem, was nicht den Interessen des Big Business dient, wurden die ... Kröten. In der Wanderzeit dieser Amphibien werden sie zu Tausenden auf den Landstraßen überfahren. Die Gemeindehaushalte wurden so beschnitten, daß die Kröten nicht einmal für Warnschilder reichen, um die Autofahrer auf die Wanderwege der Kröten hinzuweisen. Mit Privatspenden gekaufte Warnschilder wurden in diesem Jahr 75 Gemeindeverwaltungen angeboten. Doch ein Drittel von ihnen fand nicht einmal die Kröten, um die Arbeiter zu bezahlen, die die Schilder aufstellen sollten. Unterdes würde dem "Guardian" zufolge eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 Meilen die Stunde 90 Prozent der Kröten retten.

Verfassungswidrige Neugier

Das Oberkommando der Bundeswehr verschickt dem Magazin "Stern" zufolge Fragebögen an Reservisten, wobei, falls sich die Adressaten weigern, diese auszufüllen, Geldstrafen drohen. Die Empfänger des Fragebogens müssen u. a. mitteilen, ob man sich in "kommunistischem Gewahrsam" befunden habe. Gefragt wird auch: "Hatten oder haben Sie Verbindung zu einer — auch politisch motivierten — kriminellen Vereinigung?" Wie all das mit den Artikeln der BRD-Verfassung über die Grundfreiheiten und Rechte der Bürger in Einklang zu bringen ist, schreibt die Zeitschrift nicht.

Zeichnungen:
V. Rosanzew

AUF DER STRECKE
Leningrad—Stockholm
VERKEHRT DIE KOMFORTABLE
Passagier-und Autofähre
„ILJITSCH“

AB LENINGRAD:

vom 19. März dienstags,
vom 6. Mai montags
und donnerstags



AB STOCKHOLM:

vom 22. März freitags,
vom 3. Mai dienstags
und freitags



Die Baltische Seereederei lädt zu einer faszinierenden Reise ein. Komfort, das vielfältige Unterhaltungsprogramm und der ausgezeichnete Service sorgen für Ihre gute Stimmung. Konferenzen, Symposien und Verhandlungen haben hier die besten Erfolgsaussichten (an Bord befinden sich sechs moderne Konferenzräume).

Das Schiff besitzt eine Klima- und eine Schlingerdämpfungsanlage.

VORBESTELLUNG UND ERWERB DER TICKETS:

IN LENINGRAD:

Passagieragentur der
Baltischen Seereederei.
190 000 Leningrad,
Herzenstraße 35.
Telefon: 315 89 86.

IN MOSKAU:

Zentrale Schiffskassen
von V/O Morpasflot.
Moskau, Kalininprospekt 21.
Telefon: 291 93 31.

IN STOCKHOLM:

ScanSov Transport AB,
P. O. Box 7474,
Norrländsgatan 12, S-10392,
Stockholm, Sweden.

INFORMATION FÜR SPEDITEURE!

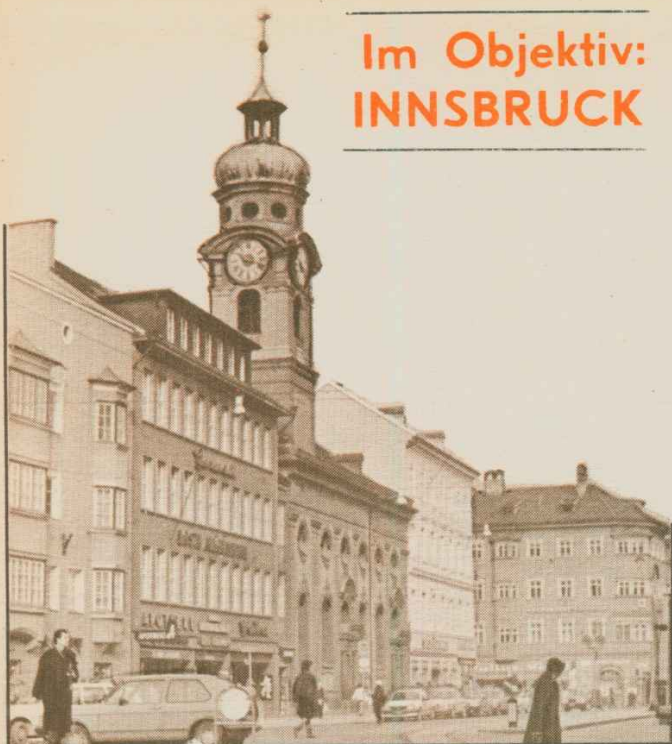
Die Passagier- und Autofähre „Iljitsch“ befördert preiswert Trailerfrachten zwischen den skandinavischen Ländern und der UdSSR. Sie faßt 30 Trailer oder 345 Pkw.

Informationen über die Transportbedingungen
bei:

ScanSov Transport AB, P. O. Box 7474,
Norrländsgatan 12, S-10392, Stockholm, Sweden

SCANSOV LINE

Im Objektiv: INNSBRUCK



Die alte Turm
hat so manches
gesehen...

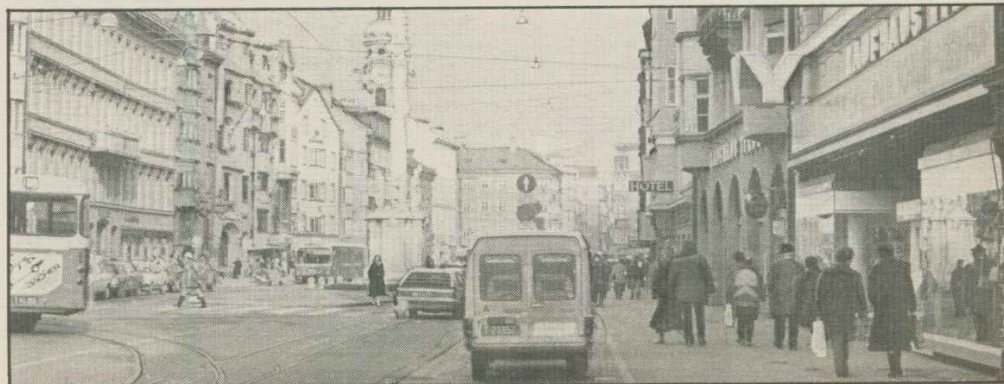
Auch
ein Beförderungsmittel



Bei einem
internationalen
Bob-Wettbewerb



Im Stadtzentrum

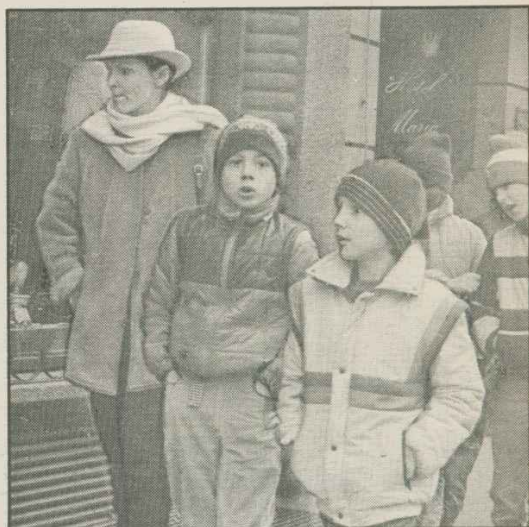


Fotoreportage:
N. Sholkwer

Wenn man vom Patscherkofel aus zuschau, wie ein Flugzeug zur Landung ansetzt, könnte man denken, es würde jeden Augenblick gegen einen Felsen prallen. Doch der Eindruck täuscht. Der Liner landet nach jähher Kehrtwendung im engen Tal leicht auf dem Innsbrucker Flughafen. Und doch ziehen viele die Eisenbahn, durch den 10 km langen Arlbergtun-

nen zu bewahren.

Die Geschichte Innsbrucks zählt viele Jahrhunderte. Einst befand sich dort eine kleine Siedlung von Händlern und Handwerkern. Doch bereits im 13. Jh. erhielt Innsbruck Stadtrechte und entwickelte sich dank seiner günstigen geographischen Lage zu einem bedeutenden Handels- und Verkehrszentrum Europas. Hier kreuzen sich die



Junge Innsbrucker

nel, oder das Auto vor, um die malerische Landschaft bewundern zu können.

Innsbruck ist die Hauptstadt eines der neun Bundesländer Österreichs. Seit jeher lockt Tirol mit seinen Felsen, Gletschern und der malerischen Landschaft Touristen aus aller Welt. Touristensaison ist hier das ganze Jahr über. Im Winter sind Innsbruck und Umgebung ein Paradies der Skiläufer, im Sommer der Touristen und Alpinisten. Erstaunlich, wie es den Tirolern bei dem riesigen Touristenstrom gelingt, ihre herzliche Gastfreundschaft, die nationalen Bräuche und Traditionen

wichtigsten europäischen Verbindungsstraßen — von Nord nach Süd und von Ost nach West. Rund um die Uhr rollen über die riesige Europabrücke Busse und schwere LKWs.

Innsbruck begrüßte zweimal Teilnehmer von Winterympadien — 1964 und 1976. Es gibt hier eine der besten und schnellsten Kunsteis-Bobbahnen der Welt. Alljährlich finden internationale Wettbewerbe im Bob- und Schlittensport statt, an denen sich erfolgreich auch sowjetische Sportler beteiligen.